Die KPD verstärkt ihre Arbeit Seite 9

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 2 vom 9. Januar 1981 | 15. Jahrgang | 1 DM



Betriebsbesetzungen gab es Ende Dezember letzten Jahres gleich zwei: beim Enka-Chemiewerk in Kassel und bei den Pongs-Gummitechnikwerken in Aachen. Rund 2 000 Arbeiter und Angestellte waren an diesen beiden Aktionen beteiligt. Im Kampf gegen die Rationalisierungs- und Stillegungspläne der Kapitalisten ist diese Kampfform sehr wichtig und gut geeignet, solche Pläne zu durchkreuzen. Für die Belegschaften anderer Betriebe ein Beispiel!

Die Befreiungstruppen im Vormarsch

In El Salvador wankt die Junta

SAN SALVADOR.— In El Salvador haben die revolutionären Befreiungsstreitkräfte die größte militärische Offensive seit dem Sturz des Diktators Romero im Oktober 1979 begonnen. Ausgehend vom Norden des Landes kontrollieren die Truppen der Befreiungsfront „Farabundo Marti" jetzt ein Viertel des ganzen Landes. Die erste Reaktion auf diese Offensive kam aus den USA: Neue Lieferungen von Panzern und Flugzeugen sollen die Macht der Junta sichern.

Dieser erneute Aufschwung des antifaschistischen Kampfes in El Salvador ist unmittelbar ein Ergebnis der abermaligen Umbildung der regierenden Junta, des Amtsantritts des neuen Staatspräsidenten Duarte, der im Gegensatz zur Propaganda in der westdeutschen Presse keinesfalls ein Mann des Ausgleichs ist, sondern ein im Lande bekannter blutiger Reaktionär.

Während in der hiesigen Presse einmal mehr das Märchen vom Kampf linker gegen rechte Gruppen hergebetet wird, der seit Romeros Sturz über 10 000 Menschen das Leben gekostet hätte, sieht die Wirklichkeit anders aus: Die Menschenrechtskommission von El Salvador bewies kürzlich in einer ausführlichen Dokumentation, daß es die Streitkräfte der Junta und der faschistische Terrortrupp ORDEN waren, die bis Ende Oktober 1980 mehr als 8 000 Menschen ermordet hatten. Nicht zuletzt durch die Bombeneinsätze auf zivile Dörfer in Gegenden, wo man aufständische Truppen vermutete.

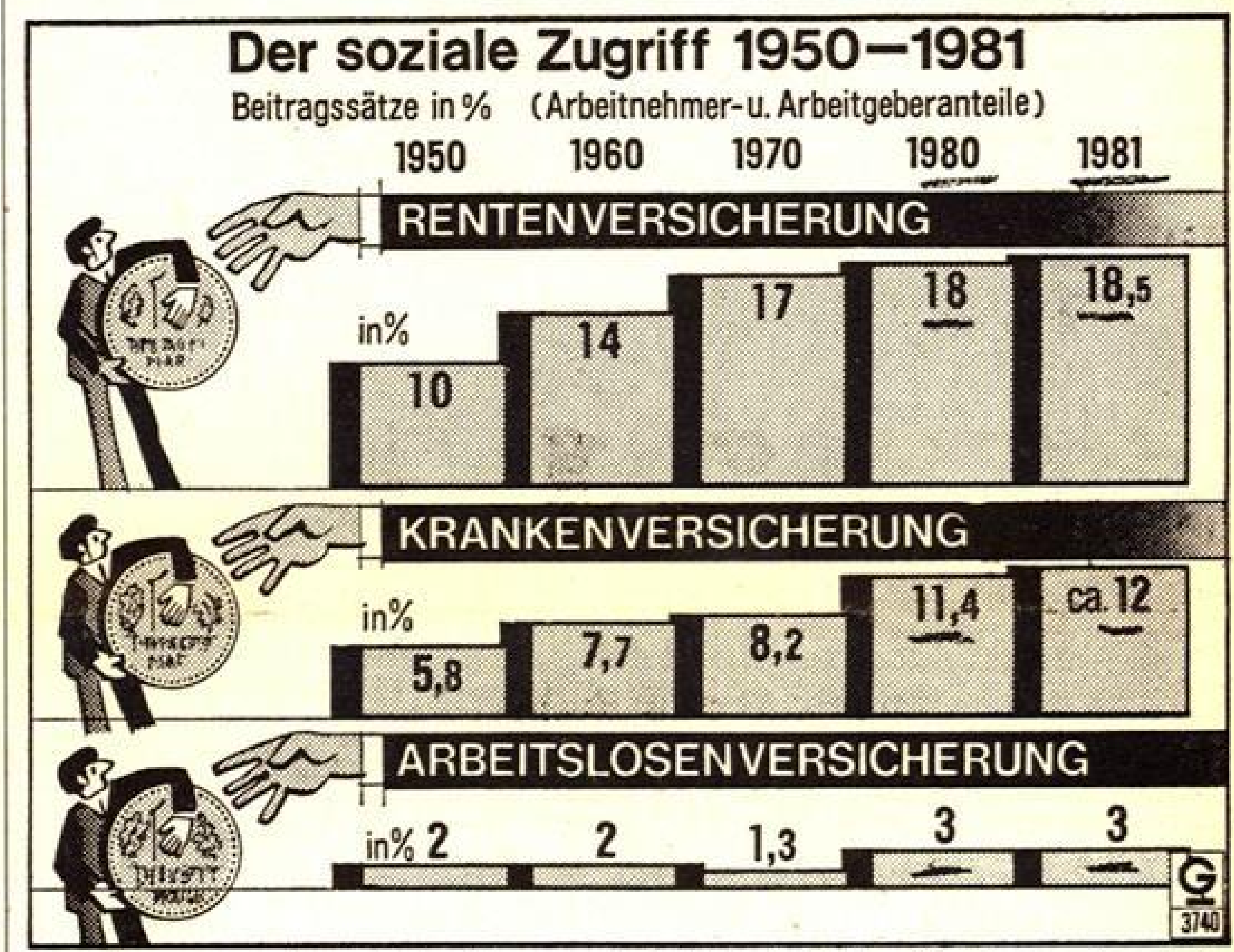
Während die militärischen Organisationen ihre Offensive vortragen, hat die politische Widerstandorganisation FDR (Demokratische Revolutionsfront) ihre politische Arbeit im ganzen Land weiter verstärkt. Die Revolutionäre Gewerkschaftsfront, der Zusammenschluß aller wichtigen Gewerkschaften des Landes, die in der FDR Mitglied ist, bereitet einen zweiten Generalstreik vor, nachdem jener im letzten Herbst zu einer wesentlichen Steigerung der eigenen Mitgliederzahl geführt hatte.

Dem will die Junta jetzt durch einen Musterprozeß gegen 17 Gewerkschaftsfunktionäre begegnen. Ein Prozeß, zu dem verschiedene westeuropäische Gewerkschaften Vertreter entsenden, um seinen Ablauf zu kontrollieren. Abgelehnt hat die Bitte um die Entsendung einer Delegation der DGB-Vorsitzende Vetter, der sich stattdessen darauf beschränkte, der Junta einen Brief zu schreiben, in dem er einen fairen Prozeß forderte. Damit bewegt sich die DGB-Führung einmal mehr auf dem Kurs der Bundesregierung, die auch im Fall El Salvador zu den treuesten amerikanischen Parteigängern gehört. Erst kürzlich weigerte sie sich in der UNO, einem Antrag zuzustimmen, der die Lieferung von Waffen nach El Salvador verbieten sollte.

Der Grund dafür ist klar: Die einzigen, die dorthin Waffen liefern, sind die USA. Für 100 Millionen Dollar Panzer und Flugzeuge lieferte man allein 1980 an die Faschistenjunta. 200 US-Offiziere befehligen die Bombeneinsätze im Land. Hunderte von US-Bürgern stellen zusammen mit in den USA angeworbenen Exilkubanern und Exilnicaraguanern eine von den USA bezahlte Söldnertruppe der Junta. Die faschistischen Terrorbanden des ORDEN werden von CIA-Agenten durchsetzt.

Eine Politik, die, wie Herr Wischnewski vor kurzem erklärte, von der Bundesregierung befürwortet wird. Nicht aber von den westdeutschen Antifaschisten und Antiimperialisten!

Amis raus aus Salvador!
Nieder mit der Junta!
Anerkennung der FDR als Vertretung des Volkes durch die Bundesregierung!



Der Beitragssatz zu den Sozialversicherungen hat sich in den letzten 30 Jahren verdoppelt: Im Jahre 1950 betrugen diese Abgaben 17,8 Prozent des Bruttolohns, für 1981 wird dieser Satz durchschnittlich 33,5 Prozent betragen — im letzten Jahr waren es noch 32,4 Prozent gewesen. Allein diese Steigerung der Sozialversicherungsbeiträge vernichtet bereits jegliche Auswirkung der sogenannten Steuerreform bei durchschnittlichem Lohn. Diese Beitragssteigerung ist ein Teil der jetzt wieder beschleunigt ansteigenden Teuerungsrate: Für Nordrhein-Westfalen schnellte sie auf 5,6 Prozent hoch. Tarifabschlüsse von 3 oder 5 Prozent bedeuten also in jedem Falle real eine Lohnsenkung!

Sieben Jahre Militärdiktatur

In Uruguay rast der faschistische Terror

Das Referendum war eine wichtige politische Niederlage der Generäle

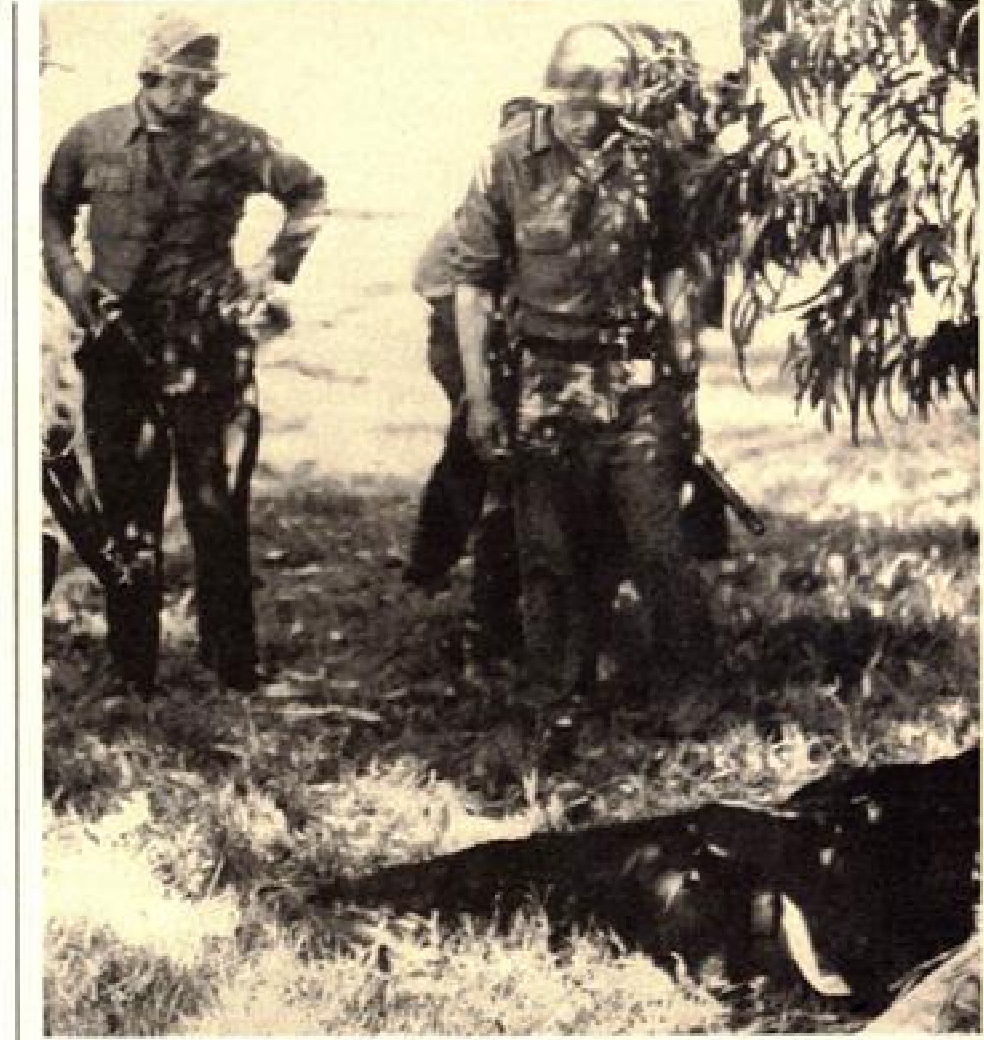
MONTEVIDEO.— Uruguay steht in den Schlagzeilen der Weltpresse. Das Superturnier der Fußballweltmeister soll den herrschenden Generalen dazu dienen, ihrer blutigen Diktatur einen vornehmen Anstrich zu geben. Klar, daß diesmal niemand von Boykott redete, handelt es sich doch hier um eine jener Diktaturen von Gnaden der USA, wie sie in Lateinamerika so häufig sind. Uns zwar um die brutalste von allen.

Im Jahresbericht 1980 von amnesty international wird Uruguay als das Land angeprangert, das im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl die meisten politischen Gefangenen hat. Von der Regierung eingestanden werden 1 500 politische Häftlinge und rund 20 000 politische Geächtete, die keinerlei Recht mehr besitzen. Die wahren Zahlen im 2,8 Millionen Menschen zählenden Staat dürften das Doppelte bis Dreifache betragen — denn allein 300 000 Menschen sind ausgewandert, geflohen.

Allein im berüchtigten KZ Libertad wurden jedes Jahr rund einhundert politische Häftlinge zu Tode gefoltert, Tausende werden mit Elektroschocks und Scheinerschießungen mißhandelt.

Die Generäle, die diesen Terror mit brutalster Gewalt organisieren, wurden, wie ihre faschistischen Kumpane in anderen Ländern, in den USA ausgebildet, bekommen von dort die Mordwaffen für ihre Armee.

Daß es ihnen trotz allem nicht gelungen ist, das Volk zu knechten, bewies das Referendum über ihren Verfassungsentwurf Ende November: Nur 39 Prozent der Wahlberechtigten stimmten zu, 54 Prozent lehnten ab, 17 Prozent enthielten sich, obwohl keine Propaganda gegen den Entwurf erlaubt war.



Terror in Uruguay: ein Widerstandskämpfer wurde ermordet.

2. RGO-Kongress

Große Abschlußveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle II

Mit Liederecke, Kabarett, Folklore, Volkstanz, Filmecke, Info-Stände, Erfahrungsaustausch, Information, Diskussion und, und...

Sonntag, 18. Januar 1981
Eintritt: 5 DM
Einlaß ab 13 Uhr

Motto der Veranstaltung:

Für Arbeiterinteressen und klassenkämpferische Gewerkschaftseinheit! Gegen Bosse und Bonzen!

Kommentar der Woche

Eine „schwierige Wegstrecke" für das Jahr 1981 hat Bundeskanzler Schmidt in seiner Neujahrsansprache angekündigt. Grau in grau malte er die Zukunftsaussichten für die nächsten Monate aus, wobei er sich besonders lange bei den internationalen Krisen und insbesondere bei seinem Lieblingsthema, dem Ölpreisschock, aufhielt.

Schon in der Regierungserklärung hatte Schmidt ja die Ölverteuerung zur Ursache für alle wirtschaftlichen Krisenerscheinungen auf der Welt gemacht. Ohne allerdings auch nur mit einem Wort zu erwähnen, wem wir denn wirklich diesen Preisgalopp verdanken: dem unersättlichen Profithunger der Ölmultis nämlich.

„Schwierige Wegstrecke"

Trotz der demonstrativ zur Schau getragenen Sorge um die „schwierige Wegstrecke" versagte es sich Schmidt jedoch, in einer Art auf den Putz zu hauen, wie wir sie inzwischen von seinem Minister Lambsdorff gewohnt sind. „Die alte Redensart vom Gürtel, der enger geschnallt werden müsse, die will ich nicht benutzen." Welch edle Geste! Aber dann wurde auch Schmidt deutlich. Und es wurde schnell klar, daß er sich eben nur in der Redensart, nicht aber in der Sache selbst vom Provokateur Lambsdorff unterscheidet. „Wir müssen einsehen, 1981 wird kein Jahr, in dem größere materielle Ansprüche verwirklicht werden können... oder anders gesagt: Ansprüche müssen wir an uns richten, nicht an andere und an den Staat."

Fragt sich nur, wer mit diesem „wir" gemeint ist. Wollte der Kanzler etwa die Unternehmer dazu verdonnern, in der kommenden Tarifrunde gefälligst weniger Ansprüche an die Werktätigen zu stellen und nicht so laut nach staatlichen Subventionen zu schreien? Sicher nicht. Und daß Schmidt selbst, seine Ministerriege und seine Kollegen im Bundestag eine Initiative für die freiwillige Kürzung ihrer fetten Bezüge gegründet hätte — davon ist uns auch nichts bekannt. Es ist eben so wie immer: Wenn die Herrschenden unter Verwendung des traulichen Wörtchens „wir" von der Notwendigkeit reden, Opfer zu bringen, dann sind doch nur die Werktätigen gemeint.

Immerhin gab der Kanzler großmütig zu, daß die Werktätigen auch ihre Probleme haben. Da gebe es, so tönte er, „manche private Besorgnis" um das eigene Fortkommen in Ausbildung und Beruf. Er sagte tatsächlich „privat"!

Hast du deinen Arbeitsplatz verloren oder bist du auf Kurzarbeit gesetzt; findest du keinen Ausbildungsplatz für deine Kinder — alles Privatprobleme. Sieh selbst zu, wie du damit fertig wirst. Und verfalle ja nicht in den Wahn, du hättest ein Recht darauf, Ansprüche zu stellen. Wenn hier einer Ansprüche hat, dann der Staat an dich.

Das ist der ganze Sinn der Schmidtschen Neujahrsbotschaft. Und die Bundesregierung ist ja seit ihrem Amtsantritt in atemberaubendem Tempo dabei, diese Botschaft in die politische Praxis umzusetzen. So schnell wie nie zuvor sind die Wahlversprechungen unter den Tisch gefegt worden. Der große Schlager der Koalition, die lange versprochenen Steuererleichterungen, hat sich jetzt als infamstes Gaunerstück seit dem Rentenbetrug entpuppt. Im öffentlichen Dienst wird nach dem Sonderopfer geschrieen. Die Mineralölsteuer steigt auf schwindelnde Höhen. Im Bildungsbereich wütet der Rotstift. Und schon gehen Länder und Kommunen daran, den antisozialen Frontalangriff der Bundesregierung auch in ihrem Bereich fortzusetzen.

Es kann für niemanden einen Zweifel daran geben, wem beim Gang in die Zukunft die „schwierige Wegstrecke" zugedacht wird. Das sind die arbeitenden Menschen. Ihnen werden immer drückender die Lasten der kapitalistischen Krise aufgebürdet. Ohne Murren und Mucken sollen sie diese Lasten tragen. Und wenn sie darunter zusammenbrechen, sagt ihnen der Zyniker im Kanzleramt noch nach: alles Privatprobleme.

Fraglich ist allerdings, ob die Rechnung von Schmidt und seinen kapitalistischen Auftraggebern aufgeht. Da waren zum Beispiel die großen Demonstrationen der arbeitenden und lernenden Jugend in den letzten Monaten. Zehntausende haben klargestellt, daß sie nicht im Traum daran denken, ihre berechtigte Ansprüche in den Wind zu schreiben, nur weil man das in Bonn gerne so möchte. Diese Aktionen waren ein hoffnungsvoller und beeindruckender Auftakt des Kampfes gegen das Krisenprogramm der Bundesregierung. Und die Mieterkämpfe in der letzten Zeit haben gezeigt, daß es auch in anderen Bereichen gärt. Machen wir auf diesem Weg weiter. Dann wird sich am Ende zeigen, daß das Jahr 1981 zu einer „schwierigen Wegstrecke" für die Herren in Bonn und ihre Auftraggeber geworden ist.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Wirtschaftsprognosen stimmen überein

Wachsende Arbeitslosigkeit wird erwartet

Nur noch die EDV-Industrie im Produktionsplus

Zum Jahreswechsel meldeten sich die verschiedenen Wirtschaftsforschungsinstitute mit ihren jeweiligen Prognosen zum neuen Jahr in der Öffentlichkeit. Zur selben Zeit veröffentlichten auch Unternehmerverbände Zahlen über ihre Pläne und Auftragseingänge, gab das Statistische Bundesamt die Entwicklung im Herbst 1980 bekannt und es meldete sich auch die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit zu Wort. Sieht man von allen unterschiedlichen Interessen ab, die einzelne Institute und Institutionen haben mögen, so lassen sich alle diese Voraussagen und Analysen der jüngsten Entwicklung dahingehend zusammenfassen, daß der vorher so oft beschworene Aufschwung im zweiten Halbjahr 1981 in weite Ferne rückt.

Außer der Elektronischen Datenverarbeitung gibt es keine einzige Branche der westdeutschen Industrie mehr, die mit einem Produktionszuwachs rechnet und sich darauf vorbereitet.

Die stärksten Produktionsrückgänge werden in der Eisen- und Stahlindustrie erwartet (zwischen -4 und -6 Prozent), in der Automobilindustrie (-4 Prozent), in der Textilindustrie (-4 Prozent) und im Maschinenbau (-3 Prozent). Diese Berechnungen haben ihre Grundlage in der genauen Untersuchung der Auftragslage der Betriebe. Und diese weist eine immer deutlichere Tendenz auf: nach unten! Im September 1980 lag die Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes um 8 Prozent unter der Produktion vom September 1979, um 2,2 Prozent unter der Produktion vom September 1978. Insgesamt lag 1980 nur durch die aufsteigende Tendenz im ersten Viertaljahr noch einigermaßen gut im Rennen. Seitdem gehen sowohl Produktion als auch Auftragseingänge zurück.

Für 1981 war schon bisher, mit dem erhofften Aufschwung in der zweiten Jahreshälfte im Jahresdurchschnitt mit einem Absinken der gesamten Industrieproduktion um 2 Prozent gerechnet worden. Nachdem jetzt dieser Aufschwung nicht abzusehen ist, stellen die verschiedenen Institute neue Zahlen auf, wobei mit einem Rückgang von mindestens 4 Prozent in der Jahresproduktion gerechnet wird.

Einig sind sich diese Institute dabei darin, daß der Beschäftigungsgrad etwas mehr zurückgehen müsse, als die Produktion. Als man einen Gesamtverlust von 2 Prozent erwartete, rechneten die Institute mit etwa 4 Prozent verlorener Arbeitsplätze in der Industrie, jetzt kalkuliert man mit 5 bis 6 Prozent. Das aber bedeutet rund eine halbe Million neuer Arbeitsloser! Damit wird jene Zahl, die die Bundesanstalt für Arbeit vor kurzem berechnete bestätigt, die für 1981 mit rund 1,5 Millionen Arbeitslosen rechnete.

Dabei betonen alle Seiten, daß von der sogenannten „privaten Nachfrage", also von dem Verbrauch und Bedarf der breiten Massen der Bevölkerung, keine neuen wirtschaftlichen Impulse zu erwarten sind — den Werktätigen unseres Landes fehlt dazu das notwendige Geld.

Begleitet wird dies alles von einer Teuerungsrate, die im Dezember des letzten Jahres die 5-Prozent-Marke wieder weit hinter sich gelassen hat. Denkt man an all die bereits angekündigten weiteren Preiserhöhungen, und daran, daß der Warenkorb, nach dem die offizielle Teuerungsrate berechnet wird, die wahre Sachlage beschönigt, so steht neben einer Arbeitslosigkeitsrate, die jene des Jahres 1975 überbieten wird auch noch eine Teuerungsrate, die an jene des Jahres 1973 zumindest heranreichen wird.

Dabei ist zu beachten, daß es nach wie vor die wichtigsten Branchen der westdeutschen Wirtschaft sind, die am meisten vom Rückgang der Produktion betroffen werden, vor allem die sehr beschäftigungswirksame Automobilindustrie.

Die Bundesanstalt für Arbeit kennt dafür einmal mehr ihre Patentlösung: Kurzarbeit anmelden! Gerade aber die jüngsten Erfahrungen der Automobilindustrie beweisen einmal mehr, daß Kurzarbeit kein Mittel gegen, sondern lediglich ein Übergangsstadium zur Entlassung ist.

Die Unternehmerverbände haben, in trauter Eintracht mit den betreffenden, von ihnen finanzierten Forschungsinstituten ebenfalls ihren ständigen Lösungsvorschlag parat: Lohnverzicht, Verzicht auf gewerkschaftliche Forderungen überhaupt, sozialer Abbau, mehr Subventionen aus Steuern. Die entsprechende Propagandakampagne zur kommenden Lohnrunde läuft ja bereits auf Hochtouren.

Dabei zeigt es sich gerade jetzt mit aller Deutlichkeit, wie wichtig die zentralen Forderungen der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung zur Abwehr der Rationalisierungsfolgen sind: Vor allem die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich müßte eigentlich jetzt, angesichts weiter steigender Arbeitslosenzahlen aufs Tapet gebracht werden und mit allem Nachdruck erkämpft werden.

Betriebszellen unserer Partei haben seit längerem für ihre jeweiligen Betriebe konkret berechnet, wie und wo im Betrieb durch die Einführung der 35-Stunden-Woche Arbeitsplätze erhalten werden könnten — dies läßt sich auch bei ganzen Branchen tun. Von den verschiedenen Führern der DGB-Gewerkschaften aber wird in dieser Hinsicht nichts getan. Vor allem die IG Metall, deren Mitglieder durch die Entwicklung im Stahlbereich, im Maschinenbau und in der Automobilindustrie am meisten betroffen sind, unternimmt keinerlei Aktivitäten in diese Richtung. Dies ist aber eine der wichtigsten Aufgaben, die vor der Gewerkschaftsbewegung stehen. Es wird die Aufgabe der Kommunisten und der revolutionären Gewerkschafter sein, erneut Initiativen für diesen Kampf zu ergreifen.

Skandalöse Kampagne der reaktionären Presse

Das Begräbnis des Nazi-Admirals

Der verurteilte Kriegsverbrecher Dönitz soll rehabilitiert werden

BONN.— Bundesregierung und Bundeswehrführung waren vorsichtig geworden: Die Beerdigung des Großadmirals Dönitz, Hitlers treuestem Gefolgsmann in der Marine der faschistischen Armee wurde ohne militärische Ehren offizieller Art vollzogen. Die Proteste anläßlich der pompösen Begräbnisse des Dönitz-Vorgängers Raeder und des Generalfeldmarschalls von Manstein waren zu groß gewesen, um diese Tradition einfach weiter fortführen zu können.

So blieb es einer Pressekampagne, die über die Springer-Presse und Leserzuschriften organisiert wurde vorbehalten, das Ziel der politischen Rehabilitierung dieses in Nürnberg verurteilten Kriegsverbrechers zu betreiben. Er sei der Retter Hunderttausender Deutscher vor der angreifenden Roten Armee am Kriegsende gewesen, darüberhinaus nur Soldat und sonst gar nichts. Nun ist dieses letztere Argument schon so oft benutzt worden, daß es überstrapaziert ist. Dementsprechend wurde ja auch das Oberkommando der Wehrmacht als Kriegsverbrecher verurteilt, nicht, weil es nur Soldaten waren, sondern weil sie allesamt bewußte und fanatische Nazi-Mordbuben waren. Und was die Rettung der Deutschen betrifft: Von den über 120 000 Menschen, deren Flucht Dönitz nach dem der Kapitulation am 8. Mai 1945 organisierte, waren nicht weniger als 100 000 Soldaten, die am Überfall auf die Sowjetunion teilgenommen hatten. Von Dönitz U-Boot-Soldaten andrerseits überlebten nur 25 Prozent, alle anderen wurden verheizt, gegen Kriegsende durchschnittlich auf der zweiten Fahrt.



Offiziere der Bundesmarine grüßen den Nazi-Admiral Dönitz beim Begräbnis seines Gesinnungsfreundes Raeder.

Das Begräbnis von Dönitz selbst wird demnach also nicht von der Bundeswehr selbst, wohl aber von jenen der Bundeswehr eng angegliederten Traditions- und Interessenvereinigungen gestaltet, wie dem Deutschen Marinebund, dem Verband Deutscher U-Boot-Fahrer und der Marine-Offiziers-Vereinigung. Wes Geistes Kind diese heutigen Offiziere der Bundesmarine sind, haben sie selbst schon anhand zweier skandalöser Vorkommnisse um die Person Dönitz bewiesen. Dönitz, der offen von sich gab, er bereue nichts von dem, was er getan hat, wurde anläßlich der Beerdigung von Raeder von Offizieren der Bundesmarine mit allen Ehren empfangen und militärisch als Vorgesetzter gegrüßt. Und bereits vor zwanzig Jahren war er vom Offizierskorps der Bundesmarine verteidigt worden, als sein antijüdischen Haßtiraden veröffentlicht wurden.

Diese soldatische Tradition, die hier beschworen wird, dieses angebliche Nursoldatentum, das ist nichts anderes als die selbstherrliche, arrogante Rehabilitierung der verbrecherischen Hitler-Soldateska durch ihre eigenen Nachfolger in der heutigen Bundeswehr. So wie in der Bundesluftwaffe der Faschist Rudel verehrt wird, so in der Bundesmarine der Faschist Dönitz.

Es ist ein Skandal, wenn diese Machenschaften der Offiziersverbände, dieses Nests der ewigen Reaktion, einfach so geduldet werden. Ein noch größerer Skandal aber ist es, wenn man in diesem Land ungestraft nach Ehrungen für den Hitler-Gefolgsmann und -nachfolger schreit, wie es die Springer-Presse tat.

Ab 1. Januar gilt die Staffelmiete

Wohnungspolitik in einer neuen Phase

Auftrieb für Spekulanten und Wucherer



Polizeieinsatz im Frankfurter Westend: Schutz für Spekulanten

Zum 1. Januar dieses Jahres trat, entsprechend den Vereinbarungen der Regierungsparteien, die Möglichkeit eines Mietvertragsabschlusses auf der Basis der sogenannten Staffelmiete in Kraft. Frei „vereinbaren" können nun die Vermieter nicht staatlich geförderter Wohnungen mit ihren Mietern die Erhöhungen der nächsten 15 Jahre. Damit erfüllte die Koalition in Bonn die Forderungen der Baulobby nach einer Korrektur der Wohnraumkündigungsschutzgesetze von 1972 bzw. 1975 weitgehend. Und auch in allen anderen Bereichen haben sich die Richtlinien der Bonner Wohnungspolitik geändert, sind offener in den Dienst der Baukonzerne und Banken getreten. Vor drei Jahren noch, 1977, anläßlich des deutschen Mietertags, hatte Kanzler Schmidt behauptet, der soziale Wohnungsbau habe die Aufgaben erfüllt. Heute jammert Bauminister Haack, der soziale Wohnungsbau könne seine Aufgaben gar nicht erfüllen. Privatinitiative wird allenthalben verlangt.

Fast fünf Jahre lang, von 1974 bis 1978 war der Ausgangspunkt Bonner Wohnungsbaupolitik die Behauptung, es gäbe in der Bundesrepublik keine Wohnungsnot mehr, sondern ein Überangebot an Wohnungen. Noch 1978 wurden amtliche Statistiken verbreitet, die beweisen sollten, daß 24,1 Millionen Haushalten 24,3 Millionen Wohnungen zur Verfügung standen. Diese Zahlen wurden erst jetzt öffentlich korrigiert. Einmal hatte man „vergessen", die trotz Genehmigung nicht gebauten und die abgerissenen Wohnungen mitzuzählen. Eine Kleinigkeit von 900 000 Wohnungen, die es nicht gab. Zum anderen wurde erst im letzten Jahr eingestanden, daß von den gezählten Wohnungen nicht weniger als 700 000 die Zweit-, Dritt- und Ferienwohnungen der Reichen sind, also ebenfalls nicht zur Vermietung anstehen. Was bedeutete, daß 1980 den inzwischen 24,3 Millionen Haushalten lediglich 22,7 Millionen Wohnungen zur Verfügung standen, mit anderen Worten: Es fehlten 1,6 Millionen Wohnungen.

Dies war auch der Grund dafür, daß im letzten Jahr in verschiedenen Großstädten der Bundesrepublik Hausbesetzungen durchgeführt wurden, in denen von Spekulanten zum Abriß bestimmte Wohnungen besetzt wurden. Am bekanntesten wurden dabei die Aktionen in Westberlin und in Freiburg, wo diesen Aktionen mit massivem und brutalem Polizeieinsatz geantwortet wurde. Aber auch in Köln, Tübingen, Darmstadt, München und Frankfurt fanden solche Aktionen statt, die im allgemeinen auf eine recht breite Zustimmung der werktätigen Menschen stießen. Denn diese leiden wie eh und je am meisten unter der kapitalistischen Wohnungsbaupolitik. Das zeigt auch die vom Statistischen Bundesamt herausgegebene Darlegung der Entwicklung der allgemeinen Mietpreise, wobei das Jahr 1970 als Index 100 angegeben wird.

Index der allgemeinen Wohnungsmieten

Jahr	Index
1969	95,7
1970	100,0
1973	118,8
1977	143,6
1978	147,9

So stiegen also die Mieten im Zeitraum von zehn Jahren insgesamt um rund 52 Prozent. Dabei liegen die Mietverhältnisse recht klar auf der Hand. Von allen Wohnungen der Bundesrepublik, egal in welchen Häuserarten sie sich befinden, waren 1979 etwa 37 Prozent im Eigenbesitz. Während diese Zahl aber in ländlichen Gebieten auf bis über 60 Prozent ansteigt, sind es in den Großstädten rund 18 Prozent der Haushalte, die über eine eigene Wohnung verfügen, in den allergrößten Städten des Landes, vor allem auch in Nordrhein-Westfalen, sinkt diese Anzahl sogar knapp unter 10 Prozent.

Rund 8 Millionen eigenen Wohnungen stehen also etwa 15,4 Millionen Mietwohnungen gegenüber. Dabei befinden sich 80 Prozent dieser eigenen Wohnungen, also rund 6,4 Millionen Stück, im Besitz derjenigen 20 Prozent der Bevölkerung, die den größten Anteil am Vermögen in der Bundesrepublik haben, während 60 Prozent der Bevölkerung nur 320 000 Wohnungen haben.

Von den 15,4 Millionen Mietwohnungen wiederum befinden sich fast 11 Millionen Wohnungen im Privatbesitz, während unter 5 Millionen im sozialen Wohnungsbau errichtet wurden.

Wohnungsbesitzer sind in der Bundesrepublik vor allem die großen Monopole, die hier seit langem eine gute Möglichkeit sahen, zusätzlich Kapital anzuhäufen, Arbeiterklasse und Kleinbürgertum auszuplündern.

So ist zum Beispiel der Verband rheinischer Wohnungsunternehmen im westlichen Ruhrgebiet Eigentümer von mehr als 200 000 Wohnungen. Dieser Wohnungsriese, der damit über 28 Prozent aller Wohnungen dieser Region gebietet und mit einem Grundkapital von 600 Millionen Mark zu den größten Unternehmungen der Bundesrepublik gehört, ist aber keineswegs, wie oft behauptet wird, ein öffentliches Unternehmen. Zwar verfügen Städte, Länder und Bund zusammen über 52 Prozent des Aktienkapitals, aber neben den Kirchen die rund vier Prozent der Aktien haben, verfügen Wohnungsunternehmen und die hinter ihnen stehenden Monopole über die restlichen 44 Prozent des Aktienkapitals. Und prüft man genauer nach, tauchen bei solchen Gesellschaften immer wieder die als Eigentümer Namen auf wie Krupp, Thyssen, VEBA, Ruhrkohle AG. In anderen Bundesländern sind es die entsprechenden Monopole. So ist es zum Beispiel auch ein inzwischen offenes Geheimnis, daß etwa der berüchtigte Miethai Kaussen vom Finanzimperium der Oetkers gedeckt wird, das über rund eine Viertel Million Wohnungen verfügt.

Der Rückgang im Wohnungsbau ist denn auch nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß das Finanzkapital seine Millionen heute mit Vorliebe in andere, ertragreichere Projekte investiert als in den Mietwohnungsbau.

Die Versicherungsgesellschaften etwa, die im Jahre 1971 ihre Kapitalien unter anderem noch in 16 000 Wohnungen investierten (das waren 74 Millionen Mark oder rund sieben Prozent ihrer Neuanlage) reduzierten dies bis 1979 auf 3 000 Wohnungen (1,6 Prozent ihrer Neuanlagen oder 493 Millionen Mark).

Jahr	Gebaute Wohnungen (in T)	Freifinanzierte	Öffentlich gefördert
1970	445	343	102
1973	674	561	113
1975	404	333	71
1977	378	307	71

(Dabei sind bei den freifinanzierten jene mitberechnet, die durch Steuererleichterungen ebenfalls öffentlich begünstigt wurden).

Dabei ist auffällig, daß etwa im Jahre 1977 von den 307 000 Wohnungen, die freifinanziert wurden, der größte Teil, nämlich 140 000 in Einfamilienhäusern war, rund 71 000 in Zweifamilienhäusern und fast 96 000 in Mehrfamilienhäusern.

Die Bundesbaupolitik ist die Ursache dieser Entwicklung. Sie hat dazu geführt, daß breite Teile des Kleinbürgertums und auch ein gewisser Teil besser verdienender Arbeiter sich Eigenheime verschaffen konnten, was aber die allgemeine Mietsituation keineswegs verbessert hat. Die Bundesausgaben im Jahre 1979 betrugen beispielsweise zwei Milliarden Mark für Wohngeld, das ja den Vermietern zugute kommt, zwei Milliarden Mark Bausparprämien und fünf Milliarden Mark für Steuererleichterungen nach dem Renovierungsparagraphen 7b. Die Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau insgesamt, so sagte es Bundesbauminister Haack selbst, dienen zu 75 Prozent der Eigentumsförderung.

Dem folgt die Tatsache, daß von den 378 000 Wohnungen die im Jahre 1977 gebaut wurden, lediglich 82 000 Wohnungen in Großstädten waren.

Daher kommen nun die plötzlich laut vorgetragenen Klagen des Ministers, der seinen Kanzler widerlegt, indem er zugibt, der soziale Wohnungsbau habe seine Aufgaben, nämlich Wohnungsnot und Mietsteigerungen zu beseitigen bzw. zu kontrollieren, nicht erfüllen können. Und die Ursache liegt für die Regierungsparteien wie für die Unternehmerverbände und Hauseigentümer klar auf der Hand: dies alles rentiere sich nicht.

In den letzten zwei Jahren haben diese Verbände eine ganzen Katalog von Forderungen ausgearbeitet, die im wesentlichen darauf hinausgehen, sowohl das zweite Wohnraumkündigungsschutzgesetz abzuschaffen, indem die Regelung der ortsüblichen Vergleichsmiete beseitigt wird, als auch den Paragraphen 5 des Wirtschaftsstrafgesetzes, den Wucherparagraphen, abzuschaffen. Wobei zu betonen wäre, daß die Stadtverwaltungen und Mietgerichte solche Mieten, die bis zu 25 Prozent über den ortsüblichen Vergleichsmieten liegen, nicht als Wucherfall behandeln. Die Einführung der Staffelmiete zu Beginn dieses Jahres erfüllt eben diese Forderung nach Abschaffung der „ortsüblichen Vergleichsmiete".

Dieses Gesetz hatte der Bundestag am 25. November 1971 beschlossen, es galt dann bis 31.12.1974, wurde aber im Oktober 1974 unbefristet verlängert (als 2. Wohnraumkündigungsschutzgesetz faktisch unverändert). Damals hatte der Rechtsausschuß des Bundestags die jetzt eingeführte Staffelmiete abgelehnt, da sie gegen den Geist dieses Gesetzes verstoße.

Seitdem aber haben sowohl die FDP in ihren zwölf Thesen zur Baupolitik von Ende 1979 als auch die CSU auf ihrem Wohnungskongreß vom Juli 1980 die allmähliche Abschaffung des sozialen Wohnungsbaus ebenso gefordert, wie die Abschaffung verschiedener Bestimmungen dieses Gesetzes.

Die SPD, die schon seit langem auf ihre früheren Entwürfe für eine Bodenreform verzichtet hatte, die Anfang der 70er Jahre als großer Kampf gegen die Spekulation bezeichnet wurden, hatte bereits zu Beginn dieses Jahres mit einer bestellten Studie der Uni Saarbrücken einen Kursumschwung begonnen. Zur Tat schritt dabei zuerst die Berliner SPD, die im Juli die sogenannte Tabellenmiete einführte, und so den Großangriff auf die letzte Stadt mit Mietpreisbindungen für Altbauwohnungen begann.

Damit erfüllt die SPD die letzte Phase jener berüchtigten Lücke-Pläne, mit denen die CDU-Regierungen in den 60er Jahren die weißen Kreise eingeführt und jede Mietpreisbindung abgeschafft hatte. Ursprünglich war die SPD-Gesetzgebung eine Reaktion auf die dadurch entstandene breite Unzufriedenheit unter den Mietern gewesen, die bis 1973 zu relativ breiten Mieterkämpfen geführt hatte. Jetzt geht der Kurs wieder in die alte Richtung, unternimmt man alles, um die sogenannte Privatinitiative zu stärken, das heißt nichts anderes als daß der Angriff eröffnet wird auf die wenigen Mieterrechte die noch bestehen.

Dabei war es in den letzten Jahren natürlich keinesfalls so, daß die Bonner Regierung keine Maßnahmen zur Renditesicherung der Bauunternehmer getroffen hätte. Zum einen über die Zinspolitik der Bundesbank, die dazu führte, daß die Deutsche Bank, die über die beiden größten Hypothekenbanken der Bundesrepublik kommandiert, auch in diesem Bereich riesige Gewinne verbuchte. Zum anderen über Sonderprogramme und Städtebauförderung, die Spekulanten und Baukonzerne Milliarden einbrachten. Und über die weitere Freigabe der Bodenpreise, die dazu führte, daß beispielsweise in München die Bodenpreise seit 1960 um 600 Prozent stiegen, allein im Jahre 1979 um 31 Prozent.

So sind auch die Großgrundbesitzer die größten Gewinner der Baumisere in der Bundesrepublik. Zum Beispiel der Baron von Finck, Großbankier auch im Hypothekenwesen, dessen Grundbesitz in den Jahren von 1974 bis 1978 einen Wertzuwachs von 400 Millionen Mark verzeichnete.

Die Leidtragenden sind vor allem die Mieter in den Großstädten, wo die Knappheit an Wohnraum ansteigt. In nahezu allen Großstädten beträgt die Zahl der amtlich registrierten Wohnungssuchenden über 10 000 mit einem Anteil von durchschnittlich 30 Prozent dringenden Notfällen. Andrerseits stehen Hunderttausende von Wohnungen leer, aus spekulativen Gründen, weil sie entweder abgebrochen werden sollen, um gewinnträchtigeren Büro- oder Luxusbauten Platz zu machen oder aber dem Renovierungsparagraphen entgegenfaulen sollen.

Die Kosten der Mieter haben sich auch über die gewaltigen Erhöhungen der städtischen Gebühren für alle Dienstleistungen, die allein von 1971 bis 1976 über 65 Prozent betrugen, verteuert. Gerade in den Großstädten wird die Wohnung also immer teurer, überdurchschnittlich teurer, ist der Wohnraum besonders knapp. So ist es kein Wunder, daß gerade in den Großstädten im letzten Jahr die Mieteraktionen sich wieder häuften, wie zu Beginn der 70er Jahre — die Hausbesetzungen sind davon nur der spektakulärste Teil, Demonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen waren viel zahlreicher, Mieterorganisationen verzeichneten großen Zulauf. Und auch innerhalb der Großstädte ist die Betroffenheit unterschiedlich: Die Hälfte aller Familien mit drei und mehr Kindern hat unter 80 Quadratmeter Wohnraum, ausländische Mieter zahlen im Bundesdurchschnitt bei gleicher Qualität der Wohnungen 1,80 Mark mehr Miete je Quadratmeter als Deutsche, junge Ehepaare füllen den größten Teil der städtischen Wartelisten. Dazu ist zu bemerken, daß sich mindestens 4 Millionen Wohnungen, also rund ein Sechstel aller bestehenden im abbruchreifen Zustand befinden und die doppelte Zahl dringend modernisierungsreif ist. Da fallen solche Tatsachen wie die, daß die Hälfte aller Wohnungen keinen Kinderspielplatz in der engeren Umgebung haben, nicht mehr besonders ins Gewicht.

Die allgemeine Wohnungslage unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland insoweit, als der Anteil der Großstadtbevölkerung unterschiedlich ist. Gerade dort, wo sich die werktätigen Massen zusammenballen, ist die Situation am schlimmsten. Dort sind auch die Zentren des Widerstandes.

Diese Mieterbewegung, die in nächster Zeit stärker werden wird, weil sich die Lage aufgrund der Bonner Politik weiter verschlechtern wird, braucht die politische Führung. Der sozialdemokratisch geleitete Mieterbund, engstens verbunden mit zahlreichen sogenannten gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen, nicht zuletzt der DGB-eigenen „Neuen Heimat" hat die Grundzüge der Bonner Wohnungspolitik stets unterstützt. Deshalb haben sich sowohl innerhalb als auch außerhalb dieser größten Organisation neue Initiativen gebildet, die den Widerstand organisieren wollen.

Das Aktionsprogramm der KPD, das die Forderung nach ausreichenden und billigen Wohnungen erhebt, gibt hier die Richtung an. Nur der Kampf um diese Forderungen kann eine Besserung bringen.

Helmut Weiss



Aktueller denn je zuvor ist die Parole der Bürgerinitiative „Dortmund darf nicht sterben" auf diesem Transparent. Unser Foto wurde am 28. November aufgenommen, als in Dortmund 70 000 Menschen für die Forderung „Stahlwerk jetzt!" demonstrierten.

IGM-Bonzen verraten die Forderung „Stahlwerk jetzt!"

Auf die eigene Kraft bauen und den Kampf weiterführen!

Betriebsbesetzungen bei Enka und Pongs: Signal für die Hoesch-Arbeiter

Seit der Demonstration der 70 000 vom 28. November versuchen die SPD- und IGM-Bonzen immer offener, die Bewegung für das „Stahlwerk jetzt" in Dortmund abzuwürgen. Die scheinbare „Einheitsfront" zwischen den Hoesch-Arbeitern und Dortmunder Werktätigen einerseits und den politisch etablierten Kräften in der Stahlstadt und im Bundesland NRW auf der anderen Seite, ist wie eine Seifenblase geplatzt.

Der neue Plan des ESTEL-Hoesch-Konzernvorstands (siehe Kasten) bestätigt genau das, was unsere Partei und die Hoesch-Betriebsgruppe der RGO bereits im September 1979 in Flugblättern, auf Versammlungen und im „Roten Morgen" warnend vorausgesagt haben. Der Konzernvorstand und die hinter ihm stehende Deutsche Bank wollen die Rohstahlerzeugung bei Hoesch abschaffen, wollen Dortmund seiner Stahlbasis berauben und diese Stahlstadt in eine wirtschaftliche Agonie stürzen.

Viele Stahlkocher bei Hoesch sagen heute: „Jetzt hat sich genau das bestätigt, was die RGO-Betriebsräte schon lange vorausgesagt haben..." In der Tat muß jetzt jedem klar werden, daß die Deutsche Bank und die ESTEL-Hoesch-Bosse bereits damit begonnen haben, ihre Vernichtungsstrategie durchzusetzen.

Um ihrer Profitinteressen willen sind sie darangegangen, eine ganze Region wirtschaftlich zu ruinieren und die Vernichtung Zehntausender von Arbeitsplätzen in Dortmund und im östlichen Ruhrgebiet in die Wege zu leiten. Werden ihre Pläne Wirklichkeit, dann wird diese Region — wie auch die bürgerlichen Tageszeitungen mehrfach geschrieben haben — zu einem Elendsviertel der Bundesrepublik. Schon jetzt liegt die Arbeitslosenquote in Dortmund mit 6,5 Prozent weit über dem Durchschnitt. Die Vernichtung der Dortmunder Stahlbasis aber würde sie in zweistellige Dimensionen treiben!

Jetzt, wo diese düstere Perspektive mit aller Schärfe deutlich geworden ist, wo die Hoesch-Bosse die Hosen heruntergelassen haben, ergreift die in Nordrhein-Westfalen mit absoluter Mehrheit regierende SPD nicht etwa Maßnahmen, um diesen Vernichtungsfeldzug zu stoppen. Im Gegenteil!

Noch kurz vor der Wahl ließen sich Ministerpräsident Rau, Landesarbeitsminister Farthmann und der Dortmunder Oberbürgermeister Samtlebe als Geburtshelfer für das versprochene neue Stahlwerk feiern, als Retter der Stahlbasis in Dortmund. **Und heute, wo die Bank- und Konzernherren die Stadt Dortmund in ihren Würgegriff genommen und mit der praktischen Durchführung ihres Vernichtungsprogramms begonnen haben, erweisen diese „Retter Dortmunds" sich als reine Lakaien und Sachwalter der Monopole und ihrer Profitinteressen.**

Noch im letzten November spielte Oberbürgermeister Samtlebe (SPD) sich als Vorkämpfer der Bewegung für das „Stahlwerk jetzt!" auf. Bereits Mitte Dezember aber organisierte er die Dortmund-Konferenz, auf der Spitzenvertreter von Wirtschaft und Politik, sowie Vertreter der Gewerkschaftsführung in einer konzertierten Aktion die Signale zugunsten des Vernichtungsprogramms des ESTEL-Hoesch-Konzerns und der Deutschen Bank und gegen die elementaren Lebensinteressen der Werktätigen in Dortmund und im östlichen Revier stellten.

Unter dem Schlagwort „Wirtschaftsförderung" wurde auf dieser Konferenz darüber hinaus zwischen den erwähnten Kräften Einvernehmen erzielt, daß den erpresserischen Forderungen der ESTEL-Hoesch-Herren nach Milliardensubventionen aus Steuergeldern sowie nach der Veränderung der Dortmunder Infrastruktur (Verkehrswege, Energieversorgung, Industriestruktur usw.) gemäß den Bedürfnissen des Konzerns bedingungslos entsprochen werden soll!

Unter dem verlogenen Vorwand, einen Ausgleich für die gewaltige Lücke zu schaffen, die die Vernichtung der Stahlbasis in Dortmunds Industriebasis reißt, werden jetzt alle möglichen Wünsche nicht nur von ESTEL-Hoesch sondern von sämtlichen in der betroffenen Region ansässigen Großunternehmen zum Inbegriff des „Gemeinwohls" erklärt. Unter anderem will die Landesregierung jetzt auch grünes Licht für den umstrittenen Bau eines Atomkraftwerkes in Uentrop bei Hamm geben.

Unterstützt wird dieses ungeheuerliche Komplott von den Bonzen der IG Metall. Wenige Tage vor der „Dortmund-Konferenz" (zu der bezeichnenderweise die Vertreter der Bürgerinitiativen und der Hoesch-Vertrauensleutekörper der IGM nicht eingeladen wurden) sorgte der IGM-Ortsbevollmächtigte Dieterich dafür, daß die Vertreterversammlung der IGM eine Resolution an die Konferenz verabschiedete, in der die Forderung „Stahlwerk jetzt!" gar nicht mehr auftaucht. Stattdessen werden in dieser Resolution Maßnahmen zur „Wirtschaftsförderung" verlangt, ganz auf der Linie von Rau, Farthmann, Samtlebe und Konsorten.

Das läuft darauf hinaus, daß dem Totalausverkauf der Interessen der Arbeiter und Werktätigen in Dortmund und in der betroffenen Region zugestimmt wird! Das kann auch dadurch nicht vertuscht werden, daß Dieterich hin und wieder in der DKP-Zeitung „UZ" verlauten läßt, es stimme gar nicht, daß er die Forderung „Stahlwerk jetzt!" fallen lassen habe.

Geplatzt ist die trügerische „Einheitsfront", in der Politiker wie Oberbürgermeister Samtlebe oder Ministerpräsident Rau und Arbeiterverräter wie der IGM-Bevollmächtigte Dieterich die Zügel in der Hand zu halten versuchten! Jetzt weicht der Nebel der leeren Phrasen und heuchlerischen Bekenntnisse und die wirklichen Fronten zeichnen sich ab. Unter den politischen und gewerkschaftlichen Gruppierungen in Dortmund stehen ausschließlich die revolutionären Organisationen und Kräfte sowie die oppositionellen Kräfte und Kollegen unbeirrbar zum Kampf für den sofortigen Bau des neuen Stahlwerks und gegen das Vernichtungsprogramm der Konzernherren. Und was die Betriebsratsspitzen bei Hoesch betrifft, so muß man sie daran messen,

Diejenigen, die sich im weiteren Kampf als Abwiegler betätigen, müssen ebenfalls zurückgewiesen werden. Wie der Kampf zu führen ist, dafür haben in Aachen und Kassel zwei Belegschaften dieser Tage ein Signal gesetzt: **Sie wehren sich gegen die Stillegung ihrer Betriebe, indem sie den Betrieb besetzt haben.**

daß sie nach wie vor dem Rationalisierungsterror und dem Arbeitsplatzabbau auf den Hüttenwerken zustimmen. Sie haben die Politik der „Vorleistungen" nicht aufgegeben sondern setzen sie fort!

Die Herren in den Chefetagen und Ministersesseln, die Bonzen in den Gewerkschaftshäusern hoffen, daß jetzt die Resignation unter den Arbeitern überhand nimmt. Aber diese Suppe muß ihnen versalzen werden. **Verlorene Illusionen sind gewonnene Kraft!** Alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte müssen jetzt entschlossen den Kampf vorantreiben und klarmachen, daß die Arbeiter bei Hoesch und die Werktätigen in Dortmund die Kraft und die Macht entwickeln können, das Vernichtungsprogramm von ESTEL-Hoesch und Deutscher Bank durch ihren selbständigen Kampf zu stoppen.

Jedes spalterische Vorgehen innerhalb dieser Kräfte muß schärfstens zurückgewiesen werden. Die Aktionseinheit aller der Kräfte, die es ehrlich meinen mit der Forderung „Stahlwerk jetzt!" ist jetzt dringendes Gebot!

Das A und das O des weiteren Kampfes in Dortmund ist die Aktion auf den Hoesch-Hüttenwerken selbst. So schwer es ist, diesen Kampf ohne gewerkschaftliche Rückendeckung von unten her zu organisieren, so muß diese Aufgabe doch entschlossen angepackt werden. Es bleibt kein anderer Weg. Die Betriebsratswahlen im Frühjahr müssen ausgenutzt werden, um die Kampfbedingungen zu verbessern, der Belegschaft einen Kampfstab im Betrieb zu verschaffen. Auch dies erfordert ein solidarisches und einheitliches Vorgehen aller fortschrittlichen Kollegen. Es ist dabei unumgänglich, gegen die Politik der Zusammenarbeit mit dem Konzernvorstand und Verräterein der Bonzen vorzugehen.

Die KPD wird sich vorbehaltlos in diesem Sinne einsetzen. Die RGO-Betriebsgruppe Hoesch, die schon vielfach bewiesen hat, daß sie konsequent für die Interessen der Belegschaft eintritt, sicherlich ebenfalls!

Eines sollte jeder Kollege sich in der jetzigen Situation vor Augen halten: Solange zwei verhältnismäßig kleine Betriebe wie Enka und Pongs von der Belegschaft besetzt werden, glauben die Herrschenden, dies noch verdauen zu können. **Das ändert sich jedoch schlagartig, wenn in einem derartigen wichtigen Großunternehmen wie den Hoesch-Hüttenwerken dasselbe passiert. Hoesch in Dortmund besetzt? Nicht auszudenken, was das bedeuten würde! Natürlich versuchen die IGM-Bonzen und die Betriebsratsspitzen eine solche „Katastrophe" mit allen Mitteln zu verhindern. Aber wenn die Kollegen erkennen, daß in solchen Kampfmaßnahmen ihre Chance liegt, werden die Arbeiterverräter überrannt werden!**

Das Vernichtungsprogramm der ESTEL-Hoesch-Kapitalisten

Am 18. Dezember legte auf der von Dortmunds Oberbürgermeister Samtlebe organisierten „Dortmund-Konferenz" der Vorstandsvorsitzende der Hoesch-Werke, Rohwedder, einen Plan für die „Sanierung" von Hoesch vor. Er beinhaltet den Verzicht auf das geforderte Ersatzstahlwerk und den etappenmäßigen Abbau der Rohstahlerzeugung in Dortmund.

Die alte Version des Hoesch-Vorstands, daß der Bau des neuen Oxygenstahlwerks als Ersatz für die stillgelegten Siemens-Martin-Öfen nur „verschoben" sei, ist damit offiziell aufgegeben worden. Stattdessen werden jetzt weitere Stationen der schrittweisen Vernichtung der Stahlbasis in Dortmund enthüllt.

Das gesamte Werk Union soll nach dem vorgelegten Plan bereits bis Ende dieses Jahres stillgelegt werden! Die Walzwerke von Hoesch sollen dementsprechend umstrukturiert werden. Desweiteren sollen für den zweiten Standort der Hoesch-Hüttenwerke, für das Werk Phoenix, alle Erhaltungsinvestitionen gestoppt werden. Bis 1987 soll dann auch dieses Werk dichtgemacht werden.

Damit wäre dann ein weiterer großer Schritt zur Vernichtung der Rohstahlerzeugung gemacht, denn das Werk Phoenix umfaßt mit seinem Hochofenwerk und seinem Oxygenstahlwerk eine bedeutenden Teil der Rohstahlkapazität der Dortmunder Hoesch-Hüttenwerke.

Übrig wäre dann nur noch der dritte Dortmunder Standort der Hüttenwerke: das Werk Westfalenhütte. Der Plan beinhaltet zwar, daß angeblich in vier Jahren (wiederum nach der Bundestagswahl!) auf Westfalenhütte mit dem Bau eines Oxygenstahlwerkes als Ersatz für das auf Phoenix zur Verschrottung vorgesehene Stahlwerk begonnen werden soll. Aber dieses Stahlwerk auf dem Papier riecht verdammt nach einem ebensolchen „Geisterstahlwerk", wie es bereits das jetzt offiziell gestrichene (und als Ersatz für die stillgelegten Siemens-Martin-Werke versprochene) Stahlwerk eines war, um das jetzt der Kampf geführt wird.

Dieses Stahlwerk geisterte nur bis kurz nach der letzten Bundestagswahl durch die Verlautbarungen der Konzernherren. Vorher mußte es jedoch als Erpressungsmittel für die sogenannten „Vorleistungen" der Belegschaft (sprich: Zustimmung zur Vernichtung Tausender von Arbeitsplätzen und zu rücksichtslosen Rationalisierungsprogrammen) herhalten. Das gleiche Spiel können die ESTEL-Hoesch-Bosse genauso mit einem „Geisterstahlwerk Nr. 2" treiben.

Selbst aber wenn dieses in dem neuen Plan vorgesehene Oxygenstahlwerk tatsächlich gebaut würde, würde die Dortmunder Rohstahlerzeugung um die Hälfte schrumpfen und zehntausend Arbeitsplätze bei den Hoesch-Hüttenwerken in Dortmund würden vernichtet.

Zudem sieht der Plan vor, daß dieses Oxygenstahlwerk, falls es wirklich gebaut werden sollte, hundertprozentig aus Steuergeldern finanziert werden müßte. Kostenpunkt: 1,5 Milliarden Mark.

Es ist eine alte Erfahrung, daß die Kapitalisten sich gerade dann ihre Investitionen voll vom Staat finanzieren lassen, wenn sie von vornherein mit der Möglichkeit spekulieren, die entsprechenden neuen Anlagen stillzulegen, bevor sich die Kosten dafür amortisiert haben!

Der Plan fordert außerdem von der Stadt Dortmund und dem Land Nordrhein-Westfalen optimale Strukturmaßnahmen zur Begünstigung der Hoesch-Werke, die Milliarden öffentlicher Mittel verschlingen würden. Dieser Plan ist faktisch nichts anderes, als eine weitgehende, wenn auch noch nicht vollständige, Enthüllung des Vernichtungsprogramms der ESTEL-Hoesch-Kapitalisten, verbunden mit der unverfrorenen Forderung, daß der Staat dafür auch noch Milliarden an Steuergeldern für ESTEL-Hoesch lockermachen soll.

Wer diesen Plan akzeptiert, akzeptiert faktisch den Abbau der Stahlbasis in Dortmund im Rahmen einer skrupellosen Profitstrategie. Er akzeptiert zusätzlich, daß die Kapitalisten der Deutschen Bank und von ESTEL-Hoesch sich quasi als Belohnung für ihr Vernichtungsprogramm, das Zehntausenden Menschen ihren Arbeitsplatz rauben würde, sich auch noch durch gigantische staatliche Subventionen gesundstoßen können.

Lohnforderungen der IG Metall

8 Prozent sichern Reallöhne nicht

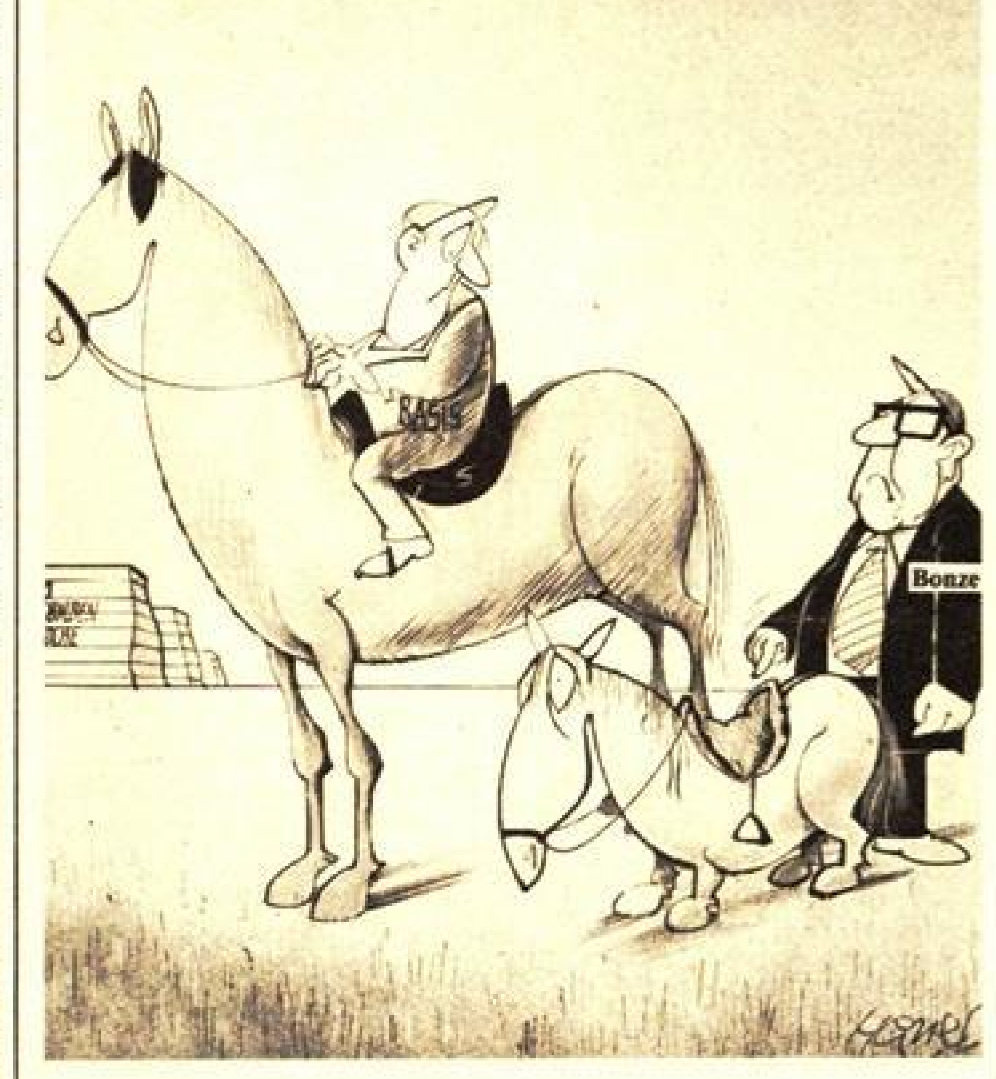
Loderer treibt ein schmutziges Spiel

FRANKFURT.— Was die Tarifkommissionen der IG Metall auf Druck des IGM-Vorstandes als Lohnforderungen festgelegt haben, ist ein Weihnachtsgeschenk für die Kapitalisten: Zwischen 7,5 und 8 Prozent bewegen sich die Forderungen. Damit können nicht einmal die gestiegenen Lebenshaltungskosten aufgefangen werden.

Im Saarland beschloß die Tarifkommission eine Forderung von nur 7,5 Prozent. Im Nordverbund (Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, nordwestliches Niedersachsen) werden nur 7,7 Prozent gefordert, wobei als Trostpflaster eine Mindestforderung von 125 Mark beschlossen wurde. Auch in Baden-Württemberg, wo 8 Prozent gefordert sind, versucht man die Kollegen mit einem Mindestbetrag zu trösten: Er wurde auf 107 Mark festgelegt, was für die unterste Lohngruppe ungefähr 8 Prozent ausmachen würde.

Diese Forderungen sind ein klares Nachgeben gegenüber der Lohnverzichtsforderung der Kapitalistenverbände und der Bonner Politiker. Die reale Steigerung der Lebenshaltungskosten, die durch den amtlichen Preisindex erheblich heruntergespielt wird, liegt über 8 Prozent. Man denke nur an die Benzinpreise, an die Heizkosten und an die zum Teil horrenden Preissteigerungen für verschiedene öffentliche Dienstleistungen.

Die sogenannte „soziale Komponente", die durch die Mindestbeträge gegeben ist, kann über die niedrigen Forderungen nicht hinwegtrösten. Zudem sind die Mindestbeträge so niedrig angesetzt, daß sie eine „nivellierende" Wirkung (d.h., daß ein weiteres Auseinanderklaffen der Lohnunterschiede gestoppt wird) in nennenswertem Ausmaß nur unter der Bedingung entfalten können, wenn die prozentualen Lohnabschlüsse noch um ein ganzes Stück niedriger ausfallen als die jeweilige Prozentforderung (vorausgesetzt, an der Mindestforderung werden keine Abstriche gemacht).



Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Forderung in Baden-Württemberg. Der Mindestbetrag von 107 Mark entspricht 8 Prozent der untersten Lohngruppe. Würde also tatsächlich bei 8 Prozent mindestens aber 107 Mark abgeschlossen, so würde sich an den Lohnunterschieden überhaupt nichts ändern. Das Ergebnis wäre genau dasselbe, als wenn schlicht und ergreifend 8 Prozent ohne Mindestbetrag gefordert worden wären. Hier zeigt sich, daß die baden-württembergische Tarifkommission ihre eigene Forderung von vornherein nicht ernst nimmt, daß man den Kapitalisten schon durch die Form der Forderung signalisiert: „Wir meinen das mit den 8 Prozent ja gar nicht ernst".

Wen wundert es da noch, wenn IGM-Boß Loderer sich die Unverschämtheit erlauben konnte, bereits wenige Tage nach der Aufstellung der Forderungen im Fernsehen zu verkünden, die 8 Prozent hätten mit dem Abschluß so viel gar nicht zu tun, das sei doch nur eine Forderung?

Wieder einmal können die Kapitalisten sich die Hände darüber reiben, daß ihre Freunde im Gewerkschaftsapparat ihnen von Anfang an dabei helfen, einen konsequenten Lohnkampf der Gewerkschaften schon im Keim zu ersticken. In diesem Jahr aber wird der Arbeiter durch die Sabotage der Bonzen am Lohnkampf besonders hart getroffen, falls es nicht gelingt, den Bossen und Bonzen durch selbständigen Kampf und konsequente oppositionelle Aktivitäten von unten her eine Strich durch die Rechnung zu machen.

Jeder weiß, daß diese Lohnrunde härter wird, als in den vergangenen Jahren. Freiwillig lassen sich die Kapitalisten auch auf die kleinsten Zugeständnisse nicht mehr ein. Deshalb wird es höchste Zeit, daß die klassenkämpferischen Gewerkschafter jetzt vor Ort zum Gegenangriff übergehen.

Die Antwort auf das Forderungsdiktat der IGM-Bonzen:

Nichts läuft unter 8 Prozent!

Wieder einmal haben die IGM-Bonzen den Willen der Mitgliederbasis und die Beschlüsse von gewerkschaftlichen Gremien frech mit Füßen getreten. Die Lohnforderungen, die von den Kollegen in den Betrieben aufgestellt worden waren, lagen fast durch die Bank weit höher als die 8 Prozent. Bei VW und Klöckner stellten die Vertrauensleute eine Forderung von 10 Prozent auf. Bei der Firma Voith in Heidenheim beschlossen ebenfalls die Vertrauensleute eine Festgeldforderung von 220 Mark. Die Abteilungsversammlung der Arbeiter von der Bordmontage des Werkes Reiherstieg bei HDW in Hamburg beschloß 250 Mark Festgeld. Man könnte noch viele Beispiele hinzufügen.

Mit einem billigen Trick hat man also nur pro forma getarnt, daß man einen Beschluß des höchsten Gremiums der IG Metall einfach mit Füßen tritt!

Das höchste Gremium der IG Metall zwischen den Gewerkschaftstagen ist der Beirat. Im September 1979 hatte dieser seine sogenannte „Homburger Lohnformel" formuliert, die fortan als Richtlinie für die Lohnpolitik der IG Metall gelten sollte. Sie lautete: Preissteigerungen plus Produktivitätszuwachs plus Umverteilung. Hätten sich die Bonzen daran gehalten, dann müßten sich die Forderungen der Tarifkommissionen für die Lohnrunde '81 ungefähr auf dem Niveau der 250-Mark-Forderung der Hamburger HDW-Arbeiter bewegen!



Der letzte Gewerkschaftstag der IG Metall faßte den Beschluß, daß der IGM-Vorstand keine Forderungsempfehlung mehr herausgeben darf, bevor die Tarifkommissionen getagt haben.

Aber auch um die Beschlüsse der höchsten gewählten Gremien gewerkschaftlichen scheren die Bonzen sich einen feuchten Kehricht. So hat der letzte Gewerkschaftstag der IG Metall beschlossen, daß der IGM-Vorstand keine Forderung mehr ins Spiel bringen darf, bevor die Tarifkommissionen ihre Forderungen nicht aufgestellt haben. Kurz bevor letztere jedoch zusammentraten, meldete die bürgerliche Tagespresse, der IGM-Vorstand habe sich für 8 Prozent ausgesprochen. Dieser Beschluß — so die Zeitungen — sei aus „Gewerkschaftskreisen" durchgedrungen und er sei auf Anfrage in der Frankfurter IGM-Zentrale weder bestätigt noch dementiert worden. Mit ei-

Aber Loderer, Janßen und Konsorten halten sich noch nicht einmal an das, was sie einige Wochen vorher zwecks Täuschung der Basis selbst in Presse und Fernsehen verkündet haben. So hatte Loderer mehrfach betont, eine Sicherung der Realeinkommen plus einer Beteiligung am Produktivitätszuwachs (die Umverteilung ließ er lieber gleich weg) sei „unverzichtbar" für die IG Metall.

Nehmen wir Loderer bei seinem Wort von damals: Die Sicherung der Reallöhne ist doch mindestens unverzichtbar! Dann sind aber 8 Prozent auch das allermindeste, was unterm Strich bei dieser Lohnrunde herauskommen muß!

„Forderungsempfehlung" im öffentlichen Dienst

Nackte 7 Prozent!

Mitte Dezember haben sich die Vorsitzenden der vier Einzelgewerkschaften des DGB im öffentlichen Dienst heimlich getroffen und eine „Forderungsempfehlung" für die Tarifrunde festgelegt: 7 Prozent ohne jeden Sockelbetrag.

Mit dieser Empfehlung, die sie von der bürgerlichen Presse an ihre Mitgliederbasis weitervermitteln ließen, wollen die Gewerkschaftsvorsitzenden Kluncker (ÖTV), Haar (Eisenbahn), Breit (Post) und Frister (GEW) den Kampf gegen den Abbau der Realeinkommen der unteren Einkommensschichten im öffentlichen Dienst von vornherein abblocken.

Neben der Niedrigkeit der Forderung ist das Fehlen eines Sockel- bzw. Mindestbetrags im öffentlichen Dienst besonders arbeiterfeindlich. Denn dort gibt es naturgemäß besonders krasse Einkommensunterschiede. Von den Tarifverhandlungen werden ganz verschiedenartige soziale Schichten erfaßt (einerseits Müllarbeiter, Krankenschwestern, Post- und Eisenbahnarbeiter usw. Andererseits Richter, Ärzte, höhere Beamte usw.). Nicht umsonst ist im öffentlichen Dienst, besonders in der ÖTV, die Bewegung für Festgeldforderungen an der gewerkschaftlichen Basis traditionell besonders stark.

Die Forderungen für den öffentlichen Dienst sollen Mitte Februar endgültig festgelegt werden. Die klassenkämpferischen Gewerkschafter in diesem Bereich müssen jetzt die Initiative ergreifen. Denn bislang war es immer so, daß die sogenannte Forderungsempfehlung mit der tatsächlich aufgestellten Forderung identisch war.

Das muß diesmal anders werden! Eine massive Protestkampagne gegen die 7-Prozent-Empfehlung und für angemessene Festgeld- oder zumindest Mischforderungen wäre auf jeden Fall ein Warnschuß für Kluncker, Haar, Breit, Frister und Konsorten.

Gewerkschaftskommentar

Der nordrhein-westfälische Regierungschef Rau war der erste, der die provokatorische Forderung nach einer sechsmonatigen Lohnpause im öffentlichen Dienst erhob. Es drängt sich der Verdacht auf, daß man ganz bewußt einen exponierten SPD-Politiker nach vorn geschickt hat, um entschlossene Reaktionen der Gewerkschaften gegen diesen unverschämten Angriff auf die Arbeiter und kleinen Angestellten zu vermeiden. Und machen wir uns nichts vor: Was heute den Kollegen im öffentlichen Dienst zugemutet wird, fordert man morgen bereits von den Arbeitern in anderen Berufs- und Industriezweigen.

Sonderopfer?

Auf den Vorstoß von Rau reagierte die Gewerkschaftsführung nur mit lahmen papiernen Protesten. Zu handfesten Protestaktionen und zwar nicht nur der ÖTV oder der anderen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst, sondern des gesamten DGB, kam es nicht. Möglicherweise wäre es anders gewesen, wenn die Provokation zuerst aus der Ecke der Unionsparteien gekommen wäre. Inzwischen aber dröhnt der Ruf nach Lohnpause im öffentlichen Dienst aus allen Landeshauptstädten und auch aus Bonn. Spitzenvertreter von allen Bundestagsparteien haben diese unverschämte Forderung übernommen und die Massenmedien tun fast schon so, als wäre die Lohnpause bereits beschlossene Sache.

Plötzlich sehen sich die Gewerkschaften im öffentlichen Dienst total in die Defensive gedrängt. Eine Propagandawelle umspült sie, daß ihnen Hören und Sehen vergehen könnte. Und sogar die bitter magere „Forderungsempfehlung" der Kluncker und Konsorten von 7 Prozent wird nun als völlig überzogen verteufelt. So bezeichnete der nordrhein-westfälische Landwirtschaftsminister und SPD-Unterbezirksvorsitzende Bäumer die Sieben-Prozent-Forderung als „absurd".

Es ist übrigens anzunehmen, daß es den Kluncker, Haar, Breit und Frister gar nicht so unlieb war, daß eine solche Stimmungsmache gegen den öffentlichen Dienst lief. So konnten sie hoffen, daß ihre Sieben-Prozent-Empfehlung die Gewerkschaftsbasis nicht sofort auf die Barrikaden rufen würde, weil sie durch die massive Sonderopfer-Propaganda verunsichert ist.

Dabei muß man jedoch dem Wort „Sonderopfer" mit größtem Mißtrauen begegnen. Heute wird noch so getan, als richte sich die Zumutung nur gegen die Kollegen im öffentlichen Dienst. Morgen aber wird man ähnliche Ansprüche genauso gut an die anderen Gewerkschaften richten. Und selbst wenn die Lohnpause in diesem Jahr auch im öffentlichen Dienst noch nicht durchkommen sollte, so ist jedenfalls propagandistisch und psychologisch der Boden bereitet, um in der nächsten Tarifrunde damit ernstzumachen.

Es ist schlimm, daß auf eine solch provokatorische und weitgehende Parole wie Lohnpause vom DGB nicht mit massiven Protestaktionen geantwortet wurde. Das heißt doch: die eigenen Reihen entwaffnen, wenn der Feind zum Angriff bläst!

Die Demagogie, mit der das „Sonderopfer" den werktätigen Massen plausibel gemacht werden soll, verrät die Taktik, einen Teil der Werktätigen zu isolieren, eine oder einige Gewerkschaften von der Solidarität des gesamten DGB abzuschneiden und dann zuzuschlagen. Nach dem Motto: „Die im öffentlichen Dienst haben doch sichere Arbeitsplätze und riesige soziale Vergünstigungen und Beamte sind überhaupt unkündbar..."

Wäre es nicht Aufgabe der DGB-Führung gewesen, gegen diese Demagogie, gegen diese zum größten Teil falschen Behauptungen eine entsprechende Gegenaufklärung zu organisieren und die Notwendigkeit der Solidarität zu erklären? Denn die alte Taktik der Herrschenden heißt doch: spalten und dann zuschlagen. Die Parole der Arbeiterbewegung muß demgegenüber tatkräftig verwirklicht werden: Einigkeit macht stark!



Im Frühjahr 1980 kämpften Zehntausende von ÖTV-Kollegen mit Warnstreiks für ihre Lohnforderungen, insbesondere für die Durchsetzung eines Sockelbetrages.



Demonstration am 30. Januar 1978 in Herne

30. Januar — Kampftag gegen Reaktion und Faschismus

Wieder jährt sich der Tag, an dem die Hitler-Faschisten in Deutschland die Macht ergriffen, um mit blutigem Terror die Herrschaft des Großkapitals zu retten, das werktätige Volk niederzuschlagen, seine Organisationen zu vernichten, seine Führer zu ermorden.

Der diesjährige 48. Jahrestag steht unter dem Eindruck des im letzten Jahre eskalierten Terrors westdeutscher Neofaschisten, ein Terror, der allein in den letzten vier Monaten 17 Todesopfer forderte. Die Forderung nach dem Verbot aller neofaschistischen Organisationen und jeder rassistischen, kriegshetzerischen und faschistischen Propaganda muß am 30. Januar unüberhörbar zum Ausdruck gebracht werden! Diese Verbrecher gedeihen bestens in dem von den Herrschenden und ihrer Bonner Regierung geschaffenen politischen Klima in der Bundesrepublik. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch" — diese vielzitierte Mahnung Bert Brechts wurde lange nicht so deutlich belegt wie in den vergangenen Monaten. Aber dieser Schoß brütet nicht nur Neonazis aus.

Erinnern wir uns an München, und nicht allein an das furchtbare Massaker. Denken wir daran, daß hier eine ungeheuerliche, großangelegte Provokation gegen die fortschrittliche und revolutionäre Bewegung in Vorbereitung war, die unabsehbare Folgen an staatlicher Repression gehabt hätte, wenn der Verbrecher nicht selbst getötet und eindeutig als Faschist identifiziert worden wäre. Das wütende Gegeifer des Franz Josef Strauß selbst angesichts dieser Tatsachen beweisen das.

Die staatlichen Behörden versteifen sich jetzt auf die Einzeltäter-Theorie. Die großangelegte Verfolgungsaktion gegen die Handvoll Terroristen der RAF wiederholt sich nicht gegen die übelsten Mörder und Volksfeinde von rechts. Sie führen ihre militärische Ausbildung und ihre Aktionen unter den Augen von Polizei und Staatsanwaltschaften weiter. Die Worte der Politiker sind Lüge und Heuchelei.

„Unsere freiheitliche Ordnung beruht auf dem Gewaltverbot" — so brüstete sich Genscher 1972 zu Beginn der großangelegten Ausrichtung der Staatsmacht auf den Bürgerkrieg, der Proben für eine Notstandsdiktatur unter dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus. Das jüngste Beispiel in einer endlos langen Kette von Beweisen für die Gewalttätigkeit dieser „Ordnung" ist die brutale Polizeiaktion gegen die Demonstrationen gegen die Wohnungsnot in Westberlin, wo der mögliche Tod von Demonstranten bewußt einkalkuliert wurde und nur durch Zufall nicht eintrat.

Es ist dieser Staatsapparat, es ist die Bonner Regierung, die die Unterdrückung ständig verschärft und für die kommenden Krisenjahre ihre Entschlossenheit zur Niederwerfung des Widerstandes des werktätigen Volkes bekundet hat. Und dabei sind sich, wie etwa Wehner und Stücklen nach der Wahl übereinstimmend bekundeten, alle Parteien in Bonn einig.

Die Strauß-Kandidatur im letzten Jahr hat den Rechtsextremisten Auftrieb gegeben. Die, die Strauß nach seinen eigenen Worten als Hilfstruppen willkommen sind, hatten die Zeichen der Zeit erkannt.

Strauß wurde nicht Kanzler, und es entstand eine breite Bewegung gegen diese Gallionsfigur der äußersten Reaktion in unserem Land. Wenn es Strauß auch gelang, reaktionäre Kreise der Bevölkerung zu mobilisieren, wenn er auch Versammlungen mit „Sportpalast-Stimmung" abhalten konnte, wurde doch deutlich: Die Menschen in unserem Land, besonders die Arbeiter, wollen kein neues '33! Gerade gegen Strauß und die Neonazis gibt es eine große, öffentlich tätige Opposition. Das ist ausgezeichnet.

Aber diese Opposition ist uneins, die Ablehnung des Faschismus bei vielen Menschen ohne klare Orientierung. Hier liegt eine große, verantwortungsvolle Aufgabe für unsere Partei! Verschiedene bürgerliche und revisionistische Ideologen verwirren die Köpfe vieler Menschen mit ihren „Faschismus-Theorien", die von der Hauptsache ablenken: er ist nicht die Herrschaft Wahnsinniger, er ist keine über den Klassen stehende Diktatur, er ist auch nicht an eine bestimmte Form wie unter Hitler gebunden — er ist die offene terroristische Diktatur des Finanzkapitals. Er ist die Antwort dieser Kreise auf die Bedrohung ihrer Herrschaft durch die kämpfende Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, die „Organisierung der terroristischen Abrechnung" mit ihnen, wie Dimitroff feststellte. Er nimmt die Form an, die passend ist. Und wer heute beim Kampf gegen die Neonazis stehenbleibt, entwaffnet sich selbst; wer andere auf diese Beschränkung orientiert, führt sie in die Niederlage.

Wir als Kommunisten müssen innerhalb der antifaschistischen Bewegung geduldig für die notwendige Klarheit sorgen. Dabei sind wir aktiver Teil dieser Bewegung. Unser Programm verpflichtet uns, unbeirrbar für die Herstellung der Einheitsfront des Volkes gegen die Faschisierung, gegen die Gefahr einer neuen faschistischen Diktatur zu arbeiten.

In diesem Sinne unterstützen wir auch die Arbeit der VOLKSFRONT als den zur Zeit positivsten Ansatz, eine solche Front zustande zu bringen. Die VOLKSFRONT ist, wie ihr Zentraler Vorstand selbst im neuesten „Volksecho" bekräftigt, nach dem die Teilnahme an der Wahl kein Wahlverein, keine Partei geworden. Sie ist eine überparteiliche Massenorganisation gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, die Einheit aller Antifaschisten unabhängig von ihrer weiteren politischen oder religiösen Überzeugung oder Organisationszugehörigkeit, ihr höchstes Ziel.

Zum 30. Januar führt die VOLKSFRONT, einem zentralen Aufruf im „Volksecho" entsprechend, in vielen Orten Aktionen durch. In dem Aufruf heißt es unter anderem: **„Alle Demokraten und Antifaschisten sind aufgerufen, dem Treiben und der Duldung der Faschisten entschlossen entgegenzutreten und die Öffentlichkeit zu mobilisieren, damit die Forderung durchgesetzt wird: Die faschistischen Organisationen müssen verboten werden!"** Der Aufruf weist darauf hin, daß die VOLKSFRONT in zahlreichen Städten mit anderen Organisationen und Personen gemeinsame Aktionen zum und am 30. Januar plant. So hat sich in Bremen eine „Initiative 30. Januar" gebildet, die dazu auffordert, an diesem Tag unter antifaschistischen Losungen auf die Straße zu gehen.

Unsere Partei begrüßt diese Aktivitäten und wird sie auch durch eigenständige Aktionen unterstützen.

Denken wir daran, unsere ausländischen Kollegen auch an diesem Tag in die gemeinsame Kampffront einzubeziehen. Die Verschärfung der Ausländergesetzgebung und der Asylbestimmungen im letzten Jahr, die Mitschuld der Bonner Politiker an Folter und Mord der türkischen Völker verpflichten uns zu internationalistischer antifaschistischer Einheit.

Der Jahrestag der faschistischen Machtergreifung ist uns lebendige Mahnung. Bekunden wir am 30. Januar 1981 unsere Kampfentschlossenheit gegen Faschismus und Reaktion!

Nach dem Doppelmord in der Schweiz

Faschisten müssen hinter Gitter!

Schon wieder Nazi-Waffenlager ausgehoben

Zwei Wochen sind jetzt seit dem vom Frankfurter Faschisten Schubert begangenen Doppelmord in der Schweiz vergangen. Und so unglaublich es klingen mag: Nichts ist bislang geschehen, um Mittäter und Hintermänner dieser Bluttat hinter Gitter zu bringen.

Die Bundesanwaltschaft bestreitet nicht einmal, daß Schubert als Waffeneinkäufer in der Schweiz war. Es wurden auch zwei Personen aus seinem Umkreis festgenommen — aber sofort wieder auf freien Fuß gesetzt. Und seitdem rührt sich nichts mehr. So wie wir es auch von den „Ermittlungen" nach dem Münchener Massaker schon kennen. Soll Schubert also auch zum „Einzeltäter" gemacht werden wie der Massenmörder Gundolf Köhler, ein Mitglied der Hoffmann-Bande? Hat Schubert in der Schweiz etwa Waffen holen wollen, um sie sich zu Hause an die Wand zu hängen?

Die Bundesanwaltschaft jedenfalls hat in den letzten Tagen zu erkennen gegeben, daß sie an einen Schlag gegen Schuberts faschistische Kumpane nicht interessiert ist. Sie erklärte nämlich, daß „gegenwärtig keine terroristische Vereinigung mit rechtsextremer Zielsetzung erkennbar" wäre. Und das nach den Anschlägen auf Ausländerwohnheime, nach München und nach dem Doppelmord in der Schweiz! Am gleichen Tag, wo diese Erklärung der Bundesanwaltschaft verbreitet wurde, konnte man in einigen Zeitungen eine kleine Meldung finden: In Königslutter bei Braunschweig flog eine faschistische Bande auf, die über fünfzehn Gewehre, acht Pistolen, Sprengstoff und anderes militärisches Gerät verfügte. Sie hatte damit Kampf- und Schießübungen gemacht.



Doppelmörder Schubert

Und da soll es in diesem Land keine terroristischen Vereinigungen von Faschisten geben? Was den Nazi Schubert betrifft, so wird es den Behörden allerdings äußerst schwer fallen, ihn als Einzelgänger hinzustellen. Schubert war in Frankfurt stadtbekannt als organisierter Faschist. Und viele Demokraten, aber auch Menschen, die (unter anderem) nur zufällig seinen Weg kreuzten, haben die hemmungslose Brutalität dieses Mannes am eigenen Leib erfahren. Um nur zwei Bespiele zu nennen: Im Dezember 1979 verteilten 20 bis 30 uniformierte Nazis in Frankfurt antisemitische Hetzblätter. Sie schlugen brutal auf Antifaschisten ein, die diese Provokation stoppen wollten. Als sich ein älterer Passant darüber empörte, trat ihn Schubert mit voller Wucht ins Gesicht. Nur einen Monat später wiederholte sich das gleiche Schauspiel an der Katharinenkirche. Diesmal war ein Propagandastand der Nazis sogar von der Stadt genehmigt worden. Mit Knüppeln und Schlagringen gingen die Faschisten gegen Demonstranten und Passanten vor. Und wieder tat sich Schubert dabei besonders hervor. Nach einer Angabe des hessischen Justizministeriums drangen er und ein Kumpan „stoßtruppartig in die sie umgebende Menschenmenge vor."

Die Bande, in der Schubert offenbar eine führende Rolle spielte, nennt sich „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands" (VSBD). Sie wurde schon 1971 von Friedhelm Busse in Krefeld gegründet und tauchte Ende der siebziger Jahre in Frankfurt auf. Über die Tätigkeit von Busse gibt es ein bezeichnendes Dokument, das aus dem faschistischen Sumpf selbst stammt. So sah sich 1978 eine „Volkssozialistische Einheitsfront" (VSE) genötigt, sich von ihrem Vorstandsmitglied Busse zu distanzieren und deckte dabei seine Verbindungen auf. In der Erklärung heißt es: „Unter dem Deckmantel der ‚Volkssozialistischen Einheitsfront' (VSE) stellte das Mitglied des VSE-Zentralbüros Friedhelm Busse (8014 Neubiberg, Brunhildenstr. 23 / Volkssozialistische Bewegung Deutschlands — VSBD) konspirative Kontakte zu rechts-faschistischen Personen und Gruppen her (unter anderem Erwin Schönborn, Thies Christophersen, Michael Kühnen, Henry Beier, Karl-Heinz Hoffmann, ‚Kampfbund Deutscher Soldaten', ‚Deutsche Bauern- und Bürgerinitiative', ‚Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten', ‚Kampfgruppe Großdeutschland', ‚Deutsch-Völkische Gemeinschaft,)."

Die Bande des Doppelmörders Schubert verfügte also über Verbindungen zu allen wichtigen faschistischen Terrorgruppen. Besonders intensiv war der Kontakt zu Schönborn, der gegenwärtig eine — allerdings nur wenige Monate dauernde — Gefängnisstrafe absitzt, der aber zuvor 22 Jahre lang unbehelligt von Polizei und Justiz terroristische Nazigruppen mit ständig wechselnden Namen aufbauen konnte. Schönborn verfügte gerade in Frankfurt über einige Stützpunkte, darunter auch den berüchtigten Nazi-Buchladen in Bornheim, der trotz andauernder Massenproteste der Anwohner, nicht von den Behörden geschlossen wurde.

Der andere wichtige Kontakt der Schubert-Bande lief zu Hoffmann. Etwa zur gleichen Zeit, wie die VSBD in Frankfurt auftauchte, bildete sich dort auch ein „Sturm 7 — Frankfurt, Wehrsportgruppe Hoffmann", ein Außenposten der Bande, der Terroristen für Hoffmann rekrutieren sollte. Als zu Beginn des Jahres die Wehrsportgruppe Hoffmann nach dem Vereinsrecht verboten wurde, löste sich auch der „Sturm 7" offiziell auf. Seine Mitglieder gingen zum großen Teil in die VSBD. Ein typisches Beispiel dafür, daß die faschistischen Terroristen äußerst flexibel in ihren Organisationsformen sind. Ein nur formales Verbot kann diesen Leuten niemals das Handwerk legen. Sie müssen hinter Gitter.

Und selbstverständlich kennt die Polizei die Figuren der faschistischen Terrorszene und ihre Verbindungen, also auch Schuberts Kumpane, für die er Waffen besorgen wollte. Ein Sprecher des Frankfurter Polizeipräsidiums hat das vor einigen Monaten selbst zugegeben: „Die Mitglieder der verschiedenen rechtsradikalen Gruppen sind zum überwiegenden Teil bekannt, eine Gefahr der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist zur Zeit nicht erkennbar." Und jetzt hat ein Mitglied dieser angeblich ungefährlichen Frankfurter Faschistenbanden zwei Menschen ermordet. Die beiden Schweizer Beamten könnten noch leben, wenn die Nazi-Terroristen nicht derart dreist verharmlost würden, wie sie es hier in der Erklärung des Frankfurter Polizeipräsidiums zum Ausdruck kommt. Schubert war in Frankfurt — wie gesagt — alles andere als ein unbeschriebenes Blatt. Nicht nur als Schläger (gegen ihn liefen Verfahren wegen Körperverletzung und Landfriedensbruch). Schubert war erst im März dieses Jahres unter anderem auch wegen unerlaubten Besitzes und Mitführens einer Waffe verurteilt worden. Allein dieser einzige Tatbestand hat „linke Terroristen" schon für Jahre ins Gefängnis gebracht. Schubert aber wurde auf freien Fuß gesetzt und löschte in der Schweiz zwei Menschenleben aus.

20. Strafrechtsänderungsgesetz

Die Paragraphen 88a und 130a sollen fallen

Im RM 1/81 berichteten wir über die geplante Verabschiedung eines 20. Strafrechtsänderungsgesetzes, mit dem die Paragraphen 88a und 130a aufgehoben werden sollen. Diese Paragraphen sind Bestandteil des 1976 verabschiedeten 14. Strafrechtsänderungsgesetzes, ein Zensurgesetz, das wichtiger Bestandteil der vom Staat betriebenen Faschisierung in Westdeutschland ist. Wir erinnerten an den massenhaften Protest der gesamten demokratischen Öffentlichkeit, der im In- und Ausland gegen diese Paragraphen laut wurde, und der bis heute nicht abgerissen ist — ein Widerstand, der die Bonner Machthaber in arge Schwierigkeiten gebracht hat. Ihre Pläne aber haben sie nicht geändert...

Eine logische Entwicklung

Das 14. Strafrechtsänderungsgesetz kam nicht aus heiterem Himmel. Es gehört zu den „Gesetzgebungsvorhaben", die der damalige Innenminister Genscher in der Debatte zu „Fragen der inneren Sicherheit" bereits am 7. Juni 1972 ankündigte. Damals wurde auch der Startschuß zu der im In- und Ausland berüchtigten „Sympathisanten"-Hetze gegeben, von der unsere Partei und alle linken Organisationen betroffen sind, deren Auswüchse aber auch zu den Diskriminierungen von Schriftstellern wie Heinrich Böll führten. „Die Bemühungen, der Anwendung von Gewalt unter bestimmten Voraussetzungen oder von bestimmter Seite den Schein der Rechtfertigung zu geben, haben jenes breite **Sympathisantenfeld** geschaffen, das die Arbeit der Polizei so sehr erschwert." (...) „Unsere **freiheitliche** Grundordnung basiert auf dem **Gewaltverbot**. (...) Wer zuläßt oder daran mitwirkt, daß die Frage der Gewaltanwendung in der Demokratie relativiert wird, wer auch nur ganz bestimmte Einschränkungen und Ausnahmen vom Prinzip zuläßt, der macht sich mitschuldig, wenn die Gewalt dann später ihre Opfer fordert."

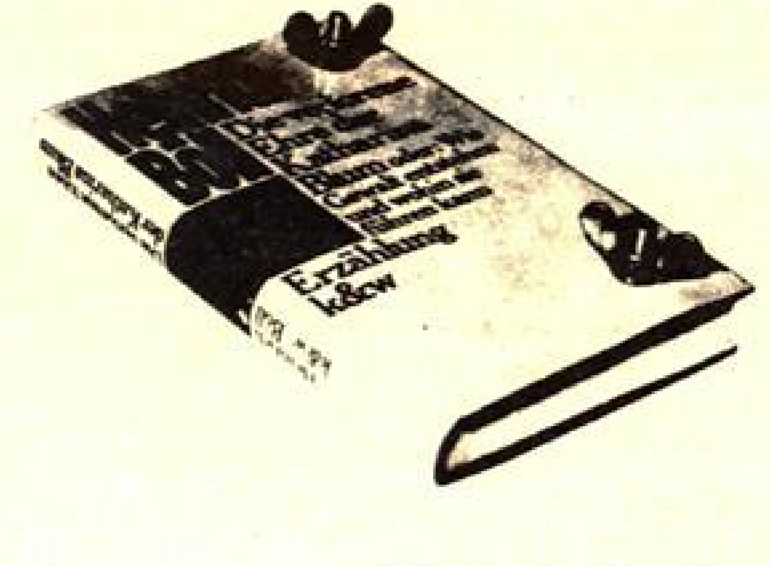
Es begann auch der planmäßige Ausbau des Bundeskriminalamts zur Computerzentrale mit den bekannten Ergebnissen unter Leitung von Horst Herold. Und es wurden neue Gesetze geschaffen. Darunter das Vorbeugehaftgesetz, das wie sein faschistisches Vorbild die vorbeugende und willkürliche Verhaftung ermöglicht, das Waffengesetz, das den Besitz von Waffen so einschränkt, daß er nur noch den Reichen vorbehalten bleibt, das Grenzschutzgesetz, das den BGS-Truppen eine Rolle als Bundespolizei in Krisenzeiten zuweist, das Gesetz zur Beschlagnahmung eines Druckwerks, das Kontaktsperregesetz, das Verteidigerausschlußgesetz, das Razziengesetz und andere. Wurde mit den Notstandsgesetzen von 1968 bereits die Grundlage zur „legalen" Errichtung einer faschistischen Diktatur gelegt, so sind in den folgenden Jahren die Strafbestimmungen gerade gegen politische „Delikte" schon für die Zeit vorher in jeder Hinsicht perfektioniert. In politischen Prozessen kommen auch „altbewährte" Paragraphen wie 90a („Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole") und 111 StGB („Öffentliche Aufforderung zu Straftaten") zum Tragen.

Deshalb stellt auch Rechtsanwalt Flint in dem genannten Gutachten fest: „Diesen Eingriff als ‚verfassungspolitischen Dammbruch' zu bezeichnen, hieße, die bisherige Anwendung der bereits vorhandenen Staatsschutzvorschriften zu bagatellisieren." Nach § 90a wurde bereits die Kennzeichnung der Bundesrepublik als „Unterdrückerstaat" angeklagt und bestraft! Nach § 111 wurde der Schriftsteller Peter O. Chotjewitz verfolgt, weil er in einem Aufruf die Hungerstreikerklärung der Stammheimer Gefangenen **dokumentiert** hatte!

Aufschlußreiche Begründungen

Jetzt ist es an der Zeit, sich die Ausführungen der SPD- und FDP-Fraktionen anzusehen, mit der sie ihren Plan zur Aufhebung der Paragraphen 88a und 130a begründen.

Mitbürger!
Lesen macht dumm und gewalttätig
Die Generalschrifttumskammer



Ausführlicher als in dem am Anfang dieses Artikels dokumentierten „Entwurf eines 20. Strafrechtsänderungsgesetzes" gingen die Abgeordneten Linde und Hartmann in einem Bericht auf diese Fragen ein, der dem Bundestag am 3.6.1980 vorgelegt wurde. Es heißt darin zum § 88a: „Neben den Anwendungsschwierigkeiten, besonders auch im Zusammenhang mit Durchsuchungen und Beschlagnahmen, habe die Strafvorschrift Rechtsunsicherheit hervorgerufen. Insbesondere für den Bereich der Kunst, Wissenschaft und Publizistik bestehe inzwischen weithin die — wenn auch falsche — Vorstellung, daß die Strafvorschrift die Meinungsfreiheit einschränke. **§ 88a StGB sei zu einer Art Negativsymbol geworden und schade deshalb im Ergebnis mehr als er nütze.**"

Hier spürt man die Kraft des Widerstandes ganz deutlich. Natürlich werden alle Bedenken als unbegründet abgetan. Ohne diesen Kampf aber wäre der § 88a mit Sicherheit in breitem Maße zur Anwendung gekommen. Die Aufhebung der Paragraphen ist uns nicht geschenkt worden!

Aber, wie gesagt — damit ist unser Strafrecht nicht liberal geworden. Interessant ist hier die Bemerkung zu den bisherigen Prozeßerfahrungen mit den betreffenden Paragraphen. „Von insgesamt 111 Ermittlungsverfahren ist in 101 Fällen zugleich wegen des Verdachts anderer Straftaten ermittelt worden, so daß es der Vorschrift insoweit nicht bedurfte." Ausführlicher auch hier Linde und Hartmann. Sie bringen die Begründung der Mehrheit des Rechtsausschusses des Bundestages: „§ 88a (...) sei überflüssig, da andere Vorschriften zur Verfügung ständen, um den sozialschädlichen Kern der Gewaltbefürwortung zu bekämpfen: § 111StGB (...), § 126 — Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten, § 131 — Verherrlichung von Gewalt, § 140 — Billigung von Straftaten, § 241 — Bedrohung — und zusätzlich geschaffene Spezialvorschriften, nämlich § 21 in der Verbindung mit § 6 des Jugendschutzgesetzes und § 53 Abs. 1 Nr. 5 des Waffengesetzes (...) **Bei sämtlichen Delikten handele es sich um Äußerungsdelikte in Idealkonkurrenz zu § 88a StGB." Die Paragraphen 126, 140 und 241 gehören mit zum 14. StrÄndG, das also keineswegs als Ganzes zurückgenommen wird!**

Man sieht: Unsere Forderung nach der Abschaffung aller die Grundrechte des Volkes einschränkenden Gesetze bleibt eine wichtige und aktuelle Aufgabe.

Verfolgungen nach § 88a

In Anwendung kam dieser Paragraph tatsächlich gegen den linken Buchhandel. Das angeführte einzige Urteil erging gegen den Geschäftsführer von „Der andre Buchladen" in Köln, dem das Gericht das Auslegen von 30 Exemplaren der Druckschrift „Revolutionärer Zorn" (Mai 1976) zur Last legte. Es lautete auf drei Monate Freiheitsstrafe mit Bewährung. In verschiedenen Städten brach die Polizei im Sommer 1976 im Morgengrauen in Buchläden und Privatwohnungen ein und beschlagnahmte dabei auch nicht verbotene Bücher wie die biographische Darstellung „Bommi" Baumanns: „Wie alles anfing", in dem er vor der Nachahmung seines Weges zum Terrorismus warnt. Den Vorwurf, es sei nicht auszuschließen, daß die in diesem Buch geschilderten Gewalttaten zur Nachahmung reizen könnten, konterte ein Mann wie der wohl kaum als besonders radikal zu bezeichnende Politologe Iring Fetscher, das könne wohl sein, gelte aber für jede Art von Kunstwerk: „So könnte man den ‚Wilhelm Tell' auch nur unter dem Gesichtspunkt sehen, daß man erfährt, wie man einen Menschen in einem Hohlweg ermorden kann."

Man kann sich auch angesichts dieses Beispiels vorstellen, welche Eskalation der Verfolgung ohne den entschiedenen Widerstand stattgefunden hätte!

Bei einigen Verlagen usw. hat allerdings in der Zeit nach Verabschiedung des 14. Strafrechtsänderungsgesetzes ein Prozeß der Selbstzensur eingesetzt. Zum Beispiel beim Luchterhand-Verlag, der in einem Roman von Régis Debray eine seiner Meinung nach verfängliche Dialogpassage einfach wegließ. Wieviele Arbeiten aus Angst nie veröffentlicht oder nicht beendigt werden, kann man nur ahnen. Aber auch dagegen machten die fortschrittlichen Verleger Front.

Kommunisten gegen Zensur

Nicht gefruchtet hat das „Klima der Angst" bei unserer Partei. Trotz der vielen Anklagen gegen den „Roten Morgen" besonders 1974/75, der „Sympathisanten"-Hetze und der Drohungen des Paragraphen 88a hielt sie an ihrer revolutionären Arbeit und Propaganda fest und entwickelte eine der reaktionären gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung tragende Einheitsfrontpolitik. Von Anfang an haben wir die Staatsschutzparagraphen entschieden bekämpft.

Ganz anders die DKP. Erst spät und nur zaghaft äußerte sie sich zu den „Gewaltparagraphen", in ihrer Propaganda spielten sie kaum eine Rolle — die DKP-Führer stellten die Beteuerung ihrer eigenen Verfassungstreue in den Vordergrund. Resolutionen, die von demokratischen Menschen, die mit dem Kommunismus überhaupt nichts im Sinn haben, ohne weiteres unterzeichnet wurden, wiesen DKP-Organisationen zurück. Auch hier zeigte sich die Politik der revisionistischen Führer, eine Bewegung, die nicht ihrer Kontrolle unterliegt, totzuschweigen oder sich ihr gar entgegenzustellen.

Weiter vorwärts im antifaschistischen Kampf!

In der heutigen Situation sich verschärfender politischer Unterdrückung, Bespitzelung und Zensur, an der die Streichung dieser zwei Paragraphen eben nichts Grundsätzliches geändert hat, bekräftigen wir gegenüber allen Antifaschisten und Demokraten, gegenüber unseren Kollegen auch in der DKP den Aufruf zum gemeinsamen Widerstand. Wir tun das, ohne unser Ziel, den Sturz des gesamten kapitalistischen Ausbeutersystems und die Errichtung des Sozialismus — zu verschweigen. Wie im Aktionsprogramm unserer Partei betont wird, sind „Unterschiedliche Auffassungen kein Hindernis für den gemeinsamen Kampf und dürfen es nicht sein. Mißtrauen und Spaltung in der Arbeiterbewegung und im werktätigen Volk haben stets dem Kapital und der Reaktion genutzt. Die Einheitsfront aller Werktätigen im Kampf für ihre Interessen ist notwendig. Sie kann und sie wird hergestellt werden und sie wird siegen!"

Solidarität mit dem Hungerstreik

HAMBURG. — Wie berichtet, befinden sich seit dem 24.12.80 in vier deutschen Städten Antifaschisten aus der Türkei und der Bundesrepublik aus Protest gegen die Machenschaften der faschistischen Militärjunta in der Türkei im Hungerstreik. Wir dokumentieren im folgenden die Erklärung der Antifaschisten aus Hamburg.

HUNGERSTREIK GEGEN DIE FOLTER IN DER TÜRKEI

In der St. Stephanus-Kirche in Eimsbüttel / 2000 Hamburg 19, Lutterothstr. 98 / befinden sich seit dem 24.12.1980, 18.oo, Menschen aus der Türkei und aus der Bundesrepublik im Hungerstreik.
WARUM?
Seit dem Militärputsch in der Türkei am 12.9.1980

– sind alle Parteien verboten;
– ist die bedeutendste Gewerkschaft DISK (600.000 Mitglieder) verboten und sind 572 Gewerkschaftsfunktionäre in Haft;
– ist jede politische Betätigung verboten und die letzten Reste der demokratischen Rechte wurden aufgehoben;
– wurden zahlreiche Zeitungen verboten und gibt es eine Pressezensur;

BILANZ

ca. 100.000 politische gefangene
108 todesurteile
bisher 4 Hinrichtungen
über 200 bei Militäraktionen Erschossene
über 20 namentlich bekannte Foltertode, die z.T. irgendwo aufgefunden werden.

Die Bundesregierung bezeichnet die Militärjunta als "Wächter der Demokratie" und gibt weiterhin Militär- und Wirtschaftshilfe in Milliardenhöhe. Mit unseren Steuergeldern wird der Terror gegen die kurdische und türkische Bevölkerung maßgeblich unterstützt!

Wir wissen, daß z.Zt. 4 Mitglieder einer Jugendorganisation durch Militär und Polizei in Ankara gefangengehalten und gefoltert werden.

1. Mehmet Ali Yılmaz
2. Yasin Ketenoğlu
3. Bülent Forta
4. Selahattin Karataş

der fünfte
Behçet Dinlerer
ist bereits durch die Folter ermordet worden.

Diese uns namentlich bekannte Menschen sind nur wenige von unzähligen, von denen seit langem keine Nachricht zu bekommen ist.

Das Schweigen zu dem schreienden Unrecht in der Türkei muß durchbrochen werden. Durch unseren Hungerstreik wollen wir die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen.

Wir fordern, daß

1. uns konkrete Angaben zum Schicksal dieser Personen gemacht werden, und daß diese umgehend einer ärztlichen Untersuchung unterworfen werden und behandelt werden.

2. die Bundesregierung aufgrund ihrer Beziehungen zu der Militärjunta umgehend eine Kommission zur Verfolgung der Folterungen ins Leben ruft, die sofort ihre Tätigkeit aufnimmt.

WIR TRETEN IN DEN HUNGERSTREIK, BIS DIESE ERSTEN BEIDEN FORDERUNGEN ERFÜLLT SIND!

3. Neben diesen unmittelbaren Forderungen drängen wir auf Maßnahmen des Europaparlaments, der Menschenrechtskommission oder ähnlicher Institutionen.

4. Die Namen von tausenden von Menschen, über deren Schicksal nichts zu erfahren ist, müssen veröffentlicht werden. Wir verlangen ein Lebenszeichen von diesen Menschen!

5. Wir fordern die Einstellung jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe an diese Militärjunta, die die fortschrittlichen Menschen in der Türkei zu tausenden foltern läßt und so viele in den Gefängnissen ermordet.

Bitte geben Sie uns Ihre Unterstützung!
Es gibt viele Möglichkeiten, wie Sie uns bei unserem Hungerstreik helfen können:

- Besuchen Sie uns in der Kirche, bzw. im naheliegenden Gemeindehaus.

- Sie können direkt bei uns Geld spenden, damit wir diese Erklärung hier als Annonce in einer großen Tageszeitung veröffentlichen können.

- Sie können Geld spenden auf das Konto der Alternativen Türkeihilfe **SPENDENKONTO JÜRGEN ROTH, DEUTSCHE BANK, Frankfurt, Bankleitzahl 500 700 10, Kontonummer 401 23 57/01.** *Dieses Geld wird in die Türkei geschickt zur unmittelbaren Unterstützung der Bevölkerung, u. a. auch der Angehörigen der Folteropfer.*

- Erzählen Sie Ihren Freunden und Bekannten von der Situation in der Türkei und weisen Sie sie auf unseren Hungerstreik hin.

Die Hungerstreikenden.

Ich unterstütze die Forderungen der Hungerstreikenden.
Name: ____________
Adresse: ____________
Unterschrift: ____________
(Bitte einsenden an: Hungerstreikende in der ev. luth. St. Stephanusgemeinde, Lutterothstraße 98/100, 2000 Hamburg 19)

Alle Hungerstreikenden haben die vollständige Solidarität aller Genossen unserer Partei! Wir unterstützen ihre Forderungen mit Nachdruck. Es wird sich nun zeigen, wie weit die Bundesregierung in ihrer Unterstützung der Mörder in Ankara zu gehen bereit ist. Diese Unterstützung ist einer der wesentlichsten Faktoren, die die faschistische Clique am Leben erhält. Das von ihr vergossene Blut klebt auch an den Händen der Bonner Politiker!

Ende Dezember machte ein Redakteur des „Roten Morgen" ein Interview mit einem Sprecher der Hamburger Hungerstreikenden. Wir bringen hier einige Auszüge der deutschsprachigen Zusammenfassung, die er für uns gemacht hat. Neben der Erläuterung der Forderungen ging der Kollege besonders auf die bestialischen Folterungen ein, die die Junta in ihren Gefängnissen an den Revolutionären verüben läßt.

Roter Morgen: Welche Foltermethoden werden in der Türkei angewandt?

Antwort: Es sind die bestialischsten Methoden, und sie zeigen das wahre unmenschliche Gesicht der herrschenden Klassen. Die Gefangenen werden mit wilden Katzen in einen Sack eingeschnürt; sie werden mit dem Kopf gegen die Wand geschlagen; sie werden mit Stromschlägen an den Geschlechtsorganen gequält; sie sollen durch Angst verrückt gemacht werden, indem man sie mit einer Schlange zusammen in ein dunkles Zimmer sperrt; und sie werden natürlich viel geschlagen. Verhafteten Männern führt man ihre Frauen vor und vergewaltigt sie in ihrer Gegenwart. Und es gibt noch viele weitere Methoden.

Roter Morgen: Wie verhalten sich die Revolutionäre angesichts der Folter?

Antwort: Die gefangenen Revolutionäre sind Teil unseres Volkes und Vertreter seines Kampfes. Auch unter der Folter sind sie sich ihrer Verantwortung gegenüber dem Volk und der Revolution bewußt. Ihr Widerstand im Gefängnis ist ein Teil des Freiheitskampfes unseres Volkes. Unsere Gefangenen folgen dem Prinzip, auch unter der Folter ihre revolutionäre Gesinnung und ihren Kampf nicht zu verschweigen oder zu verleugnen. Sie schweigen nur über ihre Organisationen, ihre Verbindungen, die die Faschisten aus ihnen herauspressen wollen. ... Der Terror kann den Kampf der Völker der Türkei nicht ersticken. Die Folter kann die Junta nicht retten. Sie erwartet das gleiche Ende wie Hitler, den Schah oder Somoza.

Roter Morgen: Wie beurteilt ihr die faschistische Junta?

Antwort: Die Junta wird gestützt durch die Kompradorenbourgeoisie, die Großgrundbesitzer und die Imperialisten. Sie dient den Interessen dieser Klassen. Sie ist ein großer Feind unseres Volkes. Sie wurden „gegen rechts und links gleichermaßen vorgehen", so behaupten die Generäle. Das aber ist eine große Demagogie, die ihr Vorhaben, den Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes zu zerschlagen, bemänteln soll. Was die bürgerlich-feudalistischen Parteien in der Zeit, da das System noch seine parlamentarische Maske trug, nicht geschafft haben, das soll jetzt die Junta erledigen.

Roter Morgen: Tragen die westdeutschen Imperialisten und andere Geldgeber zum Terror in der Türkei bei?

Antwort: Natürlich helfen sie dabei. Die 600 Millionen Mark Militärhilfe waren ein wertvolles Geschenk für die Junta. **Jede Mark, jeder Pfennig, der der Junta gegeben wird, verwandelt sich in eine Kugel, die gegen die Menschen unseres Volkes abgeschossen wird.**

Berlins blutige Dezembertage

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Eigentlich begann sie friedlich, die Demonstration am 15.12.80 in der Westberliner Innenstadt, als sich um 19 Uhr etwa 1500 zumeist jugendliche Demonstranten an der Gedächtniskirche versammelten, um gegen die Räumung der Kreuzberger Instandbesetzer durch die Polizei zu demonstrieren. Wie aber der Westberliner Senat bereit ist, die dringenden Wohnungsprobleme zu lösen, zeigte sich kurze Zeit später. Nachdem die Demonstranten zu Recht dem Aufruf der Polizei, sie sollten nach Hause gehen, nicht folgten, ging es los:

Mit äußerster Brutalität

schlugen die Polizisten auf die demonstrierende Menge ein. Unter den Schlägen wurden die Demonstranten durch das Europa-Center getrieben. Aufgrund der Kampfbereitschaft und Entschlossenheit der Instandbesetzer und ihrer Unterstützer gelang es der Prügelgarde aber vorläufig noch nicht, die Demonstration zu zerschlagen.

Um 20 Uhr forderte der Einsatzleiter der Polizei frische Kräfte an. 2000 Polizisten, bis an die Zähne bewaffnet, in voller Kampfausrüstung gegen die, die empört sind über die skandalöse Wohnungssituation, die nichts weiter wollen als ausreichenden, billigen Wohnraum. Nachdem der Zug sich in Richtung Olivaerplatz in Bewegung gesetzt hatte, entspannte sich die Lage ein wenig. Offensichtlich paßte das der Polizei gar nicht so in den Kram, denn als einige Provokateure Scheiben des Hotels Kempinski demolierten, kam um 21 Uhr der Befehl, den Ku'damm zu räumen. Dabei gab selbst ein Polizeisprecher zu, daß der Schaden sich noch in Grenzen hielt.

Mit für die letzte Zeit bespielloser Brutalität gingen nun die Polizisten gegen die 500 übriggebliebenen Demonstranten vor. Resultat des Abends: Etwa 200 zum Teil schwerverletzte Demonstranten, 36 Verhaftungen, zertrümmerte Schaufenster und Glasvitrinen, umgestürzte Bauwagen hinterließ dieser Polizeieinsatz. Dabei dürfte die Dunkelziffer der verletzten Demonstranten noch wesentlich höher liegen. Denn viele von ihnen hatten sich geweigert, sich in ein Krankenhaus bringen zu lassen, da die Polizei und der Staatsschutz dort schon lauerten, um Anzeige wegen Landfriedensbruch zu erstatten.

Nach dem Einsatz richteten die Instandbesetzer einen Ermittlungsausschuß ein, bei dem sich bereits über 200 Leute meldeten, die Verletzungen erlitten hatten. Mit welcher Brutalität die Polizei vorging, wird allein schon an der Art der Verletzungen deutlich: Ein Demonstrant verlor auf einem Auge sein Augenlicht. Viele erlitten Schädelbasis- und Knochenbrüche. Pressefotografen wurden angegriffen und verletzt, obwohl sie sich ausgewiesen hatten. Eine am Boden hockende, bewegungslose Frau wird mit dem Gummiknüppel auf den Kopf geschlagen. Ein Journalist des SFB, der sich anfangs nicht zu erkennen gab, wurde zu Boden geschlagen und auch, als er dann mit letzter Kraft „Halt, halt, Presse!" rief, wurde er weiter verprügelt.

„Ich wurde ohnmächtig"

Rüdiger Haese, 26jähriger Arbeiter aus Tiergarten, Passant bei den Ereignissen, erzählt im Krankenhaus: **„Ich wollte doch nur mal gucken ..." Tränen erstickten die Stimme des jungen Forstarbeiters, der erst vor zwei Wochen aus dem bergischen Remscheid nach Berlin übersiedelte. Dann klagt er an: „Die kamen einfach auf uns zugerast." Bevor der Polizeiwagen ihn beide Beine an einem Blumenkübel zerquetschte, konnte er gerade noch zwei Kameraden beiseite stoßen. „Was dann war, weiß ich nicht mehr. Ich wurde ohnmächtig."**

Fast die gesamte Berliner Presse (außer Springer natürlich) berichtete danach über die Willkür und ausgesprochene Brutalität der Polizei. Kirchliche, gewerkschaftliche, demokratische Organisationen — alle verurteilten den bestialischen Einsatz. Und es ist ein Skandal, wenn sich in dieser Situation der Regierende Bürgermeister Stobbe hinstellt und seinen Dank an die Polizei richtet, „die in so schwierigen Situationen bei persönlicher Gefährdung ihren Dienst tun" müsse. Und Innensenator Ullrich, der eigentlich persönlich gemeinsam mit Polizeipräsident Hübner direkt für dieses Blutbad verantwortlich zeichnet, meinte: „Die Polizei ist nicht der Prügelknabe. Sie hat ihre Pflicht, Recht und Gesetz durchzusetzen!"

Gemeint ist natürlich das Recht der Hausbesitzer und Wohnungsspekulanten, allein in Kreuzberg 500 Mietwohnungen leer stehen zu lassen, und das, obwohl nach dem Gesetz Mietwohnungen nicht länger als drei Monate leerstehen dürfen, und das bei 60000 Wohnungssuchenden in Westberlin.

Der Kampf geht weiter!

Bereits am 20.12. erhielten der Senat und seine Knüppelgarde eine gebührende Antwort. In der Innenstadt gingen an die 15000 Menschen gegen die Polizeieinsätze, die Kriminalisierung der Instandbesetzer, die man mit einigen ausgeflippten Spontis und Provokateuren in einen Topf werfen will, für die Freilassung der noch inhaftierten Demonstranten und die sofortige Bereitstellung ausreichenden Wohnraums auf die Straße.

Die brutalen Polizeieinsätze sind ein Beispiel dafür, daß die Faschisierung des Staates mit großen Schritten voranschreitet. Daß es der Staat und sein Gewaltapparat sind, die vor nichts zurückschrecken, wenn es darum geht, die Interessen der Herrschenden gegen die Besitzlosen mit nacktem Terror durchzusetzen. Die Aktivitäten der Westberliner Polizei zeigen uns nur allzudeutlich, daß es nicht ausreicht, sich im Kampf gegen Reaktion und Faschismus allein auf die Neonazis zu konzentrieren, sondern daß es der Staat selber ist, der durch zunehmende Faschisierung den Weg für ein neues '33 ebnet. Das gilt es mit allen Mitteln zu verhindern.

Die Kreuzberger Bevölkerung hat in den Dezembertagen — und nicht zum ersten Mal — erlebt, wozu die Polizei imstande ist. Deshalb ist hier auch die Solidarität mit den Instandbesetzern ziemlich groß. Gerade die Kreuzberger, die heute noch vielfach im ersten, zweiten oder dritten Hinterhof, oftmals ohne Bad und Innentoilette leben müssen, wissen nur allzu gut, was es bedeutet, den Wohnungs- und Grundstücksspekulanten ausgeliefert zu sein.

Die Westberliner Sektion der KPD tritt dafür ein, daß es in absehbarer Zeit zu einer breit angelegten Demonatration möglichst aller Kreuzberger in diesem Stadtteil kommt. Die Einsätze der Polizei in den Dezembertagen dürfen und werden nicht vergessen werden. Sie sind eine Herausforderung aller freiheitsliebenden Menschen Westberlins. In diesem Zusammenhang fordert die KPD:

Sofortiger Rücktritt von Innensenator Ullrich und Polizeipräsident Hübner!
Keine Kriminalisierung der Instandbesetzer!
Schluß mit dem Polizeiterror!
Sofortige Freilassung aller inhaftierten Demonstranten, die Anklagen müssen fallen!
Für das Recht auf ausreichenden und billigen Wohnraum!

Einladung zum Wochenend-Seminar der Roten Garde / Rheinland vom 6. bis 8. Februar 1981

Thema:

Wir heizen Bossen und Bonzen ein —
unsere Arbeit im Betrieb und in der Gewerkschaft

Auf diesem Seminar wollen wir vier Arbeitsgruppen bilden zu den Bereichen Metall, Druck, Chemie und Öffentlicher Dienst. In diesen Gruppen können Erfahrungen ausgetauscht und Fragen besprochen werden, wie zum Beispiel was können wir in unserer DGB-Jugendgruppe machen, lohnt es sich, betriebliche Gewerkschaftsjugendgruppen aufzubauen, wie kann man einem lahmen Jugendsekretär oder Jugendvertreter Dampf machen, was sagen wir zur Tarifrunde usw.?

Für alle gibts dann noch eine Diskussionsrunde mit **Thomas Scheffer** zum Thema: DGB-Apparat: Wo ist der braune Fleck auf der Weste? Ein bischen dazu, wie der DGB entstanden ist und worüber der DGB **nicht** spricht.

Außerdem brandaktuell: Ein Jugend-Delegierter berichtet vom RGO-Kongreß.

In Vorbereitung: Mal wieder 'ne richtige Fete und eine Radtour am Rhein für Unentwegte.

Zu diesem Seminar, das in einer Jugendherberge in der Nähe von Düsseldorf stattfindet, möchten wir auch Freunde und Genossen der angrenzenden Landesverbände herzlich einladen.

Nähere Informationen und verbindliche Anmeldungen (bis spätestens zum 2.2.) bei Rosenow, Ludwigstr. 21, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211 / 212769.

Der Sophienhof ist besetzt

Volkskorrespondenz aus Kiel

Am 3.12. wurde in Kiel der Sophienhof, direkt in der Innenstadt gelegen und seit Jahren weitgehend leerstehend, besetzt. Einige der 5000 Wohnungssuchenden haben somit die Initiative zur Wohnraumbeschaffung selbst in die Hand genommen. Denn in Kiel stehen etliche Häuser leer, trotz schreiender Wohnungsnot. So werden zum Beispiel in der Boninstraße schon jetzt Häuser geräumt bzw. nicht wieder vermietet, die erst in zwei Jahren abgerissen werden sollen



Der Kieler Sophienhof

— damit der Gerichtsneubau einen größeren Garten erhält.

Das Gebiet, in dem der Sophienhof steht, ist zur Erweiterung der Kieler City vorgesehen, das heißt, es sollen dort vor allem Kaufhäuser, Geschäfte und Büroräume geschaffen werden. Die Neue Heimat und die Stadt Kiel haben den größten Teil der Grundstücke schon vor mehr als zehn Jahren gekauft und verlieren so jedes Jahr enorme Summen, weil das investierte

Das Symbol der Besetzer

Kapital sozusagen brachliegt. Der Haken bei der Sache ist nämlich, daß sie trotz jahrelanger Mühen keine Interessenten finden, was auch aufgrund der konjunkturellen Entwicklung immer schwieriger wird.

Aufgrund des Aufsehens, das die Besetzung in der Öffentlichkeit erregte — die Besetzer haben in kurzer Zeit etliche Unterschriften gesammelt — mußte die Neue Heimat den Besetzern inzwischen das Nutzungsrecht zugestehen, sie dürfen also erstmal bleiben.

Doch Kiels Wohnraumprobleme sind damit sicherlich nicht gelöst. Sie werden in nächster Zeit ehe zunehmen, da ja die geburtenstarken Jahrgänge 1961 bis 1963 noch zum allergrößten Teil bei den Eltern wohnen. Der Sophienhof war Kiels erste Hausbesetzung, aber sicherlich nicht die letzte.

ÖTV-Konferenz:

Die Opposition regt sich

Ende November fand die Delegiertenkonferenz unseres ÖTV-Kreises statt. Etwa 90 Delegierte waren versammelt und der Bezirksleiter von Hessen Heinz Wolf hielt ein Referat.

Nachdem der Kreisvorsitzende einen kurzen Bericht gegeben hatte, kam der Auftritt des Bezirksvorsitzenden. Er betonte zu Beginn, daß er es sich zum Ziel gesetzt habe, heute „ehrlich" zu sein und auch mal „unangenehme" Dinge zu sagen, auch wenn mancher sie nicht hören mag. (Wie hatte er das früher gehalten?)

Zunächst fing es ganz gut an, er schimpfte auf die Regierungserklärung, daß in ihr für die Arbeitnehmer nicht zu finden sei, daß sich die Gewerkschaften von parteipolitischen Bindungen frei machen müßten und daß man sich auf die Eigenständigkeit, und die eigene Kraft stützen müsse. So weit — so gut.

Doch dann ging's los! In der Tarifrunde müßten wir bei den Forderungen davon ausgehen, daß es wahrscheinlich 1981 kein Wirtschaftswachstum geben würde, daß die Arbeitslosenzahl ansteigen würde und daß wir auf keinen Fall ein höheres Ergebnis anstreben sollten als die gewerbliche Wirtschaft. Wir hätten andernfalls die öffentliche Meinung gegen uns und auch die Kollegen der IGM. Es dürfte keine Festgeldforderung und keine Urlaubsgeldforderung, denn dies würden die Arbeitgeber erfahrungsgemäß auf die Prozente anrechnen. Er sprach noch von den 3 Prozent, die die Metallarbeitgeber angeboten hätten. Dieser „Arbeitnehmervertreter" sprach ausführlichst über das Nullwachstum, wie wenig drin sei usw., kaum ein Wort fiel über die Lage der Arbeitnehmer, die Preissteigerungen z.B. die Benzinpreise und z.B. über den Abbau der Sparförderung.

Nachdem ihm vom Kreisvorstand unterwürfig für sein Referat gedankt wurde, zeigte sich sehr schnell, daß sich auch in diesem „ruhigen" ÖTV-Kreis die Opposition regt.

Besonders was die Festgeldforderung anbetraf protestierten die Kollegen lautstark, und es zeigte sich trotz aller Einschüchterungsversuche, daß man sich hier nicht so leicht von dieser Forderung abbringen läßt. Als das altbekannte Argument von der „Nivellierung der Löhne" auftauchte, meldete sich ein Kollege zu Wort und sagte: „Ich verdiene 1000 DM mehr als der Kollege gegenüber. Wenn er 150 DM mehr bekommt und ich auch, dann verdiene ich immer noch 1000 DM mehr als er!!!" Alle Redetricks eines in Tarifverhandlungen „Erfahrenen" konnten diese einfache Rechnung nicht widerlegen. Ungefähr die Hälfte der Delegierten schien, den Beifall für die Diskussionsbeiträge nach zu urteilen, für die Festgeldforderung zu sein. Dies sollte uns ein Ansporn sein, auf der Festgeldforderung zu bestehen!

In diesem „ruhigen" Kreis wurden nur sieben Anträge gestellt. Einer der Anträge kritisierte den DGB, weil er anläßlich des Bombenanschlags in München — ganz im Gegensatz zum Schleyer-Tod — nicht zu massiven Protestaktionen aufgefordert hatte. Für die Zukunft wurde der DGB aufgefordert, in solch einem Fall die nötigen Schritte zu unternehmen. Hier wagte keiner dagegen zu sprechen. Der Kreisvorstand verpflichtete sich, einen entsprechenden Brief an den DGB-Bezirk zu schreiben.

Doch der nächste Antrag war ein Schlag ins Wespennest: Er lautete: Kompromißloses **„Nein"** zur Startbahn West in Frankfurt/Main! An diesem Punkt ist die ÖTV in schwerer Bedrängnis. Einerseits ist fast die gesamte Bevölkerung in der Umgebung des Flughafens gegen die Startbahn. Andererseits sitzen die ÖTV-Bonzen selbst im Aufsichtsrat der FAG (Flughafen Aktien Gesellschaft). In einem zehnminütigen Redebeitrag (5 Minuten sind nach der Geschäftsordnung erlaubt) nahm der Bezirksvorsitzende Wolf höchstpersönlich Stellung zu dieser Frage. Er beschimpfte die Antragsteller, sie würden sich einreihen in die Reihe derer, die die 32000 Arbeitsplätze am Flughafen gefährden würden, und gerade diese Arbeitsplätze hätte die ÖTV zu verteidigen. Obwohl der Antrag mit großer Mehrheit abgelehnt wurde (6 dafür, 13 Enthaltungen, der Rest war dagegen), waren die „Gewerkschaftsführer" ganz schön in Unruhe versetzt.

An allen Fronten des Klassenkampfes

Die KPD verstärkt ihre Arbeit

Ein Jahr harter Arbeit steht vor der Partei

Die Tendenzen der Entwicklung dieses Jahres 1981 liegen klar auf der Hand. Selbst die regierungsoffizielle Propaganda hat den bisher für Mitte des Jahres großartig angekündigten allgemeinen Aufschwung inzwischen fallengelassen. Gesteigerte Teuerung und verschärfte Rationalisierung werden dieses Jahr prägen. Sozialleistungen, seit langem erkämpfte Errungenschaften sollen gestrichen werden, dafür wird verstärkt aufgerüstet, wird der Waffenhandel und die Unterstützung für die Faschisten in aller Welt von Bolivien bis zur Türkei ausgedehnt. Die Gegenreform im Bildungswesen ist bereits in vollem Gang. Mietpreissteigerungen und der Polizeiknüppel sollen die Wohnungsfrage lösen.

Unsere Partei hat bereits bisher an allen diesen Ereignissen in den sich entwickelnden Kampf eingegriffen. Die Genossen der KPD haben nicht nur den Aufbau solch wichtiger Massenorganisationen wie der antifaschistischen VOLKSFRONT oder der Revolutionären Gewerkschaftsopposition nach Kräften unterstützt, sondern haben auch als Kommunisten öffentlich ihre Ansichten, ihre Vorschläge zu den Perspektiven verschiedener Kämpfe unterbreitet und den Kampf um ihre Durchsetzung organisiert.

Um diese Aufgaben besser zu erfüllen, hob Genosse Ernst Aust auf dem letzten Plenum des Zentralkomitees hervor, sei es notwendig „daß wir sowohl im Betrieb als auch in der Gewerkschaft die unermüdlichsten, opferbereitesten, kämpferischten Kollegen sind und, daß wir es verstehen, die Arbeit unserer Betriebsparteizellen zu verbessern."

Neben diesem Schwerpunkt betonte der Vorsitzende unserer Partei für die gesamte Parteiarbeit in allen Bereichen: „Wenn die Partei ihrer Rolle als Vortrupp der Arbeiterklasse gerecht werden will, darf sie sich nicht darauf beschränken, allein den Sozialismus zu propagieren, sondern muß sie selbst als Kampftrupp des Proletariats an den verschiedensten Fronten des Klassenkampfes in Erscheinung treten." Und: „So wie die Partei im Friedensplan ihre Vorstellungen von den konkreten Möglichkeiten der Friedenssicherung entwickelte, muß sie dies auch auf anderen Gebieten tun, muß sie, wie es bereits zur Energieversorgung tat, Stellung nehmen und Forderungen entwickeln zu Problemen wie denen des Landvolks, der Frauen, der Ausländer, der Renten, des Gesundheitswesens, der Verkehrsplanung usw."

Diese Anforderungen, die an unsere Partei gestellt sind, die die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land verstärkt an die KPD stellen werden, haben eine gute Grundlage dafür, daß sie erfüllt werden. Diese Grundlage ist die bisherige Tätigkeit der Partei, ist die in letzter Zeit wieder breiter werdende politische und organisatorische Aktivität der Parteizellen und Organisationen.

„Aus dem Leben der Partei" im „Roten Morgen" hat die Aufgabe, unsere Partei so darzustellen, wie sie sich entwickelt, gute Beispiele zu verbreiten, zu zeigen, wie die Partei ihre Aufgaben in der Praxis erfüllt. Mit diesem ersten Beitrag im neuen Jahr wollen wir unseren Lesern demonstrieren, wie breit die Aktivitäten der Partei in der Öffentlichkeit bereits heute sind.

In den letzten Wochen des letzten Jahres beteiligte sich die Partei an zahlreichen Aktionen und Aktivitäten, verbreitete Flugblätter zu verschiedensten Anlässen, veröffentlichte sie eine Reihe von Betriebszeitungen in denen auf konkrete Fragen des Betriebs eingegangen wird und bewies so, daß sie bereits auf dem Wege ist, ihre gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Im Kampf gegen Reaktion und Faschismus

war die Partei auch nach der Beendigung der Unterstützung der VOLKSFRONT-Wahlkampagne an verschiedensten Schauplätzen zu finden. Sei es bei der Großdemonstration des DGB gegen den NPD-Parteitag in Augsburg oder bei der Demonstration in Köln gegen die faschistische türkische Junta und ihre Unterstützung durch die Bundesregierung: Die Partei war mit Hunderten von Genossen, Parteimitgliedern, Rotgardisten und Sympathisanten vertreten, verbreitete ihre Losungen auf Transparenten und Tafeln, verteilte Flugblätter und Aufrufe.

Auch die Aktionen der VOLKSFRONT zum Protest gegen die Ermordung Erdal Erens in Bremen wurden von der KPD mitgetragen (siehe Bild).

Bei diesen und anderen Aktivitäten wurde auch immer wieder die Forderung unserer Partei nach einem wirklichen Verbot der faschistischen Terrorgruppen verbreitet.
Wegen der immer brutaleren Verbrechen der Neonazis, stößt diese Forderung auf wachsende Zustimmung.

Ebenso unterstützte die Partei aktiv den Hungerstreik der Antifaschisten gegen die türkischen Foltergenerale und prangerte in verschiedenen Orten der Bundesrepublik den wachsenden Polizeiterror gegen verschiedene Aktionen an.

Verschiedene Gruppen der Roten Garde beteiligten sich bis zuletzt am Kampf gegen die politische Zensur im Westdeutschen Rundfunk, mit der die Jugendsendung Radiothek eingestellt wurde — auch auf der Abschlußveranstaltung dieser Sendereihe war die Rote Garde vertreten (Bild: Ein Photo vom Frühjahr 1980).



Die Rote Garde bei einer Aktion gegen die Einstellung der Sendung „Radiothek".

Gegen Teuerung und Arbeitslosigkeit

entfaltete die Partei eine zunehmend breitere Aktivität. In verschiedenen Betriebszeitungen der Partei wurde dazu konkret Stellung genommen. So schreibt beispielsweise die Zeitung **„Klassenkampf"** (Zeitung der KPD für die Bayer-Belegschaft in Leverkusen) in einem Artikel „Nach den Wahlen kommt das Zahlen": *„Das sind nur einige Beispiele aus dem ganzen Katalog von Maßnahmen, die sich gegen die Werktätigen und Arbeitslosen, Rentner und Schüler, also gegen die kleinen Leute richten. Dagegen bleiben die Kapitalisten von höheren Abgaben verschont. So bleibt zum Beispiel der Gewerbesteuersatz in Leverkusen weiterhin bei 330 Punkten und damit weit unter dem Durchschnitt anderer Industriestädte. Die Bayer-Kapitalisten können sich die Hände reiben."*

Nachdem die Genossen in diesem Zusammenhang die Lohnstopp-Propaganda entlarvt haben, schreiben sie weiter:

„Einige Spitzenfunktionäre von Gewerkschaften machen schon Friedensangebote an die Kapitalisten, noch bevor in vielen Betrieben über die Tarifforderungen diskutiert und abgestimmt worden ist." Abschließend wird in dem Artikel gefordert: *„Nicht 3 oder 5 Prozent, sondern echte Lohnerhöhungen!"*

„Voran!" die Betriebszeitung der KPD bei Ford/Köln beschäftigt sich mit den konkreten Auswirkungen der Autokrise auf das Kölner Ford-Werk und den weiteren Plänen der amerikanischen Monopolherren.



Die Zeitung der Parteizelle Bayer-Leverkusen.

„In Köln aber gibt es keine zukunftsträchtigen Investitionen im Produktionsbereich. Im Gegenteil. Hier werden Investitionsmittel abgezogen. Zusätzlich zu dem Reingewinn von 483 Millionen hat Henry Ford 900 Millionen Mark als ‚Kredit' in die USA mitgenommen."

Die Genossen schlußfolgern aus der Analyse der Geschäftspolitik des Vorstands: *„Alle diese Anzeichen deuten darauf hin, daß Henry Ford in Köln langfristig die PKW-Montage einstellen will!"* Und nachdem sie die sogenannte Leistungsverdichtung als gesteigerte Arbeitshezte in der Zeit ohne Kurzarbeit entlarvt haben, erheben sie die Forderungen: *„35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Schluß mit der Arbeitshetze! Für die Erhaltung aller Arbeitsplätze kämpfen!"*

Ebenfalls in Köln beteiligte sich die KPD und die Rote Garde Ende Dezember letzten Jahres an einem Komitee, das den Kampf gegen die neuerlichen Preissteigerungen bei den Kölner Verkehrsbetrieben bekämpft. Die Partei machte eine Plakataktion an den Haltestellen, die Rote Garde beteiligte sich an der Unterschriftensammlung, aktiv mitgetragen wurde auch eine Kundgebung in der Innenstadt an der mehrere hundert Jugendliche, vorwiegend Schüler, beteiligt waren.

Auch der **„Rote Gartenfelder"**, Die Zeitung der Betriebszelle Siemens-Gartenfeld (Westberlin) der KPD beschäftigt sich mit den Auswirkungen der Bonner Sparpolitik auf die kommende Lohnrunde. Dabei schreiben die Genossen unter anderem: *„Die DGB-Führung läßt auch gleich Interesse an solchen Gesprächen durchblikken. Nur soll das Kind nicht mehr Konzertierte Aktion heißen. Schließlich wurde auf den Gewerkschaftstagen von IG Chemie, IG Metall, HBV und IG Druck und Papier Beschlüsse gegen eine Wiederbelebung der Konzertierten Aktion gefaßt, weil sie nur dazu dient, die Gewerkschaften mit Lohnleitlinien an die Kette zu legen. Und so traf sich Vetter im November mit Spitzenvertretern der Regierung und der Unternehmerverbände zur Konzertierten Aktion, die jetzt ‚sozialer Dialog' heißt.*

Bei der großen Kundgebung der Textilarbeiter in Rheine verbreiteten die Genossen der KPD ein Flugblatt unter der Losung **„Das Westmünsterland darf nicht sterben"** in dem sie, entgegen den Sonntagsreden, die auf der Versammlung gehalten wurden, zur Sache kamen.

„Heute haben die Gemeinden des Westmünsterlandes zur Protestveranstaltung gegen die Arbeitsplatzvernichtung aufgerufen und die Gewerkschaft Textil will diesen Kampf ebenfalls unterstützen. Doch tun sie das mit ganzem Herzen und nur mit dem einen Ziel, für den Erhalt der Arbeitsplätze zu kämpfen? Gerade der Warnstreik vom 2. Dezember, am dem sich in der ganzen Bundesrepublik rund 560000 Arbeiter beteiligten, hat gezeigt, daß die Gewerkschaftsführer zwar die Parole ‚Für die Sicherheit der Arbeitsplätze' im Munde führen, daß sie aber gleichzeitig den Streik für die Interessen der Unternehmer geführt haben."

Nachdem im Flugblatt der Partei im folgenden die heuchlerische Propaganda der Unternehmer, die von der Gewerkschaftsführung der IG Textil unterstützt wird, entlarvt wird, indem aufgezeigt wird, daß es keinesfalls die „Importflut" aus Entwicklungsländern ist, die die Arbeitsplätze bedroht, sondern, daß es die Verlagerungspolitik der Textilkapitalisten selbst ist, rufen die Genossen die Textilarbeiter auf: **„Kompromißlose** Verteidigung unserer Arbeitsplätze! Keiner einzigen Entlassung darf zugestimmt werden!"

Der **„Rote Freudenberger"**, die Betriebszeitung der KPD für die Beschäftigten der Firma Freudenberger zieht die Konsequenz aus der verschärften wirtschaftlichen Entwicklung in bezug auf die kommenden Betriebsratswahlen. Nachdem sie gezeigt haben, daß es den Kollegen eines Werksteils gelungen war, durch geschlossenes Auftreten eine Akkorderhöhung abzuwehren, heben die Genossen hervor, daß es wichtig ist, einen guten Betriebsrat zu haben und rufen die Kollegen zu entsprechenden Vorbereitungen auf:

„Jetzt gilt es, die Weichen zu stellen, für eine möglichst breite Einheit aller fortschrittlichen und oppositionellen Kräfte im Betrieb. Nur durch eine gute Vorbereitung kann es die Möglichkeit geben, mit der Wahl eine Veränderung des Betriebsrates im Interesse der Arbeiter und Angestellten herbeizuführen. Sorgen wir also dafür, daß eine für jeden Kollegen offene Wahlplattform zustandekommt. Für eine demokratische echte Persönlichkeitswahl!"

So weit einige Beispiele aus dem Kampf der Partei gegen Teuerung und Arbeitslosigkeit, die Berichte, die der „Rote Morgen" bereits über die Aktionen gegen die Krise in der Automobil- und Stahlindustrie veröffentlichte, ergänzen. Dort hatte die KPD beispielsweise die Aktionen wie „Rettet Rüsselsheim" oder „Stahlwerk jetzt!" in Dortmund nach Kräften unterstützt, sowohl durch politische Aufklärung als auch durch organisierende Arbeit.

Für den Frieden

entfaltete unsere Partei angesichts der wachsenden Kriegsgefahr ebenfalls zahlreiche Aktivitäten. In verschiedenen Städten beteiligten sich Parteiorganisationen an überparteilichen Friedensaktivitäten und stießen dabei mit dem Friedensplan der KPD auf reges Interesse.

Verschiedene gutbesuchte Veranstaltungen wurden durchgeführt, auf denen der Friedensplan vorgestellt wurde und lebhafte Debatten einsetzten. Die Genossen in Westberlin beteiligten sich aktiv an der „Friedenskoordination" wie der „Rote Morgen" bereits verschiedentlich ausführlich berichtete.

Eine Reihe von Aktivitäten führte auch der Jugendverband der Partei, die Rote Garde, in diesem Bereich durch. Unter der Losung „Den Frieden schaffen mit unseren Waffen" wurde bei den zahlreichen Aktionen von Jugendlichen gegen die Militärspektakel der Bundeswehr ebenso vorgegangen, wie auch gegen den geplanten Wehrkundeerlaß für die Schulen.

Dieser Kampf an vielen Fronten, die der politischen Entwicklung des Landes entspringen ist die Grundlage für die weitere Festigung und das Wachstum der KPD, für die Erfüllung der Beschlüsse die das ZK der KPD mit der Verabschiedung der Rede des Genossen Ernst Aust auf dem letzten Plenum fällte, der Beschlüsse des vierten Parteitags.



Sofort nach dem Bekanntwerden der Ermordung Erdal Erens wurden in verschiedenen Städten Protestaktionen organisiert.

Ronald Reagans Mannschaft zusammengestellt

Das Gruselkabinett

Neue Kriegsdrohungen noch vor Amtsantritt

WASHINGTON.— Scheibchenweise, nach und nach gibt der gewählte Präsident der USA, Ronald Reagan, seine Mannschaft bekannt. Eine Reihe der bekanntesten Namen aus Reagans Wahlkampagne wie etwa der frühere Finanzminister Shultz fehlt zwar in der nahezu kompletten Kabinettsliste. Aber auch die Kabinettsliste, die bisher bekanntgegeben wurde, reicht aus, um jedem, der die amerikanische politische Szene einigermaßen kennt, das Gruseln zu lehren. Sie ist eine Auswahl der reaktionärsten Republikaner und eine faktische Rückkehr der Leute Nixons an die Regierungsgewalt.

Neben dem Vizepräsidenten, dem früheren CIA-Direktor George Bush, einem Mann, den



Reagans Antritt erhöht die Gefahr eines neuen Krieges.

der Rockefeller-Clan in der Republikanischen Partei auf diesen Posten gebracht hat, sind vor allem die drei wichtigsten Ministerien mit strammen kalten Kriegern besetzt: das Außen-, das Schatz- und das Verteidigungsministerium.

Der frühere NATO-Oberkommandierende General Haig wurde von Reagan zum Außenminister ernannt, obwohl auf der Hand liegt, daß gerade seine Nominierung Debatten im Parlament hervorrufen wird. Denn noch ist seine Rolle beim berüchtigten Watergateskandal nicht ganz vergessen, als er es war, der hinter den Kulissen vor allem für einen reibungslosen Übergang von Nixon auf Ford sorgte und sich für Nixons Straffreiheit starkmachte. Dann wurde er NATO-Oberkommandeur, später Topmanager beim Rockefellerschen Rüstungskonzern UTC, heute an 25. Stelle der Großkonzerne der USA, der mit riesigen Kapitalmengen innerhalb weniger Jahre aus zahllosen Spezialfirmen zusammengebastelt zu einem der drei größten Rüstungsmonopole der USA wurde. So ein Mann ist der geradezu klassische Vertreter des aggressiven außenpolitischen Kurses, den Reagan vertritt und verkörpert.

Der neuernannte Finanzminister Regan war vorher einer der führenden Börsenmakler der Aktienhändler Merryl & Lynch, die seit langem dafür bekannt ist, daß sie vor allem die Aktiengeschäfte der Morgan-Gruppe tätigt, deren Wirtschaftsimperium neben Stahl vor allem Elektronik und Flugzeuge umfaßt, neben den Dupont de Nemours bereits größte Kriegsgewinner in den vierziger Jahren. Er ist dadurch der geeignete Mann für die zahlreichen sozialen Kürzungsprogramme, die das Finanzministerium organisieren muß.

Der neue Verteidigungsminister Caspar Weinberger hat sich in dieser Beziehung bereits unter Nixon profiliert. Zu Beginn der siebziger Jahre war er dermaßen „tüchtig" bei der Kürzung von Sozialprogrammen der Kennedy- und Johnson-Zeit, daß er allgemein als der „Schnitter" bezeichnet wurde.

Im Gegensatz zu dem, was jetzt in der Propaganda versucht wird, nämlich Reagan nach seiner Wahl nun doch als „gemäßigt" darzustellen und dies anhand seiner Ministerauswahl beweisen zu wollen, stehen die Positionen dieser Männer, die die Schlüsselressorts innehaben. Allesamt sind sie extrem konservative Republikaner, engstens dem Rüstungskapital und dem Pentagon verbunden.

Wie reaktionär Reagans Mannschaft ist, läßt sich auch daran zeigen, daß gerade der frühere Gouverneur von South Carolina, James Edwards, Energieminister wurde. Er profilierte sich in letzter Zeit dadurch, daß er in einem Memorandum die Forderung nach einem wesentlich vergrößerten Atomkraftwerksprogramm vertrat, das gegen alle Widerstände durchgesetzt werden müsse. Dabei forderte er auch noch die Abschaffung des Energieministeriums, dessen Aufgaben seiner Meinung nach sowieso die Ölkonzerne selbst besser erfüllen könnten. Zum Innenminister und damit zum Verantwortlichen für den Umweltschutz wurde James Watt berufen — derselbe Watt hatte erst vor kurzem verlangt, alle Umweltvorschriften zu beseitigen, damit die Industrie sich entwickeln könne.

Selbst die „Aushängeschilder" sind keinesfalls aus einer anderen Richtung. Zwar hat Reagan mit Mrs. Fitzpatrick eine Frau, zudem noch Mitglied der Demokratischen Partei, zur UNO-Botschafterin ernannt, aber es ist ein offenes Geheimnis, daß sie zum äußersten rechten Flügel dieser Partei gehört. In ihren Universitätsveröffentlichungen des letzten Jahres hatte sie zu den schärfsten Kritikern des „schlappen" Kurses von Jimmy Carter gegen den Iran und die UdSSR gehört. Und auch Sam Pierce, der Neger unter den Ministern, gehört zur „schwarzen Bourgeoisie", zu jener winzigen Handvoll schwarzer Menschen, die bereits vor Jahrzehnten Zugang zu den besten Universitäten des Landes fanden.

Ergänzt man diesen Überblick um jene Leute, die als Berater oder Vorsitzende wichtiger Einrichtungen Ministerrang haben, so rundet sich das Bild weiter ab. Da ist zum Beispiel der Chef des nationalen Sicherheitsrats, einer verfassungsmäßigen Institution, die die Regierung entmachten kann, Richard Allen. Er, der sich bereits unter Nixon ein Riesenvermögen verdient hatte und während des letzten Wahlkampfs wegen seiner Machenschaften als offizieller Chefberater Reagans zurücktreten mußte, steht damit an einer der zentralen Stellen der US-amerikanischen Machtausübung. Kabinettsrang hat auch William Casey, der neue Direktor des berüchtigten CIA, dessen erklärte Absicht es ist, „the company", wie diese weltweite Spionage- und Mordorganisation sich selbst nennt, wieder „zu alter Blüte" zu bringen. Er war bereits Cheforganisator von Reagans Wahlkampfbüro gewesen und hat 40 Jahre Spionageerfahrung.

Betrachtet man also diese Kabinettsliste genau, so sieht man sehr deutlich, daß von ausgewogen, liberal oder gemäßigt, wie jetzt — stramm linientreu wie immer — auch die westdeutschen Zeitungen schreiben, nicht die Rede sein kann. Auch das gerne zusätzlich angeführte Argument, die meisten der jetzigen Minister hätten ja an der bekannten liberalen Harvard-University studiert, hilft da wenig weiter. Erstens ist die Harvard-Universität jene, die zum Beispiel die Chefdenker der Aggression gegen Indochina hervorgebracht hat. Zum zweiten ist es so, daß diese Republikaner, in großer Zahl an Universitäten politisch aktiv, in den letzten zwanzig Jahren vor allem an der berüchtigten Stanford-Universität in Kalifornien und dort am Hoover-Institut für Kriegs-, Revolutions- und Friedensforschung tätig waren. Eben das Institut, das schon Barry Goldwater den Kaderstamm seiner Wahlkampagne im Jahre 1964 stellte.

Reagan, dem es nicht zuletzt gelungen war, breite Schichten des Kleinbürgertums mit seinen Losungen gegen Sozialprogramme, gegen die Bürokratie und für die Erneuerung des amerikanischen Traums zu mobilisieren, der auch viele Farmerstimmen bekam, hat also absolut kein Kabinett aufgestellt, das, wie manche behaupten, etwa den Aufstand der Provinz Kalifornien gegen New York, gegen Wall Street und Washington bedeuten würde.

Im Gegenteil: Die Kombination aus bekannten Anwälten aus den Oststaaten und aus San Francisco, New Yorker Bankern, Militärs und CIA-Agenten sowie profilierten konservativen Gouverneuren einiger Bundesstaaten stellt die nach dem zweiten Weltkrieg geradezu typische Auswahl der Regierungen im Dienste der Wall Street dar. Dort sitzen die Förderer jener Anwälte, Banker und Politikwissenschaftler, ihre Geldgeber, Verleger und Fürsprecher, mit deren Macht ihre Existenz vielfach verknüpft ist.

Das Umfeld dieser Regierungsmannschaft, alle die ehemaligen Nixon-Minister wie Simon und Shultz, Conally und Rumsfeld bekräftigt nur noch mehr die Tatsache, daß es sich bei diesen Leuten um die extrem konservative, nationalchauvinistische und aggressionslüsterne Strömung der Republikanischen Partei handelt, daß diese Regierung eine große Gefahr, nicht nur für das amerikanische Volk, sondern für die Völker der Welt, für den Weltfrieden ist.

So sehr man sich im Moment bemüht, sich gemäßigt zu geben, die jüngsten Äußerungen aus diesen Kreisen beweisen dies erneut. Der gerade verabschiedete Rekordetat des Kriegsministeriums, von Jimmy Carter noch für 1981 entworfen, ist den Reagan-Leuten bereits zu gering und soll in einem Nachtragshaushalt noch im nächsten Jahr um weitere fast 20 Milliarden Mark erhöht werden. Budgetdirektor Stockman verlangte dazu eine dreimonatiges Schnellkürzungsprogramm im sozialen Bereich, um den USA den wirtschaftlichen Niedergang zu „ersparen".

Und als Krönung des Ganzen: Die offen aggressiven Töne, die Reagan erneut gegenüber dem revolutionären Iran anschlägt. Der Regierungsantritt dieses wahren Gruselkabinetts stellt eine weitere Vergrößerung der Gefahr eines neuen Weltkrieges dar, denn es vertritt nicht nur die aggressivsten Teile des Kapitals, sondern umfaßt auch die für einen Krieg nötigen Männer.

Helmut Weiss

Die neue amerikanische Propagandawelle soll es verdecken

Die iranischen Forderungen sind gerecht!

Reagan droht mit Krieg

TEHERAN. — Vor einigen Tagen gab die iranische Regierung öffentlich die Bedingungen bekannt, unter denen sie bereit sei, die Gefangenen aus dem als Botschaft genannten amerikanischen Spionagenest freizulassen. Die Reaktion in den USA und in Westeuropa zeigt, daß die Gefahr einer erneuten Aggression gegen den Iran nach wie vor besteht.

Die Forderungen des Irans werden in der westlichen Presse dargestellt, als seien es die Forderungen verbrecherischer Entführer, die für Geiseln ein Lösegeld haben wollen. So führt die Presse nicht nur die „Geisel"-Lüge weiter, die sie von Beginn an unbesehen übernahm, ohne auf die iranischen Dokumente zu achten, die die weitgehende Spionagetätigkeit der sogenannten Diplomaten ja bewiesen hatten, sondern übernimmt auch bereits direkt den Sprachgebrauch Ronald Reagans, der die iranische Regierung als Verbrecher, Barbaren und Kidnapper bezeichnet hatte.

Dabei wird geflissentlich übersehen, daß der Iran abermals seine seit langem gestellten vier Forderungen an die USA bekräftigt hat: die Freigabe der



Iranische Graphik: Der Schah versteckt sich hinter Uncle Sam.

beschlagnahmten iranischen Gelder, die Rückgabe der vom Schah geraubten iranischen Vermögen, den Verzicht auf die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Irans und den Verzicht auf weitere Boykottmaßnahmen. Das bedeutet, daß es sich keineswegs um neue oder zusätzliche Forderungen handelt, sondern um die längst bekannten, die durch die zahllosen Verbrechen, die der USA-Imperialismus und sein Gehilfe, der Mörderschah an den Völkern des Irans begangen, mehr als gerechtfertigt sind.

In dieser Situation ist es äußerst gefährlich, wenn solche Äußerungen fallen wie etwa: Die iranische Regierung nehme die Aussagen des Ronald Reagan nicht ernst, weil der ja nur gewohnt sei, in Wildwestfilmen zu spielen. Im Gegenteil. Man muß diese Aussagen, die ja nichts als Drohungen sind, sehr ernst nehmen. Nachdem im Frühjahr 1980 der amerikanische Überfall gescheitert war, haben weder die militärische Einkreisung noch der Wirtschaftsboykott noch der angestachelte Überfall des Irak jene Niederlage der nationalrevolutionären Kräfte des Iran erbracht, die der USA-Imperialismus so gern haben will.

Tatsache ist, daß die amerikanischen Monopolherren und Großbanker es bis heute nicht verwunden haben, daß die gewaltige Profitquelle Iran versiegt sein soll. Es war, um nur eine Tatsache in Erinnerung zu rufen, die Rockefellersche Chase Manhattan Bank, die dem Schah nicht nur die verlangten Waffen kaufte, sondern auch das von ihm über die Pahlevi-Stiftung geraubte Geld verwaltete. Es war Rockefeller, der die Carter-Regierung zu dem gescheiterten Wüstenüberfall drängte. Im Aufwind der reaktionären Strömungen in den USA, der sich in Reagans Wahl abzeichnete, werden sich diese aggressiven Finanzkapitalisten erneut ermutigt fühlen für neue Aggressionen.

Schon werden in den USA die bezeichnenden Überlegungen angestellt, ob das Leben der 52 Gefangenen wirklich wichtiger sei als das, was die amerikanischen Reaktionäre die „nationale Ehre" nennen. So sollen die Gefühle allmählich hochgeputscht werden, um die Vorbereitungen für einen erneuten Überfall treffen zu können.

Zur selben Zeit versuchen die irakischen Aggressoren, deren Offensive sich im Raum von Abadan festgerannt hat, im Norden eine zweite Front zu eröffnen, um vielleicht doch noch zu einem militärischen Erfolg über den Iran zu kommen.

Und auch im Inneren des Iran machen sich Kräfte breit, die die Einheit im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus zu dessen Nutzen spalten wollen. Allen diesen reaktionären Kräften wird Reagans Amtsantritt neuen Aufschwung geben.

Gerade in dieser Situation ist es die Pflicht von Antiimperialisten, die Solidarität mit der nationalen Revolution des Iran zu verstärken, um so dazu beitragen zu können, die Pläne des amerikanischen Imperialismus zu durchkreuzen.

Zum 1. Januar 1981

Griechenland im direkten Zugriff der westeuropäischen Monopole

EG-Beitritt: Große Versprechungen von Karamanlis

ATHEN. — Zum 1. Januar dieses Jahres wurde die Europäische Gemeinschaft um ein neues Mitglied erweitert: Griechenland trat als zehnter westeuropäischer Staat dieser Gemeinschaft der Monopole bei. Während die griechische Regierung dem Volk große Versprechungen macht, es würde aus dieser Mitgliedschaft Vorteile ziehen, geht die Propaganda in den anderen Mitgliedsländern dahin, man habe jetzt einen schwachen neuen Partner, dem man halt helfen müsse.

Griechenlands Beitritt zur EG erfolgt zu einem Zeitpunkt, da die Wirtschaft des Landes von einer kapitalistischen Krise erfaßt ist, die die soziale Lage der werktätigen Bevölkerung rapide verschlechtert. Im vergangenen Jahr stieg die Teuerungsrate von knapp 19 auf über 24 Prozent gegenüber 1979; bereits 1979 hatte das Außenhandelsdefizit 5,7 Milliarden Dollar betragen, die Wirtschaftsproduktion stagnierte dagegen im letzten Jahr vollkommen.

Hauptopfer der EG-Mitgliedschaft Griechenlands werden die kleinen Bauern sein. Die EG-Komission selbst hatte bereits während der offiziellen Beitrittsverhandlungen betont, die griechische Landwirtschaft müsse von Grund auf reformiert werden. Denn: während über ein Drittel der Bevölkerung, nämlich 35 Prozent, in der Landwirtschaft tätig sind, trägt dieser Zweig lediglich 13 Prozent zum gesamten wirtschaftlichen Inlandsprodukt bei.

Der EG-Durchschnitt bei der Agrarbevölkerung beträgt rund 10 Prozent. Das soll auch für Griechenland das Fernziel sein: Ein Viertel der Gesamtbevölkerung soll demnach aus ihrer -entstammten Arbeit vertrieben, fünf von sieben Bauern sollen gelegt werden. Denn die Ertragskraft der auf kleinste Betrieben aufgebauten griechischen Agrarwirtschaft liegt laut offiziellen Studien bei etwa 28 Prozent jener des westeuropäischen Durchschnitts. Alle diese kleinen Eigentümer erwartet nun die Vertreibung.

Die Schaffung größerer Anbauflächen wird natürlich in typisch kapitalistischer Weise vollzogen, eben durch Enteignung der Kleineigentümer, die auf den industriellen Arbeitsmarkt gedrängt werden, um das Billiglohnland Griechenland attraktiver zu machen. Vor allem verschiedene Monopole der Automobilindustrie planen bereits konkret die Errichtung neuer Werke im Lande.

Unangetastet bleibt natürlich dabei der Großgrundbesitz. Insbesondere der größte Grundbesitzer des Landes, die orthodoxe Kirche, die einen Großteil ihrer riesigen Ländereien brachliegen läßt, bleibt dabei verschont. Sie könnte aus einer zukünftigen Bewirtschaftung durch die landlosen Bauern zu einem großen Agrarkapitalisten werden und gehört deshalb zu den aktivsten Befürwortern des Beitritts.

Auf der anderen Seite mehrt sich der Widerstand gegen den Beitritt des Landes zur EG. Ähnlich wie die britische Labourparty hat auch die griechische sozialdemokratische Partei, die PASOK, die EG-Frage zu einem wichtigen Punkt ihres Wahlkampfes für den kommenden Herbst gemacht. Im Falle eines Wahlsieges versprach der Parteiführer Papandreou eine Volksabstimmung über den weiteren Verbleib in der EG.

Dementsprechend versuchen die Regierung Rallis und Staatspräsident Karamanlis alles, um zumindest kurzfristig einige Verbesserungen vorweisen zu können, um einen kleinen Kern von sozialen Gruppen zu schaffen, die tatsächlich Vorteile aus dem EG-Beitritt ziehen und so eine Basis zu haben, um in dieser Auseinandersetzung breitere Teile der Bevölkerung täuschen zu können und so selbst bestehen zu können.

Mit Sonderprogrammen für die griechische Kleinindustrie versucht man vor allem das Kleinbürgertum, dessen Zukunft angesichts des bevorstehenden weiteren Eindringens der großen Monopole ebenfalls wenig rosig ist, über diese Perspektive hinwegzutäuschen.

Es wird sich im Verlauf dieses Jahres bis zu den Wahlen im Herbst zeigen, ob der Regierung diese Taktik gelingt, oder ob der Widerstand gegen den EG-Beitritt stark genug sein wird, diesen Schritt rückgängig zu machen, der eine weitere Auslieferung des Landes an die imperialistischen Mächte Europas bedeutet.



Die kleinen Bauern Griechenlands sind die unmittelbar Betroffenen des EG-Beitritts.

Ein Jahr besetztes Afghanistan

Der Kampf gegen die sowjetischen Besatzer geht weiter

Demonstrationen in Kabul

KABUL. — Auch ein Jahr nachdem die sowjetische Armee Afghanistan besetzt hat, ist es ihr nicht gelungen, das Land im Sinne der Moskauer Imperialisten zu „befrieden". Der Widerstand im ganzen Land, den die Moskauer Propaganda das Werk von Banditen nennt, geht weiter. Jetzt kam es nach längerer Zeit auch in der Hauptstadt Kabul selbst wieder zu Demonstrationen gegen die Besatzer und ihre Handlanger um Babrak Karmal.

Gegenwärtig wachsen in der Widerstandsbewegung die Tendenzen, sich auf einer wirklichen Kampfbasis enger zusammenzuschließen. So gibt es laut Berichten in der französischen Presse verschiedene Anstrengungen, zwischen den gemäßigten islamischen Gruppen und den linksgerichteten Organisationen eine militärische Zusammenarbeit zu entwicklen und eine gemeinsame politische Plattform zu erarbeiten. Würde dieses Ziel erreicht, so wäre dies ein großer Fortschritt im Befreiungskampf des afghanischen Volkes. Denn bisher war sowohl die fehlende politische Einheit als auch der vorherrschende Einfluß konservativer islamischer Gruppen und Stammesorganisationen ein besonders schwacher Punkt in diesem Freiheitskampf. Auf der Grundlage dieser Spaltung konnte die Karmal-Regierung auch durch die Tätigkeit ihres Ministeriums für Stammesangelegenheiten gewisse Erfolge dabei erzielen, die Stämme weiter auseinanderzutreiben.

Die Berichterstattung der westlichen Medien kennt natürlich nur die Tätigkeit jener Gruppierungen, die im Exil, im pakistanischen Peshawar, vertreten sind und aus amerikanischen Geldern bezahlt werden und von dort auch mit Waffen versorgt werden. Den Kampf jener Gruppierungen und Organisationen, die im Inneren des Landes in einigen Gebieten über breiten Einfluß verfügen, die aber gegen beide Supermächte eingestellt sind, „vergißt" man hier gerne zu erwähnen.

Und dieser Kampf wird mit aller Entschlossenheit geführt, was angesichts der maßlosen Brutalität der sowjetischen Besatzer auch dringend not tut.

In ihrem blutigen Terror steht diese Besatzungsmacht der anderen imperialistischen Supermacht in nichts nach: Hier wie dort Napalmbomben, hier wie dort werden Menschen zu Tode gefoltert, werden Zivilisten bombadiert.

Was am 22. Dezember vollzogen wurde, nämlich die Trennung der gemäßigten von den extrem-konservativen islamischen Gruppen und die vereinbarte Zusammenarbeit mit den anderen Organisationen ist so nicht, wie in der amerikanisch gesteuerten Presse geschrieben stand, eine Spaltung der Widerstandsbewegung sondern bedeutet in Wirklichkeit einen Schritt nach vorn zu einer wirklichen Einheit und einem gemeinsamen Kampf.

Daß diese Zusammenarbeit mit einem gemeinsamen Beschluß begonnen wurde, den Widerstand von den ländlichen Gebieten zunehmend in die Städte zu verlagern, ist ebenfalls ein wichtiger Schritt zur Verbreiterung dieses Kampfes gegen die Besatzer.

Mit dieser Richtung hat der afghanische Widerstand gute Möglichkeiten, im jetzt begonnenen zweiten Kampfjahr Fortschritte zu machen und die Clique Barak Karmals, dieses von Moskau ernannten Statthalters, weiter zu isolieren.



Die afghanischen Widerstandskämpfer, von der Moskauer Propaganda des öfteren totgesagt, dehnen ihren Kampf in die Städte aus.

Zum 5. Jahrestag der Gründung der Sektion DDR der KPD

Die kommunistische Weltbewegung unterstützt den Kampf in der DDR

Zahlreiche Grußadressen von Bruderparteien

Anläßlich des 5. Jahrestages der Gründung der Sektion DDR der KPD haben sich zahlreiche wahrhaft kommunistische Parteien an das Zentralkomitee unserer Partei gewandt, um in Form von Grußadressen ihre Unterstützung für den Kampf unserer Genossen in der DDR zu zeigen. Alle diese Parteien heben in ihrem Schreiben die besondere Bedeutung der Existenz und des Kampfes einer marxistisch-leninistischen Partei in einem revisionistischen Land hervor.

KP Japans (Linke)

Das Zentralkomitee der japanischen Bruderpartei schreibt in seiner Grußadresse unter anderem:

„Unsere Partei sieht mit großer Freude, daß die Sektion DDR der KPD unter der Führung des Zentralkomitees Euerer Partei sich im ständigen Kampf für den Sturz der herrschenden neuen Bourgeoisie unter Honeckers Führung befindet...

Aus Anlaß Eueres fünften Geburtstages möchten wir unsere große Hoffnung ausdrücken, daß Ihr weitere Erfolge bei der Führung der Arbeiterklasse im Kampf für den Sturz der Bourgeoisie mit der SED an der Spitze erzielen werdet...

Jeder Schritt der Sektion DDR Euerer Partei, die sich auf den Marxismus-Leninismus stützt, wird ein großer Beitrag zur gemeinsamen Sache aller marxistisch-leninistischen Parteien und Kräfte der Welt sein."

KP Kanadas (M-L)

Das Exekutivkomitee der kanadischen Bruderpartei betont in seiner Grußadresse:

„Vor fünf Jahren unternahm Euere Partei, sich an die große Aufgabe zu machen, die Arbeiterklasse und die anderen werktätigen Menschen in der DDR zum Sieg im Kampf für den Sozialismus und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats zu führen. Von der bestehenden sozialfaschistischen Diktatur zum Kampf unter den harten Bedingungen der Illegalität gezwungen, haben Euere Genossen, unter der korrekten Führung Euerer Partei entschlossen die Partei, die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin gegen alle revisionistischen Entstellungen verteidigt..."

KP Neuseelands

Das Zentralkomitee der neuseeländischen Bruderpartei hebt in seinem Schreiben besonders hervor:

„Die Revisionisten, die in den einst sozialistischen Ländern die Macht des Proletariats usurpiert haben, stellen ein besonderes Problem dar, da sie eine große Praxis in konterrevolutionärer Täuschung und Diktatur haben. Die Tatsache, daß die KPD in der Lage war, den Kampf gegen den Revisionismus an der Macht und für die sozialistische Revolution zu entwickeln, ist für alle Marxisten-Leninisten sehr ermutigend. Wir sehen dies als einen Beweis dafür, daß die Zukunft der marxistisch-leninistischen Parteien und der Arbeiterklasse hell ist..."

KP Spaniens (m-l)

Das Exekutivkomitee der spanischen Bruderpartei betont in seinem Grußschreiben:

„Die Gründung der Sektion der KPD hat darüber hinaus noch eine andere, wichtige Bedeutung: Die Tatsache, daß sie in einem revisionistischen Land unter der direkten Herrschaft des russischen Sozialimperialismus gegründet wurde (...). Die jüngsten Ereignisse in Polen haben die Wichtigkeit Euerer Arbeit und die unumstößliche Notwendigkeit der Bildung von wahrhaft marxistisch-leninistischen Gruppen und Parteien in den revisionistischen Ländern noch deutlicher gemacht..."

RKP der Türkei

Die Auslandsorganisation der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei schreibt unter anderem:

„Den Kampf für ein vereintes und sozialistisches Deutschland betrachten wir als unseren eigenen Kampf und jeden in diesem Kampf errungenen Sieg betrachten wir als unseren Sieg.

Unsere Partei, die unter den Bedingungen der Illegalität gegründet wurde und ihre Arbeit unter diesen Bedingungen der Illegalität leistet, verfolgt mit großer Freude die Aktivitäten Euerer Partei in der DDR, die sie dort ebenfalls unter den Bedingungen der Illegalität betreibt."

KP der USA/M-L

Das Zentralkomitee der amerikanischen Bruderpartei hebt in seinem Schreiben unter anderem hervor:

„Unter schwierigen Bedingungen hat die Partei die Arbeiter kühn gegen das reaktionäre revisionistische Regime mobilisiert und organisiert, im Kampf für ein geeintes sozialistisches Deutschland. Euere Arbeit steht als ein herausragendes Beispiel für alle jene, die sich im Kampf gegen den Revisionismus und Opportunismus aller Schattierungen befinden. Sie beweist die Tatsache, daß kein revisionistisches Regime das Feuer des Marxismus-Leninismus in den Herzen der Arbeiter auslöschen kann."



Der Wink vom Minister

Umweltamt will kein Asbestverbot mehr

Im letzten „Roten Morgen" haben wir ausführlich über die Gefährlichkeit des Werkstoffs Asbest berichtet. Nach Schätzungen der Abteilung Arbeitsschutz beim DGB sind 10000 durch Asbest hervorgerufene Todesfälle jährlich noch eine „vorsichtige und zurückhaltende Schätzung — mit steigender Tendenz."

Einige westeuropäische Länder (Schweden, Dänemark und die Niederlande) haben aus diesen erschreckenden Tatsachen die Konsequenz gezogen und ein generelles Verbot der Verwendung von Asbest ausgesprochen. In der Bundesrepublik dagegen ist bislang trotz aller entsprechenden Forderungen der Gewerkschaften bislang nichts dergleichen geschehen. Immerhin hat Innenminister Baum unter dem Druck dieser Forderungen bei dem ihm unterstehenden Umweltbundesamt eine Studie über Asbest in Auftrag gegeben.

Was mit dieser bislang noch unveröffentlichten Studie jedoch geschah, ist ein Skandal ersten Ranges. Schon Ende letzten Jahres sickerte durch, daß in der Untersuchung des Umweltamtes die in anderen Ländern schon zutage geförderten Erkenntnisse über die tödliche Wirkung von Asbest voll bestätigt wurden. Das Amt konnte somit zu keinem anderen Ergebnis kommen, als ein generelles Verbot von Asbest zu fordern. Es erklärte sich nur bereit, das Verbot „für die nächsten fünf bis zehn Jahre auszusetzen, um ein zeitlich gestaffeltes Auslaufen der Produktion zu ermöglichen." Dieser an sich schon problematische Aufschub wurde gerechtfertigt mit „Erwägungen zum Schutz der Asbestindustrie und zur Erhaltung der Arbeitsplätze".

Doch auch das war den Bossen eben dieser Industrie schon zuviel. Die Eternit AG schickte zwei Betriebsräte vor, die sich dazu hergaben, in einem Brief nach Bonn die Aufrechterhaltung der tödlichen Asbestverarbeitung zu fordern. Der Vorstoß der Bosse hatte Erfolg. Auf einen deutlichen Wink von Minister Baum hin machte sich das Umweltbundesamt an die Überarbeitung seines Berichts. Wenn dieser Bericht in den nächsten Wochen veröffentlicht wird, ist darin von der Forderung nach einem Verbot von Asbest nicht mehr die Rede. Es wird nur noch ganz allgemein und unverbindlich davon gesprochen, daß man sich nach „umweltfreundlichen Alternativen oder asbestfreien" Ersatzstoffen umsehen sollte.

Tatsächlich sind solche Ersatzstoffe — wie übrigens das Umweltamt auch in dem überarbeiteten Bericht zugeben muß — längst entwickelt. Und in den oben erwähnten Ländern ersetzen sie das Asbest seit Jahren schon. Es ist also keineswegs so, daß auch nur eine produktionstechnische Notwendigkeit bestünde, das krebserzeugende Asbest weiter zu verwenden. Und natürlich zieht auch die von den gewissenlosen Betriebsräten der Eternit AG ins Spiel gebrachte Sorge um den Erhalt der Arbeitsplätze nicht. Denn bei einer Umstellung auf Ersatzstoffe würden ja neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Es geht einzig um den Profit der Kapitalisten, die gegenwärtig am Asbest verdienen. In ihrem Interesse hat Minister Baum seinem Umweltamt den Wink für die Umarbeitung des Berichts gegeben. Ein Wink, der jetzt weiter 10000 Menschen pro Jahr das Leben kosten wird.

Stadtstreicher ausgesetzt

Tod im Weinberg

Erwin Tinz war 57 Jahre alt, als er starb. Er ist das gewesen, was man einen Stadtstreicher oder im Amtsdeutsch einen Nichtseßhaften nennt. Einige Tage vor Weihnachten hatte er angeblich auf einer Straße in Mainz randaliert. Jedenfalls wurde er von einem Streifenwagen der Polizei aufgegriffen.

Und die Beamten verfrachteten ihn kurzerhand weit vor die Tore der Stadt und setzten ihn aus. Wenig später wurde Erwin Tinz in einem Weinberg bei Nackenheim tot aufgefunden — gestorben an Herzversagen. Die Mainzer Polizei gibt sich jetzt erschüttert. Das ganze wird zu einem Einzelfall heruntergespielt. Aber tatsächlich wurde schon im Mai vergangenen Jahres in der pfälzischen Landeshauptstadt ein Flugblatt verteilt, auf dem der Polizei vorgeworfen wurde, Stadtstreicher außerhalb der Stadtgrenzen auszusetzen. Die Reaktion damals: Polizeipräsident Kaesehagen und Oberbürgermeister Fuchs stellten Strafanzeige gegen den Verfasser des Flugblatts.

Und offenbar ist Mainz auch kein Einzelfall in der brutalen Behandlung von Stadtstreichern durch die Polizei. Der „Spiegel" zitierte in seiner vorletzten Ausgabe einen Frankfurter Sozialarbeiter, der darüber berichtete, daß auch dort ein Stadtstreicher „nachts um zwei von einem Streifenwagen verfrachtet und an die Stadtgrenze gefahren" wurde — und das bei Minustemperaturen und Schnee. Daß aber auch ohne die tätige Mithilfe der Polizei mitten in unserem angeblichen Wohlfahrtsstaat Menschen erfrieren, nur weil sie keine Wohnung haben, zeigte sich während der Kälteperiode im letzten Jahr in Bremen. Schon im November war dort ein Stadtstreicher erfroren. Und als es wieder zu einem Todesfall kam, setzten Sozialarbeiter eine Todesanzeige in die Zeitung: „Er starb ohne Wohnung. Sein Tod mahnt und fordert".

Und ähnliche Fälle scheinen vorprogrammiert, wenn man bedenkt, daß es gegenwärtig zwar 100000 Nichtseßhafte gibt, aber nur 13000 Schlafstellen. Die Behörden der Großstädte, wo sie nicht zu offen kriminellen Mitteln wie in Mainz greifen, haben sich infame Methoden ausgedacht, um sich die Stadtstreicher vom Halse zu schaffen und sie obendrein noch zu kriminalisieren. So wurden von den Stadtverwaltungen fast überall Sperrzonen an wettergeschützten Orten verfügt (Ladenpassagen, U-Bahn-Eingänge usw.). Läßt sich ein Stadtstreicher, der keine Schlafstelle gefunden hat, dort zur Nacht nieder, begeht er automatisch Hausfriedensbruch.

In Frankfurt hat sich jetzt immerhin ein Oberstaatsanwalt gefunden, der diese Praktiken nicht mehr mitmachen will. Werner Koch weigert sich, weiterhin solche Verfahren wegen Hausfriedensbruchs zu führen. Koch: „In Frankfurt bekommt zwar jeder Hund einen Platz im Tierheim, ein Mensch aber noch lange kein Nachtquartier." Mit dieser Haltung hat sich der Oberstaatsanwalt den erbitterten Zorn der Stadtverwaltung zugezogen. Der Frankfurter CDU-Vorsitzende und Rechtsdezernent Brück warf ihm „Strafvereitelung" vor. Und der Sozialdezernent Trageser formulierte die Politik der Stadtverwaltung einfach so: „Frankfurt will nicht Hauptstadt der Penner werden".

Die Menschlichkeit von Innenminister Gries

(Korrespondenz) „Im Umgang mit Asylanten steht die Menschlichkeit an erster Stelle" verkündete jüngst der hessische Innenminister Gries. Davon war allerdings im Umgang mit den 56 afghanischen Flüchtlingen, die die Stadt Kassel aufgenommen hatte, nichts zu spüren. Zwei Tage vor Weihnachten wurden zwölf Afghanen auf Anordnung des hessischen Innenministers nach Niedersachsen abgeschoben, angeblich weil Hessen seine Aufnahmequote überschritten habe.

Was kümmerte es das Ministerium, daß eine afghanische Großfamilie regelrecht auseinandergerissen wurde? Während die Söhne mit ihrer Familie nach Hannover „deportiert" wurden, sollten die Enkel bei den Großeltern bleiben und die ältesten später nach NRW abgeschoben werden. Rücksichtslos ließ diese Behörde Menschen wie Vieh verfrachten, rücksichtslos wurden die ersten zaghaften Bemühungen deutscher Betreuer, die Schulunterricht für die Kinder organisierten und den Flüchtlingen nach Kräften helfen wollten, beendet.

Von der Stadt Kassel kamen nur laue Proteste, insgeheim waren die Verantwortlichen wohl froh, die Asylbewerber loszuwerden. Wenn es um die Kosten für die Unterbringung und Versorgung ging, dann vergaßen die Kasseler Behörden schnell ihre Menschlichkeit.

So wurden denn die Afghanen abgeschoben und alles sollte still und heimlich abgehen. Die Presse wurde jedoch darauf aufmerksam und machte noch vor Heiligabend in einem langen Artikel bekannt, wie die Behörden den Flüchtlinge „deportieren". Es hagelte Protestbriefe und -anrufe, eine Welle von Empörung brach über die Bürokraten herein. Die versuchten schleunigst, sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe zu schieben. Auf einmal war alles nur ein „Versehen" und ein „Mißverständnis".

Die Stadt Kassel wurde dadurch gezwungen, vier Tage nach der Abschiebung alle Afghanen wieder zurückzuholen und in ihrem bisherigen Heim unterzubringen — ein voller Erfolg und ein Beweis, wie wichtig und erfolgreich die Solidarität mit ausländischen Flüchtlingen sein kann.

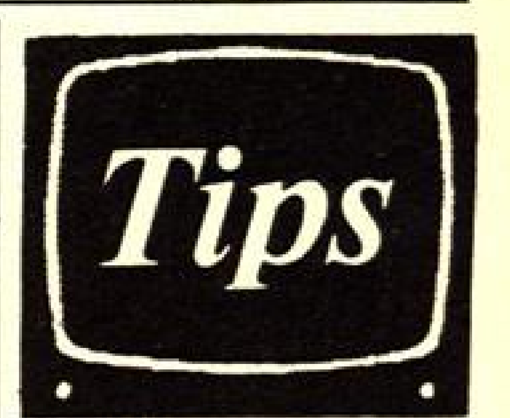


Tränen gab es, als die afghanischen Familien auseinandergerissen wurden.

Schweinerei

Zu einer Geldstrafe von 6000 Mark wurde die Westberliner Rockgruppe „Checkpoint Charlie" verdonnert — wegen öffentlichen Schlachten eines Schweins. Hatte der Tierschutzverein den Rockmusikern das Ding eingebrockt? Weit gefehlt. Denn das Schlachtvieh war gar kein richtiges Schwein, sondern bloß Atrappe. Es hatte nur den falschen Namen.

Die Gruppe hatte das selbstgebastelte Tierchen nämlich Franz-Josef genannt. Und das reichte schon hin für ein Strafverfahren und eine saftige Geldstrafe. Offenbar können manche Leute bei jedem Schwein nur immer an das eine denken. Eine Sauerei ersten Ranges aber ist es, daß sich immer wieder Richter finden, die solchen Schweinkram mitmachen.



Sonntag, 11. Januar
10.30 Uhr, ZDF
Sensationen von vorgestern. In der ZDF-Matinee werden die wiederentdeckten Filmstreifen der Brüder Lumiere aus dem vorigen Jahrhundert gezeigt — die Anfänge des Kinos.

Sonntag, 11. Januar
22.30 Uhr, WDR III
Das Allerletzte. Auszüge aus der satirischen Sendereihe „Dreizack" mit der Kölner Gruppe Floh de Cologne.

Montag, 12. Januar
19.00 Uhr, NDR III
Paul Jacobs und die Atombombe. Der Film berichtet über die Arbeit des amerikanischen Reporters Paul Jacobs, der einem der brutalsten Verbrechen der US-Regierung nachspürte: In den fünfziger und sechziger Jahren wurden zu Versuchszwecken mehr als 200 Atombomben in den Wüstenstaaten der USA gezündet. Die Folgen waren Krebserkrankungen bei Soldaten, die an den Versuchen beteiligt waren und auch bei der Zivilbevölkerung.

Nach langem Leugnen der Fakten über die systematische Verseuchung durch radioaktive Strahlung mußte im vergangenen Sommer eine Parlamentskomission in Washington zum ersten Mal die Berechtigung der von Jacobs und anderen erhobenen Vorwürfe anerkennen.

Dienstag, 13. Januar
21.45 Uhr, WDR III
Schauplatz: Linie 12. Dokumentation über eine Straßenbahnlinie, die durch Industriegebiete und die Innenstadt von Köln führt.

Dienstag, 13. Januar
23.00 Uhr, ARD
Berlin — dein Tänzer ist der Tod. In diesem Monat wird das deutsche Kabarett 80 Jahre alt. Die ARD bringt aus diesem Anlaß eine Serie mit Beispielen des Kabaretts aus den zwanziger Jahren, unter anderem mit Texten von Mehring und Tucholsky.

Mittwoch, 14. Januar
21.40 Uhr ARD
Titel, Thesen, Temperamente. Das Kulturmagazin des Hessischen Rundfunks bringt einen Beitrag über die Kunst in Nigeria, die von den weißen Kolonialherren zerstört wurde.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD, Dorstener Str. 86.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/83 23 28, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/44 30 14.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/ 77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 24, geöffnet: Sa 10-13 Uhr

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/ 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18 Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, und Fr 17-18.30 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

4500 **OSNABRÜCK**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr

Wie Faschismus entsteht — und verhindert wird

Zum antifaschistischen Kongreß in Mannheim (II)

Im vergangenen Mai wurde in Mannheim aus Anlaß des 35. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus ein antifaschistischer Kongreß durchgeführt. Die Materialien dieses Kongresses sind inzwischen vom Röderberg-Verlag veröffentlicht worden. In der letzten Ausgabe des „Roten Morgen" haben wir uns mit einigen falschen Auffassungen auseinandergesetzt, die von Reinhard Kühnl in Mannheim vorgetragen wurden. Gegen Kühnls These, die Nazi-Diktatur wäre ein Bündnis zwischen der herrschenden Klasse und der Hitler-Partei gewesen, haben wir herausgestellt, daß die von Kühnl kritisierte Dimitroffsche Definition des Faschismus diese Herrschaftsform der bürgerlichen Diktatur völlig richtig kennzeichnet. Georgi Dimitroff hatte vor dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale den Faschismus an der Macht definiert als „die offen terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals."



Plenum des Mannheimer Kongresses.

Sicher ist es für einen antifaschistischen Kongreß notwendig — so wie es in Mannheim geschah — der Analyse von Entstehung und Machtergreifung des Hitlerfaschismus breiten Raum zu geben. Denn die richtige Beantwortung der von unserer jüngsten Geschichte aufgeworfenen Fragen ist eine unabläßliche Bedingung für eine korrekte Orientierung des heutigen antifaschistischen Kampfes. Es müssen nur eben die richtigen Antworten sein. Und damit hat sich der Mannheimer Kongreß insgesamt schwer getan. Insbesondere gilt das wiederum für das Referat und die Diskussionsbeiträge von Reinhard Kühnl, der den ersten Teil des Kongresses wesentlich bestimmte.



Demonstration der Antifaschistischen Aktion 1932.

Schon auf den ersten Blick fällt auf, daß er die Rolle der Sozialdemokratie bei der Vorbereitung und Errichtung der faschistischen Diktatur nahezu vollständig ausklammert. Ohne eine richtige Einschätzung dieser Rolle aber kann die Frage nach den Ursachen der faschistischen Machtergreifung nicht beantwortet werden. Von einer solchen selbstauferlegten Beschränkung aus lassen sich zwar durchaus noch einige richtige Aussagen treffen. Etwa die, daß die Hitlerpartei von Teilen der herrschenden Klasse massiv gefördert und finanziert wurde, daß sie zur Durchsetzung von deren Interessen schließlich an die Macht gebracht wurde. Das allein reicht noch nicht aus. Gerade diejenigen, die heute im antifaschistischen Kampf stehen, müssen sich doch die Frage stellen, wie es denn möglich war, daß die Errichtung der faschistischen Diktatur ohne nennenswerten Widerstand durchgesetzt werden konnte.

Spaltung der Arbeiterklasse

Wer hätte den Vormarsch des Faschismus stoppen können? Die Antwort darauf ist eindeutig: Nur die einheitlich handelnde Arbeiterklasse wäre dazu in der Lage gewesen, so wie mit Generalstreik und bewaffnetem Kampf der Kapp-Putsch 1920 niedergeschlagen wurde. Die Arbeiterklasse aber war eben durch die Sozialdemokratie gespalten und in ihrer Fähigkeit zur entscheidenden Aktion gelähmt. Das bezieht sich nicht nur auf die bekannte Tatsache, daß die Führer von SPD und ADGB die Angebote der KPD zur unverzüglichen Herstellung der Arbeitereinheitsfront gegen den Faschismus in den Wind schlugen.

Diese schändlichen Akte des Verrats an den Lebensinteressen der Arbeiterklasse, der Kapitulation vor dem aufziehenden Faschismus waren nur der letzte konsequente Ausdruck einer Politik des Reformismus, die insgesamt darin bestand, die Arbeiterklasse politisch und ideologisch an den Weimarer Staat, also die parlamentarische Form der bürgerlichen Diktatur zu binden. Tatsächlich aber ist der Faschismus ja nicht über Nacht gekommen, er hat sich auch nicht (wie es die Nazi-Demagogie behauptete) in Gegnerschaft zur Weimarer Republik herausgebildet. Er hat sich vielmehr innerhalb der Weimarer „Demokratie" entwickelt. Damit ist nicht nur die Tatsache gemeint, daß die profaschistischen Elemente des Finanzkapitals die Hitlerpartei aus ihrem Sektendasein erlösten, sie hoffähig machten und zur Massenpartei hochbrachten. Gemeint ist auch die rapide Faschisierung der Weimarer „Demokratie", vor allem unter den Kabinetten Brüning bis Schleicher, die unter anderem durch eine massive Knebelung der revolutionären Arbeiterbewegung gekennzeichnet war, während auf der anderen Seite die Nazis ihren Terror ebenso ungehemmt wie ihre demagogische Agitation entfalten konnten.

Das „kleinere Übel"

Die Sozialdemokratie aber hat sich diesem Prozeß der Faschisierung nicht entgegengestellt, selbst dann nicht, als sie für die Bourgeoisie ihre Funktion als Regierungsinstrument zur Disziplinierung der Arbeiterklasse schon verloren hatte; als beispielsweise die putschartige Beseitigung der SPD-Regierung in Preußen anzeigte, daß die herrschende Klasse nunmehr entschlossen war, zu Formen der offeneren Ausübung ihrer Herrschaft überzugehen. Statt die Arbeiter und die werktätigen Massen in Aktionseinheit mit der KPD gegen den Vormarsch des Faschismus zusammenzuschließen, haben die reformistischen Führer von SPD und ADGB die jeweilige Stufe der Faschisierung zum „kleineren Übel" gegenüber dem Hitlerfaschismus erklärt, zu einem Übel, das nicht bekämpft werden dürfte, sondern vielmehr verteidigt werden müsse.

Dadurch wurden nicht nur Vertrauen und Illusionen in die bürgerliche parlamentarische „Demokratie" erweckt (in deren Schoß sich ja in Wahrheit der Faschismus entwickelte). Die Haltung der reformisitischen Bonzen führte in der Praxis dazu, daß eine Position der Arbeiterbewegung nach der anderen aufgegeben wurde — bis hin zur kampflosen Hinnahme der Machtergreifung Hitlers mit der Begründung, der Naziführer wäre ja „legal" zum Kanzler bestellt worden. So schwächte und zersplitterte die Sozialdemokratie also in den entscheidenden Jahren die Arbeiterklasse dermaßen, daß sie keine wirksame Front gegen den Faschismus errichten konnte.

Ohne auf die Sozialdemokratie einzugehen, kann aber auch nicht das Verhalten der kleinbürgerlichen Schichten, unter denen Hitler seine Massenbasis fand, richtig beurteilt werden. Zum einen hat die tiefe Spaltung des Proletariats durch den Reformismus die Orientierung breiterer Massen des Kleinbürgertums auf die Arbeiterklasse als einer Bedingung für die Schaffung einer alle werktätigen Klassen und Schichten umfassenden Volksfront gegen den Faschismus verhindert. Zum anderen hat die Sozialdemokratie als wichtigste politische Repräsentantin der Weimarer Republik der faschistischen Agitation dadurch Vorschub geleistet, daß sie unter dem Mantel von „Sozialismus" und „Marxismus" die brutale Raubpolitik des Monopolkapitals gegenüber den kleinbürgerlichen Schichten nicht nur passiv unterstützte, sondern als Regierungspartei auch unmittelbar in die Praxis umsetzte.

Natürlich können wir in Rahmen dieses Artikels die hier angesprochenen Fragen nicht umfassend darstellen. Es ist aber mehr als bedauerlich, daß nicht nur Reinhard Kühl, sondern — nach den vom Röderberg-Verlag vorgelegten Materialien zu urteilen — der Mannheimer Kongreß insgesamt sich um die Auseinandersetzung mit der Bedeutung des Reformismus für das Entstehen der faschistischen Diktatur, bzw. für den antifaschistischen Kampf herumgedrückt hat. Denn die damit zusammenhängenden Probleme müssen — wie gesagt — nicht so sehr wegen ihrer historischen Bedeutung, sondern vor allem für die richtige Orientierung des heutigen Kampfes eindeutig geklärt werden.

Es ist also angesichts der Ausgangslage hinsichtlich der Analyse geschichtlicher Faktoren in Mannheim wenig verwunderlich, daß der Kongreß auch für den aktuellen Kampf unbefriedigende, teilweise auch falsche Antworten gab. Wir wollen dabei einige Punkte herausgreifen, die uns bedeutsam erscheinen.

Die Wirklichkeit auf den Kopf gestellt

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß mehrere Redner des Mannheimer Kongresses ausdrücklich herausstellten, in unserem Land gebe es ein wesentlich stärkeres faschistisches Potential als in den anderen Ländern Westeuropas. Es wurde allerdings weder ein schlüssiger Beweis dafür geliefert, noch dargestellt, was unter einem faschistischen Potential überhaupt zu verstehen sei. Wolfgang Abendroth aber stellte schon in der Eröffnungsrede des Kongresses die Behauptung auf, daß von diesem Potential ein Druck auf die CDU/CSU ausginge und daß auch die Kanzlerkandidatur eines Strauß nicht zuletzt die Folge eines solchen Drucks gewesen sei.

Hier werden die wirklichen Verhältnisse in unserem Land auf den Kopf gestellt. Es ist doch nicht so, daß sich in der Bevölkerung ein faschistisches Potential aufbauen würde, daß dann bei einem bestimmten Grad seiner Stärke die bürgerlichen Parteien nach rechts drängt. Sondern umgekehrt. Die Politik dieser Parteien orientiert sich ausschließlich an den grundlegenden und den jeweils aktuellen Interessen der Bourgeoisie. Und die reagiert mit der Verschärfung ihres reaktionären Kurses — der sich dann in der Politik der bürgerlichen Parteien niederschlägt — nicht auf einen von faschistischen Gruppen ausgelösten Druck, sondern auf das Anwachsen des Klassenkampfes. Gerade die Kanzlerkandidatur von Strauß ist ein deutlicher Beweis dafür. Sie muß gesehen werden als ein Versuch der aggressivsten Kräfte des Finanzkapitals, in die krisenhaften achtziger Jahre mit einem Regime des unverhüllten Angriffs auf die politischen und sozialen Rechte der Werktätigen einzusteigen. Und in diesem Zusammenhang haben die hinter Strauß stehenden Elemente des Finanzkapitals natürlich auch ein Interesse daran, reaktionäre und faschistische Stimmungen zu mobilisieren, um ihrem Kandidaten und damit ihrem eigenen Kurs eine gewisse Massenbasis zu verschaffen.

Im nächsten „Roten Morgen" werden wir abschließend auf die These des Mannheimer Kongresses eingehen, daß die Gefahr des Faschismus nur von den Organisationen der Neonazis ausgehen würde.



25 000 demonstrierten am 10. Mai 1980 in Mannheim gegen Faschismus und Krieg.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 2 9 Ocak 1981 Yıl: 15 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar

Kurtuluş Cephesi birlikleri ilerliyor

EL SALVADOR'DA CUNTA SARSILIYOR

ABD, diktatörlüğe yeni silahlar gönderiyor

SAN SALVADOR.—El Salvador'da 1979 yılı Ekim ayı sonunda diktatör Romero'nun devrilmesinden bugüne kadar devrimci kurtuluş birlikleri en büyük saldırıya geçtiler. Kurtuluş Cephesi "Farabundo Marti" birlikleri, bugüne kadar bütün ülkenin dörtte birini kontrolleri altına almış bulunmaktadırlar.

Kanlı bir gerici olan Duarte'nin devlet başkanı olarak cuntanın başına getirilmesi ve cuntanın diğer başlarının sık sık değiştirilmesi ile, diktatörlük gittikçe halk kitleleri arasında teşhir olmakta ve bunun doğrudan bir sonucu olarak da anti-faşist mücadele yeni boyutlar kazanmaktadır.

Batı Almanya burjuva basını gerçekleri ters yüz ederek, Romero'nun devrilmesinden bugüne kadar El Salvador'da 10000 insanın ölümüne neden olan olayları, sağ ile sol gruplar arasındaki çatışmalar olarak yansıtmakta ve bu yalanı sık sık tekrarlamaktadır.

Ama gerçekler daha farklı: El Salvador İnsan Hakları Komisyonu, geçen yılın Ekim ayı sonuna kadar öldürülen 8000 insanın cuntanın resmi güçleri ve sivil terör birlikleri ORDEN tarafından katledildiklerini somut belgeler ile açıklamıştı. Faşist güçler sadece anti-faşistleri katletmemekte, aynı zamanda direniş birliklerinin olduğunu sezdikleri köyleri de bombalamaktadırlar.

Anti-faşist direnme örgütü FDR (Demokratik Devrim Cephesi), bütün ülke çapında politik çalışmalarını yoğunlaştırmakta ve direnmeyi örgütlemektedir. Ülkenin bütün önemli sendikalarından oluşan ve FDR'in üyesi olan Devrimci Sendika Cephesi ikinçi bir genel greve hazırlanmaktadır. Devrimci Sendika Cephesi, geçen sonbaharda yaptığı genel grevden sonra gittikçe güçlendi ve üye sayısında büyük bir artış oldu.

Şimdi ise, cunta işçilere gözdağı vermek için 17 sendikacıyı açık mahkemede yargılamak istemektedir. Batı Avrupa ülkelerinden çeşitli sendikalar, bu mahkemeyi yerinde izlemek için temsilci göndermektedirler. Ama DGB sendika ağası Vetter delegasyon göndermeyi redetti. Bunun yerine cuntaya mektup gönderip, sendikacıların yasalara uygun olarak yargılanmasını isteyecek. Bu tavrıyla DGB yönetimi, El Salvador olayında da ABD emperyalizminin sadık dostu olan Federal Hükümet'in gerici çizgisini açıkça izlemektedir. Federal Hükümet bundan kısa bir süre önce Birleşmiş Milletler'de, El Salvador'a silah sevkini yasaklayan öneriyi onaylamamıştı. Çünkü, bu ülkeye silah gönderen tek ülke ABD idi. Amerika, sırf 1980 yılı içinde El Salvador'a 100 milyon dolar değerinde uçak ve tank satmıştı. 200 ABD subayı ülkedeki bombalama saldırılarını komanda etmektedirler. Masrafları ABD tarafından ödenen yüzlerce Amerikalı, ABD'ye iltica etmiş Kübalı ve Nikaragualı mültecilerle beraber faşist cuntanın paralı askerlerini oluşturmaktadırlar. ORDEN'in faşist terör çeteleri CİA ajanları tarafından örgütlenmekte ve yönetilmektedirler.

Bundan kısa bir süre önce bay Wischnewki tarafından yapılan açıklamadan Federal Hükümet sorumludur. Biz Alman devrimcileri ve anti-faşistleri El Salvador halkının yanındayız ve onun faşist cuntaya ve emperyalizme karşı verdiği mücadeleyi destekliyoruz.

Amerika, El Salvador'dan Defol!

Kahrolsun faşist cunta!

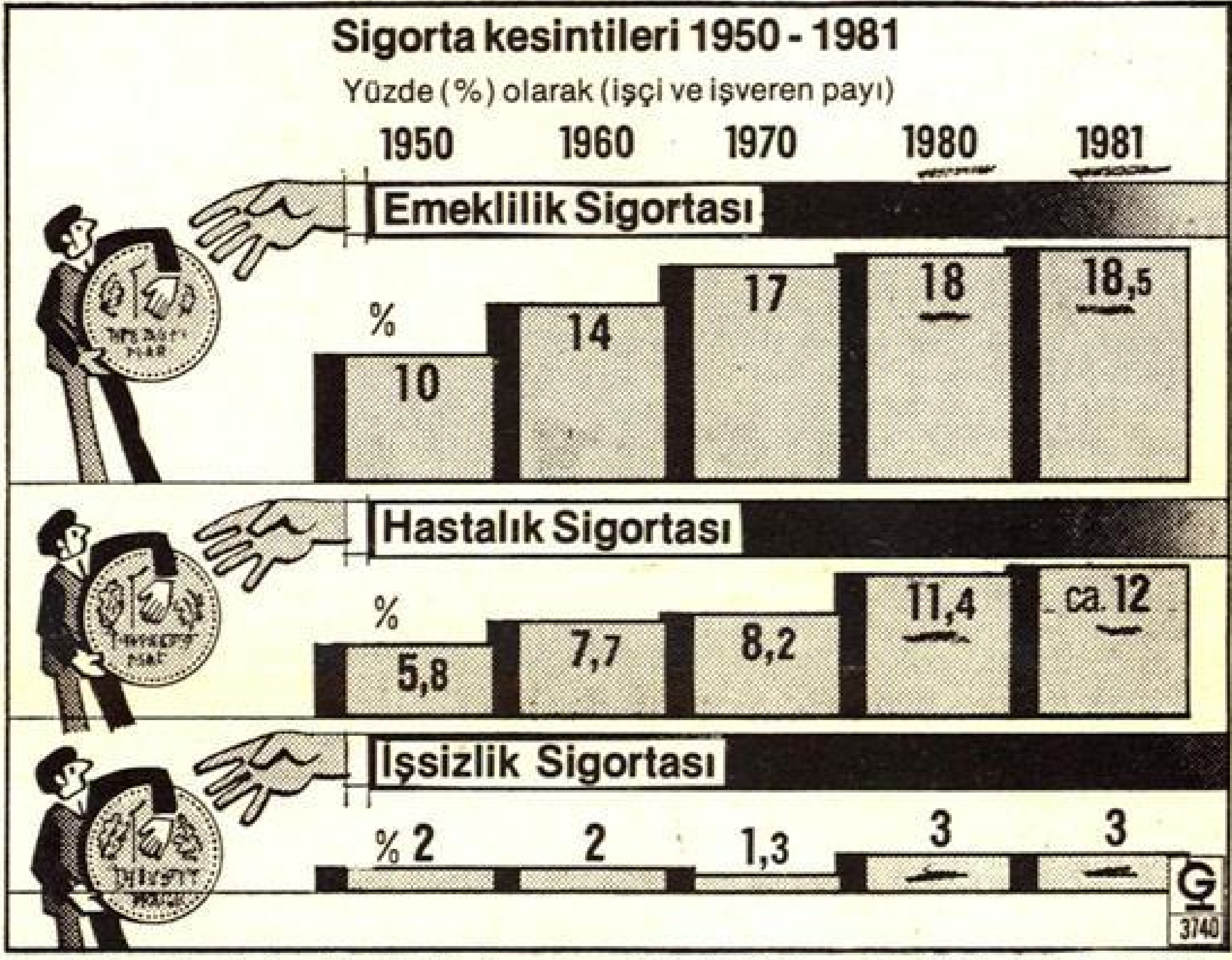
Federal Hükümet, halkın temcisi FDR'i tanımalıdır.

(„In El Salvador wankt die Junta", RM 2/81, S. 1)

İşyeri işgalleri

geçen yılın Aralık ayı sonunda iki işletmede oldu: Kassel'de Enka-Chemiewerk'de ve Aachen'de Pongs-Gummitechnikwerken'de. Bu iki eyleme yaklaşık 2000 işçi ve memur katıldı. Kapitalistlerin rasyonalizasyon ve işyeri kapatma planlarına karşı verilen mücadelede, bu eylem biçimi çok önemli ve yerinde bir yöntemdir. Bu diğer işletmelerde çalışan emekçiler için de örnek alınması gereken bir eylem biçimidir.

"İşyerlerini güvence altına almak için, işletmeyi işgal ettik!" (resimdeki yazı)



Sosyal sigortalara kesilen aidat yüzdeleri son otuz yıl içinde iki katına çıktı: 1950 yılında bu kesintiler brüt ücretin yüzde 17,8'ni oluşturuyordu, 1980 yılında ise ortalama olarak yüzde 33,5'ni teşkil edecek—geçen yıl yüzde 32,4 idiler. Yalnızca sosyal sigorta aidatlarının yükseltilmesi bile, vergilerin düşürüldüğü safsatasını rahatlıkla gün ışığa çıkarıyor. Sigorta aidatlarının artırılması, bugün yeniden hızlandırılan enflasyonun bir parçasıdıd; Resmi verilere göre fiatlar yüzde 5,6 civarında yükseltildi. Yüzde üç veya beş ücret zammı, gerçek ücretlerin düşürüldüğünü ifade etmektedir.

7 yıldan beri askeri diktatörlük

URUGUAY'DA FAŞİST TERÖR ESTİRİLİYOR

MONTEVİDEO.—Uruguay Dünya burjuva basının baş sayfalarında yer almaktadır. Dünya birinciliği futbol karşılaşmaları ile,faşist generallerin kanlı diktatörlüğüne güler yüzlü bir maske takılmak isteniyor. Bu defa boykottan hiç kimse sözetmedi. Çünkü, Latin Amerika ülkelerinde ABD'nin desteği ile ayakta durabilen faşist diktatörlüklerden biri, hem de en azgını gündemde idi.

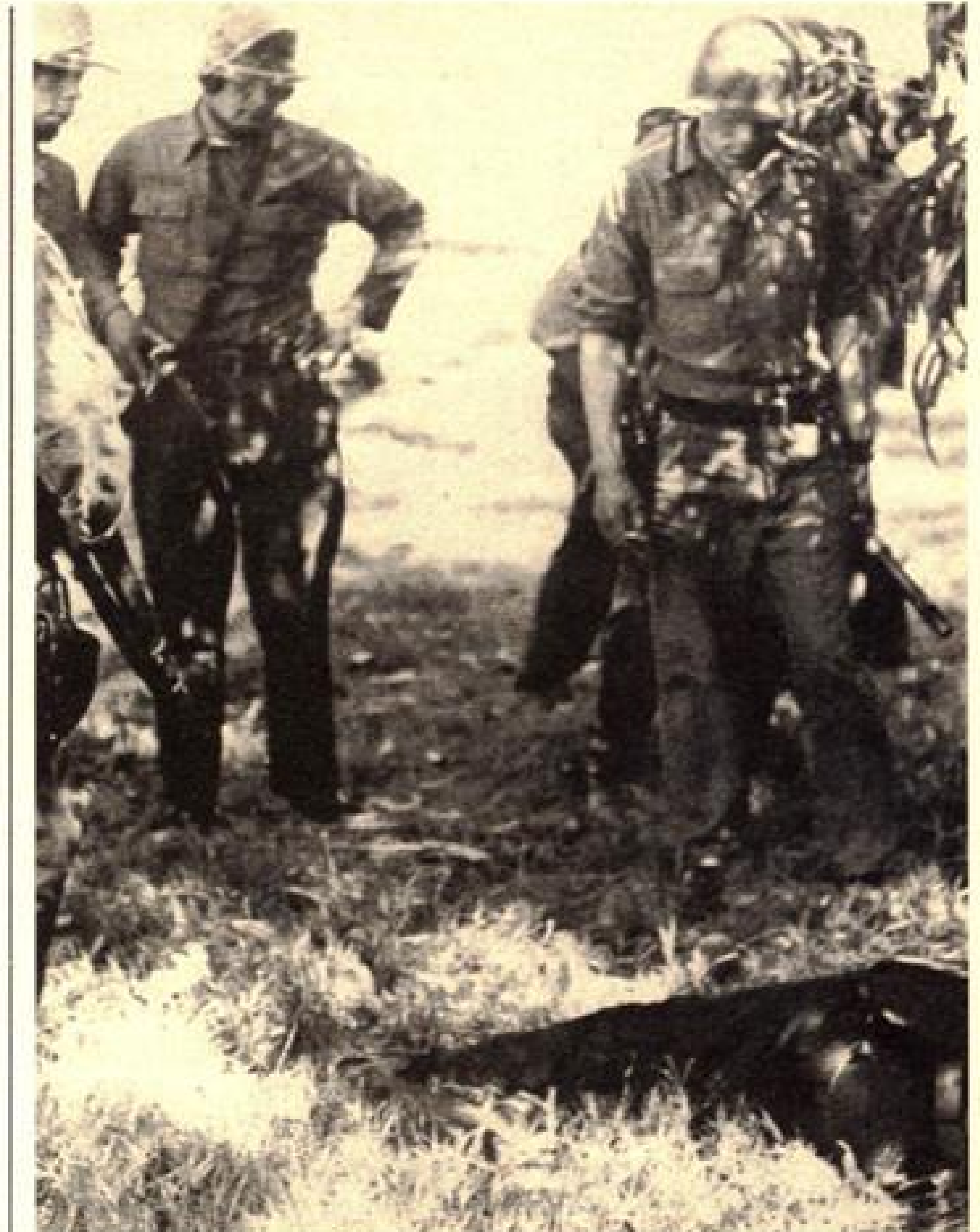
Uluslararası Af Örgütü'nün 1980 yılı raporunda, Uruguay, nüfus sayımına göre Dünyü'da en çok politik tutuklunun olduğu ülke olarak gösterilmekte ve teşhir edilmektedir. Diktatörlüğün kendi açıklamalarında, 1500 politik tutuklunun ve hiç bir hakka sahip olamayan, gözetim altında 20000 kişinin olduğu söylenmektedir. Ama, bunlar gerçek rakamlar değil. 2,8 milyon nüfusu olan bu ülkede yaklaşık 4000'nin üzerinde politik tutuklu bulunmaktadır. 300 binin üzerinde insan faşist terör sonucu ülkeden kaçmak zorunda kalmıştır.

Sadece toplama kamplarında her yıl yüze yakın devrimci ve anti-faşist işkencehanelerde hunharca katledilmektedir. Binlerce kişi insanlık dışı vahşi işkence yöntemleri ve görünürde kurşuna dizilme ile sakat bırakılmaktadır. (belirsiz bir anda hücreden alınan insanlar, kurşuna dizileceklermiş gibi ateşe tutulmaktadırlar)

ABDemperyalizminin uşağı generaller, faşist terörün estirildiği diğer ülkelerdeki yandaşları gibi Amerika'da eğitilmekte ve katliamları için silah almaktadırlar.

Bütün bunlara rağmen Uruguay halkını dize getiremediler. Geçen yıl Aralık ayında yapılan anayasa halk oylaması sonuçları bu gerçeği açıkça göstermektedi. Seçme hakkına sahip olanlardan yüzde 54'ü hayır, yüzde 39'u evet ve yüzde 17'si tarafsız oy kullandılar.Karşı propaganda yasaklandığı halde bu sonuçlar alınmıştır.

(„In Uruguay rast der faschistische Terror", RM 2/81, S. 1)



Uruguay'da faşist ordu terör estiriyor

2. RGO Kongresi Büyük kapanış toplantısı



Program: 2. RGO Kongresi Sonuçları, Türküler, halk Oyunları, Konuşmalar, kabare, Tartışma, Film ve...

Toplantının Şiarı:

İşçi sınıfının çıkarları ve sınıf mücadeleci sendika birliği için Patronlara ve sendika ağalarına karşı ileri!

Yer ve Zaman: Dortmund-Westfalenhalle II, 18 Ocak 1981, Saat 13.00

Giriş: 5,- DM

Hamburg'da açlık grevindeki devrimcilerle röportaj

İşkenceler ve idamlar faşist cuntayı akaykta tutamaz

"ROTER MORGEN" Türkiye'de faşist cuntanın vahşi işkencelerine karşı Hamburg'da açlık grevine giden devrimciler ve anti-faşistlerle konuştu. Türkçe yapılan bu röportajı, Almanca olarak da gazetemizin bu sayısında yayınlıyoruz.



İşkence sonucu sakat bırakılan bir devrimci.

SORU: Ne zamandan beri işkencelere karşı açlık grevindesiniz?

CEVAP: 24 Aralık 1980 Çarşamba günü saat 14 00'de başladık.

SORU: Açlık Grevinin Türkiye'deki işkencelere karşı somut istek ve talepleri nedir?

CEVAP: Türkiye'de faşist cunta tarafından uygulanan işkencelere, idamlara ve tutuklamalara son verilmelidir. Tüm tutuklular doktor muayenesinden geçirilerek, sağlıkları kontrol altına alınmalıdır. Bugüne kadar isimleri tespit edilemeyen ve aşağıda isimleri yazılan ve hala işkence tezgâhlarından geçirilen devrimcilerin akibeti hakkında bilgi verilmeli ve doktor güvencesine alınmalıdır:

Diktatörlüğün sivil güçleri işkencede onlarca kişiyi katletti.

Veli YILMAZ, Teoman GÜREL, M. Ali YILMAZ, Yasin KETENOĞLU, Bülent FORTA, Selahattin KARATAŞ. Ve diğer talebimiz, kamuoyu tarafından oluşturulacak bir heyetin, yerinde işkenceler hakkında incelemeler yapmak üzere Türkiye'ye gönderilmesi.

SORU: Eğemen sınıflar ve onların cellatları işkencelerle neyi amaçlıyorlar?

CEVAP: Cuntadan önce parlementer maskeli faşist diktatörlük tarafından bastırılamayan Türkiye halkının halk demokrasisi ve bağımsızlık mücadelesini yoketmek istemektedirler. Faşist generaller çetesi başta Alman emperyalistleri olmak üzere, bütün emperyalistlerin desteğiyle, halk muhalefetinin bulunan devrimci komünist, anti-faşist, demokrat ve yurtsever hareketleri dağıtmayı ve yıldırmayı amaçlamaktadırlar işkencelerle. Ayrıca, bununla Türkiye Kürdistan'ında, Kürt halkının kendi kaderini tayin etmek için verdiği mücadeleyi bastırmayı hedeflemektedirler.

SORU: Cunta işkence tezgâhlarıyla ayakta durabilir mi?

CEVAP: Faşist cunta işkence tezgâhlarıyla elbette ayakta duramaz. Bugün işkence tezgâhlarında ve zindanlarda binlerce komünist, devrimci; dün nasıl meydanlarda faşist diktatörlüğe karşı kinini haykırdıysa, bugün de işkencelerde ve idam sehpalarında kinini haykırmaktadır. Cuntanın sonu Hitler'in, Şah'ın ve Somoza'nın sonu olacaktır.

SORU: Cuntadan önce Türkiye'de işkence varmıydı?

CEVAP: Elbette vardı. Parlemento cilalı faşist diktatörlük geçmişte daha çok sivil ve resmi cinayet örgütleriyle devredeydi. 1973 yılında İbrahim Kaypakkaya, 1976'da İ. Gökhan Edge Diyarbakır işkencehanelerinde; Cahit Şenyüz İstanbul'da ve daha birçok devrimci resmi güçler tarafından, Zeki Erginbay, Hasan Doğan, Haluk Tamdoğan ve isimlerini sayamadığımız onlarca devrimci, demokrat sivil faşistler tarafından işkencede katledildiler. Bugün ise baskı, terör ve işkence gittikçe yoğunlaştı; karşı devrimin saldırıları merkezileştirildi.

SORU: Türkiye'de uygulanmakta olan işkence metodlarını anlatırmısınız?

CEVAP: İşkence yöntemleri, hakim sınıfların ve onların uşaklarının genel niteliğini yansıtır. İşkenceye alınan tutuklulara akla hayale gelmeyecek insanlık dışı yöntemlerle eziyet edilmekte, her türlü maddi ve manevi işkence yöntemlerine başvurulmaktadır. Hücreye yılan salma, saatlerce falakaya çekmek, vücutta sigara söndürmek, iğne batırmak, jiletle vücudunu parçalamak, kedi ile birlikte çuvala koymak, çimento ve kireç yedirmek, dil kulak ve cinsel organlara elektrik vermek en yakın işkence yöntemleridir. İnsanların günlerce uyumasını engellemek, kadın ve erkek tutuklulara jop sokmak, yakınlarına tecavüz etmek ve daha yüzlerce maddi ve manevi işkence türü uygulanmaktadır. Cuntadan sonra bu gibi yöntemlerle 20'nin üzerinde devrimci ve anti-faşist katledildi. Tabii ki, bunlar resmi olarak bilinenlerdir.

SORU: Devrimcilerin işkence tezgâhlarındaki kararlılığını anlatırmısınız?

CEVAP: Onlar, haklı ve meşru bir davanın savunucuları ve halkımızın bir parçasıdırlar. Onun için işkencelere karşı tavır, halka ve devrime karşı sorumluluğun bir parçasıdır. Bugün devrimciler bu ilkeyle yola çıkarak cellatların karşında, işkencelerde devrimi ve sosyalizmi savunmaktadırlar. Ser verip sır vermiyorlar. Devrimin ve devrimcilerin yenilmez olduğunu işkencede de ispatlıyorlar.

SORU: Türkiye Kürdistan'ında yapılan toplu işkenceleri açıklarmısınız?

CEVAP: Faşist diktatörlük ta başından beri Kürt Ulusu'na karşı asimile ve katliam politikasını sürdürdü. 12 Eylül'den sonra Kürdistan'da toplu işkenceler, kitle katliamları, tutuklamalar daha da yoğunlaştırıldı. Geçmiş dönemde yaptıkları Kürt halkını yoketme provalarını, bugün hayata geçirmektedirler. Kürt köyleri basılmakta ve köylüler saatlerce falakadan geçirilmektedir. Kimi yerlerde daha da ileri giderek, kocaları karşısında kadınlara sarkıntılık yapılmakta ve hatta ırza geçilmektedir. Şehirlerde ve köylerde toplanan insanlar gözlerce stadyumlarda ve sinema salonlarında toplu işkenceye tabii tutulmakta, aç susuz bırakılmaktadırlar.

SORU: Açlık grevini kimler destekliyor? Anti-faşistlerin geniş desteğini alıyormusunuz?

CEVAP: Açlık grevi içinde Türkiyeli örgütlerden, Hamburg ve Çevresi Demokratlar Derneği ve Türkiyeli Devrimci İşçiler Birliği, fiili olarak, dört Alman devrimcisiyle beraber bulunmakta. Ayrıca çok sayıda anti-faşist örgüt eylemimizi desteklemektedir. KPD Hamburg Aşağı Elbe grubu, Halk Cephesi, Rote Hilfe (Kızıl Yardım) ve Halkın Kurtuluşu sempatizanları da aktif olarak grevimizi desteklemektedirler. Ayrıca diğer anti-faşistlerin geniş desteğini almaktayız.

SORU: İşkencelere karşı yapılmakta olan diğer açlık grevleriyle dayanışma içinde misiniz?

CEVAP: Grevimizin eleştirilecek yönlerinden biri budur. Diğer şehirlerde yapılmakta olan grevlerin de amacı aynı olmakla beraber, sıkı bir dayanışma içinde değiliz. Bu eksiklikler, özellikle bizim dışımızdaki Türkiyeli anti-faşist örgütlerin anti-faşist birlik konusunda ki olumsuzluklarından biri olarak ileri gelmektedir.

SORU: Basının açlık grevinize karşı tavrı nedir?

CEVAP: Basının tavrı eskiye nazaran şimdi bir derece daha iyi. Bazı günlük gazeteler ve dergiler açlık grevi ile ilgili yazı ve resimlere yer vermektedirler. Radyo ve televizyon da olaya yer verdi. Ama bu yeterli değildir. Basında ve diğer yayın organlarında daha geniş yer verilebilmesi için çaba harcamalıyız. Bunda başarılı olursak, grevimizin amacını daha geniş kitlelere en iyi biçimde duyurmuş oluruz.

Doğu Berlin:

KPD'nin DDR kolu 5. Kuruluş yılını kutluyor

Bundan beş yıl önce, 1976 yılı başında Partimiz, Doğu Almanya Örgütü; KPD'nin DDR Kolu'nu kurmuştu. Bu tarihten beri iki Alman devletinde de KPD, Sosyalist Devrim için; birleşik, bağımsız ve sosyalist bir Almanya için mücadele etmektedir.

Doğu Almanya'daki yoldaşlarımız, bu beş yıllık süre içinde mücadele ve örgütlenmede önemli ilerlemeler kaydettiler. KPD'nin DDR Kolu'nun varlığı, sadece Alman işçi sınıfı için büyük bir önem taşımıyor; Uluslararası Komünist Hareket için, işçi sınıfının iktidarının modern revizyonistler tarafından gaspedildiği bu gibi ülkelerde Marksizm-Leninizm'in her zaman olduğu gibi, bugün de gerçek bir güç oluğunu gösteren delildir.

Dünya Komünist Hareketi'inden bir çok parti; Örgütlerinin kuruluşundan bugüne kadar DDR'deki yoldaşların zor şartlar altında veridikleri mücadeleyi sevinçle karşılıyorlar.

Komünist Partiler, KPD'nin DDR Kolu'nu modern revizyonizme ve her türlü oportinizme karşı verilen çok yönlü mücadeleye bir katkı, tekelci devlet kapitalizminin hüküm sürdüğü modern revizyonist bir ülkede ilke gerçek komünist partisi olarak değerlendiriyorlar.

KPD'nin DDR Kolu'nun kuruluşunun 5. yıldönümü dolayısıyla KPD Merkez Komitesi'ne başarı mesajları gönderen Komünist Partiler: Japonya Komünist Partisi (Sol), İspanya Komünist Partisi (M-L), ABD Komünist Partisi (M-L), yeni İzlanda Komünist Partisi, Kanada Komünist Partisi (M-L) ve Türkiye Devrimci Komünist Partisi-Yurtdışı Örgütü.

KPD Politbürosu'nun kendisi de Doğu Almanya Kolun'da zor şartlar altında kararlı bir mücadele veren yoldaşlara gönderdiği bir mesajla kutladı. KPD'nin DDR kolu'nun gelişimi, illegal şartlar altında bir komünist partisinin inşa edileceğinin bir ifadesidir.

IGM'in ücret zammı talepleri

Yüzde 8 gerçek ücretleri güvence altına almıyor

FRANKFURT. — Toplu sözleşme komisyonlarının IGM (Metal İşçileri Sendikası) Merkez Yönetim Kurulu'nun baskısı altında tespit ettikleri ücret zammı talepleri kapitalistler için bir yeni yıl hediyesidir. Bu talepler fiat artışlarının altında kalmaktadır.

Toplu sözleşme komisyonu Saarland Eyaleti'nde sadece yüzde yedi ücret zammı talep etmeyi kararlaştırdı. Kuzey bölgelerinde (Bremen, Schleswig-Holstein, Kuzey Batı Niedersachsen) de yalnızca yüzde 7,7 ücret zammı talebi ve 125 Mark en düşük talep (Bir işçi için en azından 125 Mark ücret zammı) olarak kararlaştırıldı. Yüzde sekiz ücret zammı talep edilmesinin kararlaştırıldığı Baden-Würtemberg Eyaleti'inde ise, en düşük ücret zammı miktarı ile İGM tarafından işçiler avutulmaya çalışılıyor. 107 Mark olan ücret zammı miktarı, en düşük ücret grubu için zaten yüzde 8 ücret zammı ifade etmektedir.

IGM tarafından ileri sürülen bu talepler, kapitalist birlikler ve Bonn Politikacıları'nın ücret zammı taleplerinden vazgeçme çağrıları karşısında bir teslimiyettir. Resmi fiat indeksleri tarafından oldukça düşük (yüzde beş civarında) gösterilen gerçek fiat artışları yüzde 8'i aşmaktadır.

Bu en düşük ücret zammı miktarı ile, çeşitli ücret grupları arasındaki farklılıkların giderilebileceği propaganda edilmektedir. Bugün talep edilen 107 Marklık veya 125 Marklık en düşük zam miktarı zaten yüzde 8'lik ücret zammı değerindedir. Özellikle Baden-Würtemberg Eyaleti'nde tespit edilen ücret zammı talepleri bunu açıkça göstermektedir. Gerçekten yüzde 8'lik zammın toplu sözleşmede kabul edileceğini düşünürsek, bu durumda ücret grupları arasındaki farklılıkta en ufak bir değişiklik olmayacak, yani en düşük ücret zammı miktarı talep edilmeksizin de aynı sonuçlar alınacak olurdu.

Bundan da açıkça anlaşıldığı gibi Baden-Würtemberg toplu sözleşme komisyonu kararlaştırdığı talepleri baştan itibaren ciddiye almamakta ve bu taleplerin biçimiyle kapitalistlere sinyal vermektedirler. "Sakın korkmayın, biz bu yüzde 8'lik ücre zammını asla ciddiye almıyoruz."

Şayet IGM sendika ağası Loderer, ücret zammı taleplerinin tespit edilmesinden bir kaç gün sonra televizyonda, yüzde 8'in sadece bir talep olduğunu, bunun toplu iş sözleşmesiyle çok fazla bir ilişkisinin olmadığını utanmaz bir biçimde söylerse, bunda hayret edilecek ne var ki? Bir sendika ağasından ancak bunu bekleyebiliriz.

Kapitalistler, sendika aygıtındaki ajanlarının (sendika ağalarının) gerçek ücretlerin yükseltilmesi için sendikaların kararlı mücadelesini boğmak amacıyla giriştikleri çabalarda kendilerine başından beri yardımcı olduklarından ötürü bir kere daha ellerini ovuşturmaktadırlar.

Sendika tabanındaki işçiler ve dürüst sendikacılar. kendi mücadeleleri ve kararlı muhalefet faaliyetleri ile, sendika ağalarının ve patronların sinsi oyunlarını boşa çıkaramazlarsa onların yaptıkları kirli hesapların üzerine kırmızı bir çizgi çekmezlerse; özellikle sendika ağaları tarafından ücret mücadelelerinin sabote edilmesiyle bu yıl ağır bir darbe yiyeceklerdir.

Her işçi, bu yılki ücret turlarının geçen yıllara oranla daha çınlamaktadır. Federal Parle amacı daha fazla kâr etmek olan kapitalistler, kendi gönül rızasıyla işçilere bir Pfennig dahi olsun vermezler.

Aksine, ücretlerini düşürmek ve ekonomik krizin yükünü işçilerin ve emekçilerin sırtına yüklemek isterler. Bu durumda sınıf mücadeleci işçilerin kaçınılmaz görevi; ücret mücadelesini yükseltmek ve hayatın her alanında, patronların ve sendika ağalarının saldırılarına başladığı her yerde karşı saldırıya geçmektir.

(„Forderungsempfehlungen im öffentlichen Dienst", RM 2/81, S. 5)

İsviçre'de yaptıklari katliamdan sonra

Nazi faşistleri tutuklanmalıdır!

Yeni bir Nazi silah deposu daha ele geçirildi

Azılı bir faşist olan Frankfurtlu Karl Schubert'in İsviçre'de iki memuru öldürmesi üzerine iki hafta geçti. Şimdiye kadar bu kanlı olayla ilgili, Schubert'in suç ortaklarının ve arka adamlarının tutuklanıp, cezaevine gönderilmeyişi nefret verici bir durumdur.

Federal Savcılık, Schubert'in İsviçre'de silah satınalmaya gitiğine bir defa dahi olsun itiraz etmedi. Bu kanlı olaydan sonra katilin yakın çevresinden iki kişi tutuklandı, ancak kısa bir süre sonra derhal serbest bırakıldılar. Ve bundan sonra her şey olduğu gibi yerinde bırakıldı, ne ses, ne seda, Aynen Münih katliamında olduğu gibi, o zaman da bazı sözde "araştırmalar"-dan başka hiç bir şey yapılmamıştı. Ve katliam unutturulmaya çalışılmıştı. Acaba, Münih Ekim Şenliği'ni kana bulayan Hoffmann çetesinin üyesi Gundolf Köhler'in gösterildiği gibi, Schubert faşisti de mi "kendi başına bir fail" olarak tanımlanacak? Peki bu faşist, evine süs olarak asmak için mi İsvişre'ye silah satınalmaya gitmişti?

Federal savcılığın son günlerde yaptığı açıklamalarında; Schubert'in mensup olduğu cinayet şebekesine karşı herhangibir girişimde bulunmaktan yana olmadığı anlaşilmaktadır. Açıklama aynen şu şekildedir: "Bugünkü durumda aşırı sağcı görüşlere (faşist görüşlere) sahip herhangibir terör örgütü bilinmemektedir" Öyle ya, faşist cinayet şebekeleri yabancıların oturduğu evlere ve yurtlara bombalı saldırılar düzenlesin, Münih'te onlarca kişi katledilsin ve İsviçre'de iki memur ödürülsün... bütün bunlar terör olayları değildir.

Federal savcılık bu açıklamayı yaptığı gün, bir-iki gazetenin ara sayfalarına sıkıştırılmış küçük bir haberde şunlar okunuyordu: Braunschweig yakınlarındaki Königslutter'de faşist bir çete ortaya çıkarıldı. Faşist çetenin atıcılık ve saldırı eğitiminde kullandığı 15 tüfek, sekiz tabanca, patlayıcı madde ve diğer askeri aletlere el konuldu.

Bütün bu gerçeklere rağmen, ülkemizde faşistler tarafından oluşturulmuş terör örgütlerinin varlığı bile bile inkâr edilmektedir. Azılı bir Nazi faşisti olan Schubert'in durumuna gelince, polisin ve diğer kurumların onu "tek başına bir terörist" olarak göstermeleri çok zor olacaktır. Çünkü, Schubert, Frankfurt şehrinde faşistleri örgütlemekle tanınmış azılı biriydi. Ve birçok demokrat, hatta yoldan geçmekte olan sıradan insanlar bile bu faşistin vahşi saldırılarına maruz kalmışlar ve onu bu şekilde tanımışlardı. Bunun için iki örnek verelim: Aralık 1979'da 20—30 kadar üniformalı Nazi faşisti Frankfurt'ta yahudi düşmanlığını kışkırtan bildiriler dağıtmışlardı ve bu provakasyonu engellemek isteyen anti-faşitler üzerine vahşice saldırmışlardı. O anda yoldan geçen yaşlı bir adamın kızması üzerine Schubert, bütün kuvvetiyle adamın yüzüne tekmeyi indirdi. Aynı olay, aradan bir aylık bir süre geçtikten sonra, bu kez de Katharınnen Kilisesi yanında tekrarlandı. Naziler, bu defa ki propaganda sergileri için şehir yönetiminden dahi izin alabilmişlerdi. Faşistler yine aynı biçimde, sopalarla, zincirlerle yürüyüşçülerin ve yoldan geçen insanların üzerine saldırmışlardı. Ve bu saldırıda da başı çeken yine Schumert idi. Hessen Eyaleti Adalet Bakanlığı bir açıklamasında; Schubert ve diğer faşistin çevrelerinde insanlara düşmana saldırır gibi saldırdıkları söyleniyordu.

Schubert'in açık bir biçimde içinde yer aldığı ve en büyük rolü oynadığı faşist çete, kendisini "Almanya Halk Sosyalıst Hareketi" (Volkssozialistische Bewegung Deutschlands-VSBD) olarak tanımlıyor. Bu cinayet şebekesi 1971 yılında Friedhelm Busse tarafından Krefeld'de kuruldu ve 70'li yılların sonunda Frankfurt'ta artaya çıktı. Busse'nin faaliyetleri üzerine öyle karakteristik belgeler var ki, bu belgeler yine faşist mihrakların kendileri tarafından açıklanmıştır. VSBD tarafından kurulan bir "Birleşik Halk Sosyalist Cephesi" (Volkssozialistische Einheitsfront) 1978 yılında Friedhelm Busse'yi yönetim kurulu üyeliğinden uzaklaştırdı ve diğer faşistlerle olan ilişkileri açıklandı. Açıklamada aynen şunlar söylenmektedir: "Friedhelm Busse, (80 14 Neubiburg, Brunhilden str. 32%Almanya Halk Sosyalist Hareketi VSBD) Birleşik Halk Sosyalist Cephesi (VSB) Merkez Bürosu maskesi altında sağcı faşist grup ve kişilerle gizli ilişkiler kurmuştur. Bu kişi ve grupların bazıları şunlardır: Ervin Schönborn, Thies Christophersen, Michael Kühnen, Henry Beier, Karl Heimz Hoffmann "Kampfbund Deutscher Soldaten" (Alman Askerleri Mücadele Birliği), "Deutscher Bauern und Bürgerinitiative" (Alman Köylü ve Yurttaş İnsiyatifi), "Aktionsgemeinschaft Nationaler Sozialisten" (Nasyonal Sosyalist Eylem Birliği), "Kamfgruppe Grossdeutschland" (Büyük Almanya Mücadele Grubu), "Deutsche Völkische Gemeinschaft" (Alman Halkçı Ortakliği)..."



Faşist Schubert, Frankfurt't anti-faşistlere saldırırken

Faşist cinayet şebekesi Schubert grubunun diğer önemli faşist gruplarla ilişkisi vardı. En sıkı ilişkiyi de Schönborn ile kurmuştu ki, bu faşist şu anda cezaevinde yatmaktadır (daha doğrusu sadece bir kaç ay için) buraya düşmeden önce 22 yıl boyunca, polis ve hukukî merciler tarafından rahatsız edilmeksizin, sürekli değişik isimler altında Nazi grupları kurmuştu. Schönborn, Bornheim'daki Nazi kitabevi de dahil olmak üzere birkaç yeri üs olarak elinde bulunduruyordu. Sürekli protestolara rağmen, kötü ünüyle tanınmış bu kitabevi kapatılmadı.



Faşist cinayet şebekelerinin Münih'te yaptıkları kitle katliamı

Schubert çetesinin diğer önemli bir ilişkisi de Hoffmann ile vardı.VSBD Frankfurt'ta ortaya çıktığı zaman o sıralarda bir de "Hücum 7 Frankfurt, Askeri Spor Grubu" (Strum 7 Frankfurt, Wehrsportgruppe Hoffmann" oluşturulmuştu. Bununla güdülen amaç Hoffmann için asker toplamaktı. Geçen yılın başında, "Askeri-Spor Grubu-Hoffmann" dernekler yasasına göre yasaklandığında, "Hücum 7"de resmi olarak dağıldı ve üyelerinin büyük bir kısmı Schubert çetesine gittiler. Bu faşist teröristlerin örgütlenme alanında ne denli hareketli olduklarını gösteren bir örnektir. Yalnızca görünüşte bir yasaklama ile, bu kişilerin eylemlerine son vermek mümkün değildir. Faşistler demir parmaklıklar arkasına konulmak zorundadır.

Elbette ki, polis, faşistleri ve içinde bulundukları ilişkileri, Schubert'in kendisi için silah temin etmeye gittiği çetesini çok iyi tanımaktadır. Frankfurt Polis Başkanlığı'nın bir sözcüsü şöyle diyordu: "Çeşitli aşırı sağ örgütlere mensup üyelerin büyük bir kısmını tanıyoruz ama, şimdiki durumda kamuoyu düzenini ve güvenliğini tehlikeye düşürecek bir konumları yoktur." Şimdi ise, bu sözde tehlikeli olmayan Frankfurtlu çetenin bir üyesi iki kişiyi katletti.

Nazi teröristleri, Frankfurt Polis Başkanlığı'nın açıklamasında olduğu gibi, bu denli tehlikesiz gösterilmeyip bazı önlemler alınmış olsaydı, belki de iki İsviçreli memurun ölümü gündeme gelmezdi. Schubert Frankfurt'taydı ve yukarıda da açıkladığımız gibi nasıl bir faşist olduğu bilinmekteydi. Sadece bir saldırgan değildi ("yaralama ve ülkedeki barışı bozduğu" gerekçesiyle hakkında dava açılmıştı). Schubert, diğer şeylerin yanısıra, geçen yılın Mart ayında izinsiz silah taşıdığı gerekçesiyle mahkeme tarafından cezalandırılmıştı. Bu nedenle yargılanan "solcu bir terörist" olsaydı cezaevinde yatmak zorunda kalırdı. Ama Schubert ise bırakıldı ve İsviçre'de iki insanın canına kıydı.

(„Faschisten müssen hinter Gitter!“, RM 2/81, S. 6)

Bugün kamu isçileri, yarın bütünü!

Kamu işletmelerinde ücretler altı ay dondurulmak istenmektedir. Yani toplu sözleşme sona erdikten sonra işçiler altı ay daha eski ücretlerle çalıştırılmak zorunda bırakılacak. Ve bu provakatif talebi ilk olarak açıklayan Nordrhein-Westfalen Eyaleti Hükümet Başkanı Rau oldu. İşçiler ve düşük ücretli memurlar üzerine yapılan bu adi saldırıya karşı, sendikaların yükselebilecek mücadelesini engellemek için SPD içinde önemli bir role sahip olan Rau bilinçli olarak öne çıkarılmıştı. Hiçte yanılgıya düşmeyelim: Bugün kamu işletmelerinde çalışan emekçilerden utanmazca talep edilen şey, yarın bütün meslek ve sanayi dallarında çalışan işçilerden ve düşük üretli memurlardan mutlaka talep edilecektir.

ÖZEL KURBAN MI?

Rau'nun bu saldırısına sendika yönetimi sadece kâğıt üzerinde kalan boş sözlerle cevap verdi. Ne ÖTV'de (Kamu İşçileri Sendikası), ne kamu işletmelerindeki diğer bir sendikadan, ne de DGB'nin bütününden elle tutulur bir protesto eylemi gündeme gelmedi. Şayet bu provakasyon ilk olarak Birlik Partileri'nden (CDU, CSU) gelmiş olsaydı, belki de başka bir şekilde karşılanmış olurdu. Bu arada bütün eyalet başkentlerinden ve Bonn'dan kamu işletmelerinde ücretler dondurulsun diye gürültüler çınlanmaktadır. Federal Parlemento partilerinin ileri gelen bütün temsilcileri adice bu çirkin talebi savunmaktadırlar.

Burjuva gazeteleri, radyo ve televizyon ücretler dondurulmuş gibi bir yayın yapmaktadırlar.

Kamu işletmelerindeki sendikalar birden bire kendilerini vahşi bir saldırıyla karşı karşıya buldular. Her taraftan yükselen propaganda dalgasıyla, işçiler sindirilmeye çalışılıyor. ÖTV Başkanı Kluncker ve diğer sendika ağalarının tavsiye ettiği yüzde yedi ücret zammı talebi —ki bu, hayat pahalılığı karşısında pek fazla bir şey ifade etmemektedir—oldukça yüksek gösterilmektedir. Nordrhein-Westfalen Eyaleti Ekonomi Bakanı ve SPD alt bölge yönetim kurulu Başkanı Bäumer, yüzde yedi talebini "manasız" olarak göstermektedir. Ama, Bäumer'in kamu işletmelerinde yüzde yedi ücret zammına karşı çıkışı Kluncker, HAAR, Breit ve Frister (ÖTV Sendika ağaları) için tamda arzu edilen birşeydi. Burjuva politikacılarının tavrı sendika ağalarında bazı umutlar yaratmaktadır. Bu şekilde yüzde yedi ücret zammı tavsiyeleri işçileri derhal mücadele alanına çekmeyebilir. Çünkü, bir taraftan yüzde 7 zamma karşı çıkış, diğer taraftan ücretlerin altı ay dondurulması ve bunu da özel olarak kamu işçilerinin kurban gösterilmesi, emekçiler üzerinde şüphe uyandırmaktadır.

Bu arada "özel kurban" deyimini büyük bir güvensizlik olarak karşılamak zorundayız. Bugün, sanki bu saldırılar sadece kamu işletmelerindeki emekçilere yönelmiş gibi gösterilmekte ve biricik kurban bunlarmış gibi davranılmaktadır. Ama yarın aynı saldırılar diğer sendikalara ve işyerlerine de mutlaka yönelecektir. İçinde bulunduğumuz yılda ücretlerin dondurulması kamu işletmelerinde başarıya ulaşmasa bile, kapitalistler, gelecek yıllardaki toplu sözleşme görüşmelerine böyle bir öneriyle gelebilmek için daha şimdiden propagandası yapılmakta ve buna bir temel hazırlanmaktadır.

DGB sendikalarının böyle provakatör ve adi bir girişime aktif bir mücadeleyle cevap vermeyişi, bu tip propagandalara anında karşı çıkmayışı kötü, kötü olduğu kadarıyla da yüz kızartıcı bir durumdur. Bu, şu anlama gelmektedir; Düşman saldırıya hazırlanmakta, onlar ise teslimiyet bayrağını çekmektedirler.

Emekçi kitleleri yanıltmak için bir aldatmaca olarak kullanılan "özel kurban" demagojisi ile amaçlanan şey; emekçilerin bir bölümünü diğerlerinden soyutlamak, bir veya bir kaç sendikayı diğer DGB sendikaları ile olan dayanışmasından koparmaktır. Bu amaca ulaştıktan sonra da azgın bir biçimde saldırmaktır. Şöyle denilmektedir: "Kamu işletmelerinde çalışan işçilerin işyerleri güvence içindedir, diğer işçilere karşın daha fazla sosyal haklara sahiptirler ve memurların işten atılması asla söz konusu değildir:.."

DGB sendikalarının görevi: büyük bir bölümü yalan olan bu iddialara ve demagojilere karşı çıkıp, gerçekleri anlatmak değilmiydi? Kamu işletmelerinde çalışan emekçilere yönelen bu haksızlıkları püskürtmek için dayanışmayı örgütlemek değilmiydi? Eğemen sınıfların eskiden beri uyguladıkları taktik, böl, parçala ve saldır. Buna karşı işçi sınıfının mücadele sloganı bütünüyle hayata geçirilmek zorundadır. "Birlikten kuvvet doğar"



Çalışma dairelerinde (Arbeitsamt) saatlerce bekleyen işsizler

Nürnberg

İşsizler sayısı gittikçe yükselecek

Nürnberg'teki Federal Çalışma Dairesi'nin (Arbeitsamt) raporlarına göre, 1980 yılı sonunda işsizler sayısı yeniden bir milyonun üzerine çıktı. 1980 yılında işsizler sayısı ortalama 900000 kişi civarındaydı. Geçen yılın ortalarında biraz daha azalan bu rakam, yıl sonunda yeniden yükselmeye başladı.

Federal Çalışma Dairesi, 1980 yılında ortalama işsiz sayısının 1,2 ile 1,5 milyon arasında hesaplamak zorunda oluğunu kendisi söylüyor. Bu durumdan en çok etkilenenler yine kadınlar, yabancı işçiler ve çocuklar olacaktır. İşsizlik oranının bu denli yükselmesi; özellikle kapitalizmin içinde bulunduğu ekonomik buhranın gün geçtikçe derinleştiğini göstermektedir.